

Stenographisches Protokoll.

78. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Donnerstag, den 29. April 1920.

Tagesordnung: 1. Dritte Lesung des Gesetzes, betreffend die Neuregelung der Bezüge der Abgeordneten zur Nationalversammlung. — 2. Dritte Lesung des Gesetzes, betreffend das Rentenwettsteuergesetz. — 3. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Inhalt.

Auflistungen der Staatsregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. über die Rechtsverhältnisse der Handelsagenten (Handelsagentengesetz) (826 der Beilagen [Seite 2343]);
2. womit einige Bestimmungen des Strafgesetzes abgeändert werden (Strafgesetznovelle vom Jahre 1920) (827 der Beilagen [Seite 2343]).

Vorlagen der Staatsregierung.

Zurweisungen:

1. 819 der Beilagen an den Justizausschuss (Seite 2250);
2. 820, 821, 822, 823 und 825 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuss (Seite 2250).

Anträge.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Erledigung der Anträge 558 und 559 der Beilagen (Seite 2343).

Untersuchungskommission für die Sachdemobilisierung.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Konstituierung dieser Kommission (Seite 2343).

Bürokommissariat im Staatsamte für Heereswesen.

Wahl dieses Kommissariates (Seite 2397).

Verhandlungen.

Dritte Lesung des Gesetzes über die Erhöhung der in den §§ 16 und 17 des Gesetzes vom 5. März 1919,

St. G. Bl. Nr. 162, festgesetzten Entschädigung und der im § 2 des Gesetzes vom 28. November 1919, St. G. Bl. Nr. 543, festgesetzten Steuerungszulagen (Redner: Berichterstatter Dr. Weiskirchner [Seite 2344] — Annahme des Gesetzes in dritter Lesung [Seite 2344]).

Dritte Lesung des Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes vom 28. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 388, betreffend Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (816 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Kollmann [Seite 2344] — Annahme des Gesetzes in dritter Lesung [Seite 2344]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (330 der Beilagen), betreffend den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen — Fortsetzung der Spezialdebatte über die

Gruppe VIII: „Inneres, Unterricht, Kultus“ — Redner: Spezialberichterstatter Leuthner [Seite 2344], Spezialberichterstatter Paulitsch [Seite 2355], die Abgeordneten Müller-Guttenbrunn [Seite 2357], Stricker [Seite 2361], Pauly [Seite 2365], Schlesinger [Seite 2370], Dr. Ursin [Seite 2374], Kunischak [Seite 2379], Dr. Angerer [Seite 2387], Dr. Hartmann [Seite 2392]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Niederlegung des Mandates als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung seitens des Abgeordneten Kunischak (Seite 2397).

Ersatzwahl des Abgeordneten Eisenhut als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Kunischak (Seite 2397).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Antrag

der Abgeordneten Größbauer, Egger und Genossen, betreffend die Errichtung von Stofffabriken (828 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Allina und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Vergebung

des Mineralwassermonopols an eine private Gesellschaft (Anhang I, 343/I).

2. der Abgeordneten Dr. Adler, Scheibein und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Zuweisung von Rotationspapier an Tageszeitungen (Anhang I, 344/I).

Zur Verteilung gelangen am 29. April 1920:

die Regierungsvorlagen 826 und 827 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausser**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Proßl**, **Schönsteiner**, Dr. **Angerer**.

Bizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Hanusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Ellenbogen**, Dr. **Mayr**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklax** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Waiz** im Staatsamte für Heereswesen, Dr. **Reisch** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Polizeipräsident **Schober**, Sektionschef **Wendekler**, Sektionschef Dr. **Kelle**, Ministerialrat Dr. **Rohm**, Gendarmerie-Zentraldirektor **Gamp**, Ministerialrat Dr. **Gerl**, Ministerialrat Dr. **Loebenstein**, Sektionsrat Dr. **Prüger**, Sektionsrat Dr. **Montel**, Landesschulinspektor **Fadrus**, Rechnungsdirektor **Räher** des Staatsamtes für Inneres und Unterricht.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 27. April ist in der Kanzlei aufgelegen und unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 28. April liegt in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder auf.

Die Untersuchungskommission für die Sachdemobilisierung hat sich konstituiert und gewählt: zum Obmann den Herrn Abgeordneten Johann Gürtler, zum Obmannstellvertreter den Herrn Abgeordneten Abram und zum Schriftführer den Herrn Abgeordneten Partik.

Über Beschluss des Finanz- und Budgetausschusses vom 29. April 1920 werden der Antrag des Abgeordneten P. Unterkircher und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Pfunds in Tirol (558 der Beilagen) und der Antrag des Abgeordneten Unterkircher und Genossen, betreffend

die Erhöhung der Tagesentschädigung für die Geschworenen (559 der Beilagen) der Staatsregierung zur Würdigung abgetreten.

Wenn gegen diese Verfügung kein Einspruch erhoben wird, so sind die Anträge damit als parlamentarisch erledigt anzusehen. (Nach einer Pause:) Eine Einwendung wird nicht erhoben, es bleibt also dabei.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Staatsregierung angekündigt wird. Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer Dr. **Angerer** (liest):

„Das Staatsamt für Justiz beeht sich, unter Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Beschluß vom 27. April 1920) den Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Handelsagenten (Handelsagentengesetz) (826 der Beilagen) zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.

Wien, 28. April 1920.

Ramek.“

„Das Staatsamt für Justiz beeht sich, mit Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung vom 27. April 1920) den Entwurf eines Gesetzes, womit einige Bestimmungen des Strafgesetzes geändert werden (Strafgesetznovelle vom Jahre 1920) (827 der Beilagen), zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übermitteln.

Wien, 28. April 1920.

Ramek.“

Präsident: Wenn bis zum Schlusse der auf die Verteilung folgenden nächsten Sitzung kein Begehr nach § 35 G. O. auf Vornahme einer ersten Lesung gestellt wird, werde ich diese Vorlagen dem Justizausschusse zuweisen.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Der erste Punkt ist die dritte Lesung des Gesetzes über die Erhöhung der in den §§ 16 und 17 des Gesetzes vom 5. März 1919, St. G. Bl. Nr. 162, festgesetzten Entschädigung und der im § 2 des Gesetzes vom 28. November 1919, St. G. Bl. Nr. 543, festgesetzten Teuerungszulagen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Weiskirchner.

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Hohes Haus! Unter Hinweis darauf, daß die Nationalversammlung einstimmig den Gesetzentwurf des Hauptausschusses über die Neuregelung der Entschädigung der Abgeordneten genehmigt hat, bitte ich nunmehr, diesem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz über die Erhöhung der in den §§ 16 und 17 des Gesetzes vom 5. März 1919, St. G. Bl. Nr. 162, festgesetzten Entschädigung und der im § 2 des Gesetzes vom 28. November 1919, St. G. Bl. Nr. 543, festgesetzten Teuerungszulagen ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlüsse erhoben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die dritte Lesung des Gesetzes über die Änderung des Gesetzes vom 28. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 388, betreffend Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (816 der Beilagen). Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kollmann.

Berichterstatter Kollmann: Hohes Haus! Im Namen des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag, daß das Gesetz, welches in der gestrigen Sitzung in zweiter Lesung angenommen wurde, auch in dritter Lesung unverändert zur Annahme gelange.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Druckfehler, der in der Vorlage war, daß es nämlich im Artikel 4 anstatt „und“ „bis“ heißen soll, ist gestern schon festgestellt worden.

Ich bitte nunmehr diejenigen Abgeordneten, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz über die Änderung des Gesetzes vom 28. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 388, betreffend Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (gleichlautend mit 816 der Beilagen), ist auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist die Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1919/20, und zwar die Fortsetzung über den dritten Abschnitt: Inneres, Unterricht und Kultus.

Zum Worte gelangt der Herr Berichterstatter für das Kapitel „Unterricht“, Abgeordneter Leutkner. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Leutkner: Hohes Haus! Ich habe einen schriftlichen Bericht vorgelegt, der in wesentlichen Punkten sogar sehr ausführlich ist. Ich würde nur meine Zeit vergeuden, wenn ich hier Dinge, die bereits in dem Bericht enthalten sind, wiederholen wollte. Ich werde mich daher in Zahlen und Daten sehr knapp halten und mich darauf beschränken können, einzelne Punkte, die entweder strittig sind oder sonst besonders wichtig erscheinen, herauszuheben.

Unter den Budgetposten tritt uns zunächst die Post für die Verfachlichung des Erziehungs- und Unterrichtsrates und für die Lehrerkammern entgegen. Es sind geringe Summen für diese Posten ausgeworfen, sie beziehen sich aber auf das Wesentliche, worum sich heute das ganze Interesse aller derer dreht, die sich um die Schulverwaltung kümmern. Es handelt sich um diejenigen Vorbereitungen, die innerhalb des Unterrichtsamtes selbst getroffen werden müssen, um die Schulreform einzuleiten. Sie wissen ja, wieviel Kämpfe, wieviel Streitigkeiten in der Öffentlichkeit diese Schulreform hervorgerufen hat; sie ist aber keineswegs das Werk bloß individuellen Entschlusses, sie ist keineswegs etwas, was in Plötzlichkeit und Überstürzung vor sich geht, sondern sie ist wirklich aus einer tiefen Not hervorgegangen, die durch jahrzehntelange Vernachlässigung erzeugt und hervorgerufen wurde.

Wer die Lage unseres Schulwesens richtig beurteilen will, muß sich vor Augen halten, daß vielleicht kein Fach unserer Staatsverwaltung so von allen guten Geistern verlassen war, wie gerade das Unterrichtswesen. Blicken wir in die Vergangenheit, so sehen wir eine Reihe von Gestalten an uns vorüberschreiten, die in der Monarchie als Unterrichtsminister tätig waren — und diese abwechselungslos eine Auseinanderfolge von Unfähigkeit, von Böswilligkeit, von reaktionärer Gesinnung. Das Unterrichtsamt war so der Platz, auf dem sich bald der Geschäftsgeist der Polen, da das Amt damals neben dem Gehalte noch eine erhebliche Dotierung bot, bald die Streberei eines sonstigen Politikers, bald die reaktionäre Zuverlässigkeit irgend eines Beamten, festsetzte. Alle diese Leute aber, die das Unterrichtsamt in der Monarchie verwalteten,

hatten fast ausnahmslos keinerlei innere Beziehung zu dem Unterrichtswesen und dieses blieb in den Händen einer Bureaucratie, die ebenso beziehungslos Schule und Unterricht gegenüberstand, einer Bureaucratie, der im wesentlichen juristisch vorgewähltet, rein juristisch gerichtet, zu dem Inhalte dessen, was sie bearbeitete, jedes innere Verhältnis fehlte. Es war also das Erste und Notwendigste, wollte man das Schulwesen aus tiefer Versunkenheit herausretten, daß man von oben her im Unterrichtsamte selbst die Voraussetzungen für eine Schulreform schuf. Dabei hatte man ja auch mit der Tatsache zu rechnen, daß der Servilismus, der in der Unterrichtsverwaltung gegenüber allen anderen Gewalten, namentlich aber gegenüber den Militärgewalten geherrscht hatte, während des Krieges die letzte und äußerste Verwüstung innerhalb des Schulwesens zugelassen, freundlich gefördert hatte und daß man also wirklich auf zerstörtem Boden Neues aufzubauen bemüht war. Das Mittel, um eine Schulreform einzuleiten, um sie zu ermöglichen, war nur dadurch gegeben, daß man nun endlich einmal die Leute, die sich schließlich auch in Deutschösterreich für Schule und Schulwesen, für Unterricht, für die Fortschritte der Seelenkunde, für die Fortschritte der Pädagogik interessierten, daß man diese Leute, die so lange im Hintergrunde, im Schatten gestanden hatten, die so lange ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung des Schulwesens in Österreich geblieben waren, heranzog und ihnen in der neu geschaffenen Reformabteilung innerhalb des Unterrichtsamtes den Wirkungskreis einräumte, der ihnen gebührt, der ihnen innerhalb des Unterrichtswesens allein gebührt. Diese Reformabteilung ist zusammengefügt aus Männern der verschiedensten pädagogischen Richtungen und auch der verschiedensten politischen Meinungen.

Es möchte an sich bedenklich erscheinen, daß ein Körper, von dem aus die Anregungen für eine Erneuerung des Schulwesens hervorgehen sollen, eine solche Verschiedenfältigkeit der Meinungen und Ansichten und Richtungen in sich faßt: aber solange ein einigender Wille da ist, der in dem Widerstreit der Ansichten stets die gemeinsame Linie des Handelns zu finden vermag, solange wird dies nicht nur nicht schädlich, sondern nach der Lage der Dinge heute sogar notwendig sein. Denn es ist doch klar, daß innerhalb der Pädagogik, innerhalb der Seelenkunde des Kindes die Dinge nicht so mit mathematischer Beweisfähigkeit festgestellt sind, daß hier verschiedene Anschauungen, verschiedene relativ berechtigte Meinungen miteinander ringen und daß nur aus ihrem Widerstreit und aus ihrem Ausgleich eine Reform sich entwickeln kann, die eine allgemeinere Zustimmung erwarten darf.

Auch der Gegensatz der politischen Meinungen, der in der Reformabteilung seine Vertretung findet, hat wenigstens den Vorteil, daß damit innerhalb der Schulleitung das demokratische Prinzip festgehalten und jeder Schein der Vergewaltigung bestimmter Meinungen, Anschauungen und Ansichten vermieden ist.

Aber es war von vornherein klar und wird in der Folge, je mehr sich das Werk der Schulreform entwickelt, um so klarer werden, daß die Schulreform, weil sie eben so tief in die allgemeinen Verhältnisse eingreift und so lebhaft umstrittene Interessen berührt, nur gefördert werden kann, unter der Zustimmung breiter Schichten bei dem entgegenkommenden Verständnis vieler, daß also der Weg der Öffentlichkeit gerade für die Maßnahmen der Schulreform der einzige gangbare ist. Es kann hier aber gleich eingeschaltet werden, daß innerhalb der Schulverwaltung, seit sie in neuen Händen ist, kein Schritt getan, auch nicht die kleinste, nicht die geringste Maßnahme getroffen wurde, die nicht im Wege des Berichtes an den Unterrichtsausschuß der parlamentarischen Kontrolle unterstellt worden wäre.

Es gibt vielleicht kein anderes Amt, das so sehr Wert darauf legt, für jeden seiner Schritte und jede seiner Entscheidungen, jeden seiner Versuche und jede seiner Maßnahmen die Zustimmung der Parlamentarier, derjenigen Abgeordneten, die ihre Aufmerksamkeit dem Schulwesen zuwenden, zu gewinnen.

Dies muß besonders deshalb betont werden, weil außerhalb des Hauses gegen die Schulreform Stimmung gemacht wird als gegen etwas, daß aus dem persönlichen Belieben eines einzelnen hervorfließend, sich stark in Willkürlichkeiten bewegt, als gegen etwas, das zugleich grundstürzend über die Bedürfnisse der Zeit hinauselt und schon darum, statt Fruchtbares und Dauer Verheißendes zu bringen, in Wirklichkeit nur die Gefahr neuer Zerstörung in sich schließt.

Genau das Umgekehrte ist Tatsache. Tatsache ist, daß jeder Schritt unternommen wird unter sorgfältigster Nachprüfung des hierfür bestimmten Ausschusses, und es muß hier noch einmal betont werden, daß sowohl im Unterrichtsausschuß als auch im Budgetausschuß für die wesentlichsten Fragen, die bei der Erörterung des Unterrichtsbudgets zu Worte kamen, die Zustimmung nahezu aller zu den Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung laut wurde, daß also im schärfsten Gegensatz zu den Anzweiflungen und Gegnerschaften, die sich in der Öffentlichkeit erheben, liberal dort, wo die Schulreform in ihren konkreten Formen, in ihren wirklichen Maßnahmen an die Abgeordneten herangetreten ist, sie deren Beifall erfahren hat.

Was unsere Schulreform im besonderen will, das ist hier wiederholt schon auseinandergesetzt worden und wird wohl heute im Laufe der Debatte noch auseinandergesetzt werden. Ich kann als Berichterstatter über das Budget mir eine grundsätzliche Darlegung ersparen, werde später vielleicht einzelnes bei der Post „Staatszehrungsanstalten“ einzuflechten haben. Aber wir dürfen, wenn wir von der Schulreform reden, nicht außer acht lassen, daß so wirksam, so lebendig, so tatkräftig, mit so viel Entschiedenheit die Reform auch in Angriff genommen wurde, sich dennoch auf wichtigen Gebieten des Schulwesens die schwersten Mängel kundgeben deshalb, weil es an Mitteln fehlt, den Reformwillen zur Tat werden zu lassen, weil die ungeheurelle Verarmung unseres Staates und ebenso die ungeheurelle Versteuerung aller Bedarfsgegenstände, dem Ausbau unseres Unterrichtswesens fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzen. Das wird uns besonders gegenständlich, wenn wir uns die Lage der Hochschulen vor Augen halten. Sie werden in meinem Berichte genaue Daten über den Verfall des wissenschaftlichen Betriebes an den Hochschulen finden und werden dort genau dargelegt sehen, welches die Ursachen dieses Verfalles sind. Ich möchte Sie mit den Zahlen und Ziffern, die dort angegeben sind, nicht um so weniger in einer mündlichen Auseinandersetzung beschwören, als es ja in der Regel unmöglich ist, im Flusse einer Rede Zahlen und Daten dieser Art verstehend aufzunehmen. Hier möchte ich mich, indem ich darauf verweise, was gedruckt in meinem Berichte vorliegt, mit einer allgemeinen Darstellung begnügen.

Die Sache steht so, daß wir, was die Hochschulen anlangt, es nicht etwa mit einzelnen Missständen zu tun haben, sondern die Dinge stehen so, daß unser gesamter wissenschaftlicher Betrieb an den Hochschulen aller Art auf das tiefste gefährdet ist. Er ist gefährdet in dem Bestande seiner Personen, er ist aber erst recht gefährdet in dem Bestande seiner Institutionen.

Was die Lage der Lehrkräfte an den Hochschulen anlangt, so hat sich ja das hohe Haus bemüht, im Laufe der verschiedenen Besoldungsreformen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Hochschullehrer zu verbessern. Es ist damit natürlich ein ideales Ziel nicht erreicht, nur dem schlimmsten ist hoffentlich abgeholfen worden. Allein auch die Personenfrage hängt ja mit der Sachfrage auf das allerengste zusammen. Wenn wir früher mit Recht bei der Begründung der Erhöhung der Gehälter der Hochschullehrer, als es sich darum handelte, die Hochschullehrer aus dem Schema der Beamten herauszuheben, betonten, daß wir unsere Universitäten und Technischen Hochschulen aller wirkamen Talente und aller lebendigen und vorwärts strebenden Kräfte berauben müßten, falls wir ihnen nicht die Mög-

lichkeit des Daseins böten, so konnte eine Gehalts erhöhung nur ihre persönlichen Verhältnisse und auch sie nur einigermaßen bessern, aber die Voraussetzungen ihrer wissenschaftlichen Arbeit sind noch an ganz anderes gebunden.

Es wird eine wirklich bedeutende Lehrkraft, die wir aus Deutschland oder aus der Schweiz zu gewinnen suchen, auch dann nicht nach Wien oder nach Graz oder nach Innsbruck zu kommen sich bereit finden lassen, wenn wir ihr das höchste Gehalt darbieten, sobald wir nicht imstande sind, ihr die sachlichen Voraussetzungen für ihre wissenschaftliche Tätigkeit zu gewährleisten. Der Niedergang unserer Institute, die Hilflosigkeit und Arbeitsunfähigkeit unserer Seminare trifft also auch die Personenfrage, die für die Hochschulen so entscheidende Personenfrage. Täuschen wir uns nicht, es wäre in diesen Dingen von Übel, sich etwas vor machen zu lassen; unsere Hochschulen sind zweifellos im Niedergange. Sie sind im Niedergange schon gewesen in der Zeit der Monarchie, sie haben damals ihre Abwärtsbewegung dem Umstande zu verdanken gehabt, daß die alte Monarchie, wie sie überhaupt seit jeher, aus den Tagen der Gegenreformation schon, mit einer Mischung von Angst und Verachtung allen höheren geistigen Bestrebungen gegenüberstand, nicht viel übrig hatte für die Pflege der Wissenschaften an den ihr der gewidmeten Aufstalten. Was damals ein Mangel war, der in der gesamten Geistesrichtung des Regimes seine Begründung fand, das ist heute ein Mangel, der in unseren wissenschaftlichen Verhältnissen begründet ist. Die Dinge haben sich derart entwickelt, daß man wohl sagen kann, wenn einst nicht wenige Fächer der Wiener Universität durch Männer vertreten waren, die mit der Leuchtkraft ihres Namens weit in die Welt hinausdrangen, würde es heute wohl recht schwer fallen, Männer ersten Ranges zu nennen, die an den deutschösterreichischen Hochschulen tätig sind. Die Universitäten und Technischen Hochschulen sind immer mehr in die Gefahr, in die sehr bedenkliche Lage geraten, den Eindruck einer gewissen Durchschnittsmäßigkeit zu machen. Wenn nun auch in anderen Zweigen der Verwaltung die Durchschnittsmäßigkeit genügen mag, die Wissenschaft ist kein Verwaltungszweig, sie kommt nur budgetär unter die Verwaltungszweige. Sie ist nach ihrem inneren Wesen etwas anderes: Das Wesen ihrer Leistungen ist die Höchstleistung.

Versuchen wir nun, einen Blick auf die Mängel in den sachlichen Voraussetzungen des Wissenschaftsbetriebes zu werfen. Die Preise für alle Gegenstände, die bei dem Betriebe eines chemischen, eines physiologischen oder eines physikalischen Laboratoriums die Voraussetzung bilden, sind in phantastischer Weise gestiegen, sie sind auf das Zehn-, Zwanzig- und Bierzigfache gestiegen. Gleichzeitig hat

sich die Zahl der Schüler, die diese Anstalten benutzen, außerordentlich erhöht und hiermit haben sich gleichfalls die Ausgaben gesteigert. Endlich sind durch volle fünf Jahre während des Krieges Anschaffungen vermieden worden und daher ist ein Mangel schon von der Vergangenheit her da: Es befinden sich die im Gebrauch stehenden Apparate meist in einem Zustande, der ihre weitere Gebrauchsfähigkeit fraglich erscheinen lässt. Trotzdem haben sich die Dotationen nicht oder nur um ein Geringes erhöht, so daß zwischen der Dotation und dem, was mit ihr geleistet werden soll, ein geradezu lächerlicher Widerspruch besteht.

Wenn zum Beispiel, um eine aus den vielen Bissern, die ich im Berichte angeführt habe, herauszuziehen, ein Kilo Kokain, das vor dem Kriege einige 100 K kostete, jetzt 48.000 K kostet, während, wie ich glaube, kaum eines dieser Institute in den Dotationen, die ihm zuteil werden, über 10.000 K herauskommt, so ist damit gesagt, daß ein wissenschaftliches Arbeiten im Grunde genommen geradezu zur Unmöglichkeit geworden ist. Das können Sie auch aus einer anderen Zahl ersehen, die ich seither erfahren habe und die sich in meinem Bericht nicht vorfindet. Um beispielweise das Institut für medizinische Chemie in Wien nach der alten Weise zu betreiben, wie es früher betrieben wurde — und diese alte Weise war keineswegs ideal und entsprach keineswegs allen Anforderungen —, würde man für dieses Institut jetzt ein Jahrespauschale von 800.000 K aussezeln müssen, während wahrscheinlich das Dotationspauschale tatsächlich 10.000 oder 20.000 K beträgt. Daß bei einem solchen Missverhältnis jede ernste Arbeitsmöglichkeit ausgeschlossen ist, bedarf nicht vieler Worte.

Allerdings tritt da an den Staat eine Anforderung heran, die zu erfüllen er große Schwierigkeiten haben wird. Er steht vor der Frage, seine wissenschaftlichen Institute, auf denen ja tatsächlich der Forschungsbetrieb und der ganze moderne Unterrichtsbetrieb beruht, verfallen zu sehen. Er befindet sich namentlich in den naturwissenschaftlichen und den medizinischen Fächern vor der Katastrophe.

Es ist hier die drängendste Not, die ihn zur Tat treiben müßte, anderseits sind die Summen, um die es sich handelt, sehr beträchtlich und die Möglichkeit, ernsthaft zu helfen, ist an ganz wesentliche Ausgaben geknüpft. Es handelt sich nicht nur um Hunderttausende, es wird sich hier jedenfalls um Millionen handeln. Man wird mir aber eine Zwischenbemerkung gestatten: Es ist doch im höchsten Maße auffallend, wie dieses Unheil, das den Universitäten und technischen Hochschulen droht, von der Öffentlichkeit und von den unmittelbar interessierten Kreisen mit einer undurchbrechbaren Gültigkeit aufgenommen wird. Während sich in der

Öffentlichkeit so oft laute und klagende Stimmen über das mangelnde Interesse für Fragen der Kultur erhoben haben, welches sich in der Republik offenbare, obwohl doch bei diesem Kulturgerede meist nur Dinge gemeint waren, die wohl weniger mit Kultur als mit Vergnügen zu tun hatten, hat man niemals weder in der Presse noch auch sonst in der Öffentlichkeit ernsthaft die Gefahr erörtert, der unsere Wissenschaft tatsächlich ausgesetzt ist. Und selbst als im Hause zum ersten Male der Klageruf erhoben wurde — ich selbst war es ja, der schon im Budgetausschuß alle diese grauenhaften Tatsachen dargelegt hat —, selbst da hat dieser laute Ruf kein Echo geweckt. Man steht tatsächlich dem Verfall der Universitäten, dem Verfall der technischen Hochschulen, dem katastrophalen Niedergang unserer wissenschaftlichen Institute in Deutschösterreich mit vollendetem Gleichgültigkeit gegenüber. Das muß wahrheitsgemäß festgestellt werden und darin besteht natürlich für die Unterrichtsverwaltung eine außerordentliche Schwierigkeit; denn wenn sie imstande sein soll, die bedeutenden Summen aufzubringen, die notwendig wären, um die Wissenschaft zu retten, wenn sie imstande sein soll, diese bedeutenden Summen der Finanzverwaltung abzuringen, dann muß in der Öffentlichkeit eine Strömung lebendig sein, die diese Absicht, diese Meinung trägt. Die fehlt uns aber vollständig. Was wir darüber im Parlament allenfalls gesprochen haben, ist in der Öffentlichkeit ohne jeden Widerhall geblieben. Noch mehr. Es gibt doch hier in Deutschösterreich Kreise, die unmittelbar mit ihrem persönlichen Interesse an die Entwicklung der Wissenschaft geknüpft sind. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß mehrere Jahre vor dem Kriege, als gewisse Fragen der Entwicklung der deutschen Universitäten zur Erörterung kamen und damals auseinandergesetzt wurde, daß die außerordentlich starke finanzielle Ausstattung der amerikanischen Hochschulen die Wettkampffähigkeit der deutschen Hochschulen zurückdrängen könnte, sich in Deutschland aus Kreisen der Industrie Leute fanden, die Millionen beischoßen, um vor allem der Charlottenburger technischen Hochschule, dann aber auch dem später gegründeten Institut für Forschung die finanziellen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit zu liefern. Nun gibt es auch in Deutschösterreich eine Industrie, deren Größe und Bedeutung mit der deutschen ich allerdings nicht vergleichen möchte und gar erst mit der deutschen Industrie vor dem Kriege, die aber mit ihrer Existenz an den Fortgang des wissenschaftlichen Betriebes geknüpft ist, die mit ihrem Ruf im Auslande daran gebunden ist, daß unsere chemischen Laboratorien, daß unsere physikalischen Institute nicht verfallen, daß unsere technischen Hochschulen nicht ihren großen Ruf verlieren.

Nichtsdestoweniger würde man sich vergeblich nach Leistungen umsehen, die in irgendeiner Weise

im Verhältnis zu den Bedürfnissen stünden und es gibt keinen glänzenderen Beweis dafür, wie gleichgültig, mit welch innerer Kulturfremdheit gerade die Spitzen der bürgerlichen Kreise allen Fragen der Wissenschaft und der Kultur gegenüberstehen als diesen Fall, wo es sich nicht lediglich um ein theoretisches Interesse handelt, wo nicht einmal das eigene praktische Interesse die Leute aufstacheln kann, das zu tun, was getan werden muß, wenn nicht der Zusammenbruch der Wissenschaftrettunglos eintreten soll. Wir haben auch keineswegs das Recht, damit zu rechnen, daß wir diese Mittel nach Jahren finden, daß wir etwa jahrelang zuwarten können. Der wissenschaftliche Betrieb gestattet es nicht, Jahre hindurch unterbunden zu sein, Jahre hindurch auf das Mindestmaß herabgedrückt zu sein. Es ist nicht möglich, nicht denkbar, daß die Wissenschaft in einem Lande wieder aufblühen könnte, in dem man Jahre hindurch die Jugend bei ungünstigen sachlichen Voraussetzungen der wissenschaftlichen Arbeit hat aufwachsen lassen, wo sie also ungenügend vorgebildet ist, in einem Lande endlich, aus dem schon deswegen, weil die sachlichen Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Tätigkeit fehlen, natürlich alle wirklichen Begabungen flüchten müssen, wohin dann erst recht keine wirkliche Begabung ihren Weg findet.

Wenn wir nicht imstande sind, in der Öffentlichkeit die Meinung zu erwecken, die stark genug wäre, diese Reform zu tragen, wenn wir nicht imstande sind, es durchzuführen, daß die für die wissenschaftlichen Institute an unseren Hochschulen rettenden Maßnahmen in der allernächsten Zeit getroffen werden, so müssen wir es auf unser Gewissen nehmen, daß wir mit sehendem Auge den Untergang des wirtschaftlichen Betriebes in unserem Lande haben geschehen lassen. Da gibt es keinen Trost in versöhnlichen Redensarten, hier müssen die Tatsachen mit aller Härte und aller Grauenhaftigkeit vor Augen geführt werden.

Man hat in den letzten Jahren so viel von den schwindenden Daseinsvoraussetzungen der Weltstadt Wien gesprochen, man hat so viel davon geredet, daß diese Stadt gewissermaßen aus dem Boden entwurzelt worden ist, aus dem sie einst wirtschaftlich ihre Kraft zog. Nun, wir glauben, eine Stadt, in der 1.800.000 Menschen leben, nicht anders erhalten zu können, als durch die Festhaltung aller der unendlich vielen ineinander greifenden Bedingtheiten, die eben die Voraussetzung jedes Weltstadtlebens sind.

Man kann eine Weltstadt nicht wie eine Industriestadt vom begrenzten Umfange und von begrenzter Einwohnerzahl auf bestimmte Tätigkeitsformen festlegen. Eine Stadt wie Wien kann nur leben, wenn sie wirklich ein Kulturzentrum ist, wenn sie wirklich jene Anziehungskraft ausübt, die in der

Tatsache einer, sofern ich mir das etwas derb klingende Wort gestatten darf, Kraftstation der europäischen Kultur gelegen ist. Diese Weltstadt muß in der Phantasie der Menschen leben als ein Ort, wo ernsthaft, vorbildlich und groß Wissenschaft betrieben wird, wo ernsthaft, vorbildlich und groß Kunst betrieben wird, sonst fehlt ihr das, was das Wesen einer großen Weltstadt ausmacht, die Lebensvoraussetzung, nicht nur moralisch sondern auch materiell. Die Kulturfragen eines solchen Menschenzentrums sind aber nicht bloß Theaterfragen, obwohl ich die Theaterfragen durchaus nicht unterschäze, sie sind in erster Linie Fragen der Wissenschaft, Fragen der Forschung, Fragen um so lebenswichtigerer Art, als sie unmittelbar in die kulturellen wie auch in die materiellen Bedingungen unseres Daseins eingreifen. Denn die Wissenschaft von heute ist nicht die Gelehrsamkeit der Vergangenheit, die nur edel gestimmte Geister beschäftigte, sie ist ganz hineingezogen in das materielle Getriebe des Tages, und keine Entfaltung der modernen Industrie ist denkbar in einem Lande, in dem die wissenschaftlichen Institute verfallen, in dem der Wissenschaftsbetrieb auf einen Notstand herabgedrückt wird. Es ist lächerlich, einfach kindisch, von einem Fortschritt unserer Produktivkräfte, von einer Entwicklung unserer Produktivkräfte zu sprechen, wenn wir nicht imstande sind, unsere chemischen, unsere physikalischen und unsere technischen Laboratorien aufrechtzuerhalten. Lassen wir die verfallen, dann reden wir auch weiter nicht mehr von der Entwicklung unserer Produktivkräfte. Das ist die erste, das ist die unausweichliche Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Lebens. Doppelt gilt dieser Satz in einem Lande, in dem man mit einem so wenig fruchtbaren Boden zu rechnen hat und in dem der Teil der Bevölkerung, den eben dieser karge Boden nicht zu ernähren vermag, nur in der höchsten Entwicklung seiner Produktivkräfte eine Zukunftshoffnung finden kann.

Ich bin aber gleichwohl überzeugt, daß auch die eindringlichsten Darlegungen, die man etwa machen könnte, um das Übel, wie es sich hier vor uns rettungslos und riesengroß entfaltet, darzulegen, auch wiederum niemanden in diesem seltsamen Lande aus seiner Lethargie stören werden, sondern man wird die Universitäten nach wie vor ausschließlich von dem Standpunkte betrachten, ob sich dort Krawalle ereignen oder nicht. Im Falle von Krawallen sind sie interessant, in dem Falle, wo keine Krawalle stattfinden, sind sie eine Angelegenheit, mit der man sich nicht zu befassen hat. Anderes waren ja die Hochschulen niemals in der Phantasie derjenigen, die in Österreich öffentliche Meinung machen, als der Schauplatz einer meist sehr fragwürdigen Politik. Von dem aber, was diese Universitäten zu leisten haben und für das wirtschaft-

liche und kulturelle Leben des modernen Menschen leisten müßten, war in unseren publizistischen Erörterungen fast nie die Rede.

Indem wir nun auf das Gebiet der Mittelschule übergehen, kommen wir zu einem neuen solchen Übelstande, der gleichfalls zum Himmel schreit. Wir haben es hier zunächst und vor allem mit der Frage der Mädchenmittelschulen zu tun, einer der schmerzlichsten Fragen unseres ganzen Unterrichtswesens. Wenn man die Frivolität und die Ernstlosigkeit des Unterrichtsregimes der monarchistischen Zeit an einem Beispiel so recht klar machen wollte, so würden diese Mädchenmittelschulen wohl die beste Gelegenheit darbieten. In den letzten Jahrzehnten galt im Unterrichtsministerium nicht mehr wie früher die alte, ehrliche, hahnbüchene reaktionäre Couleur, sondern man hielt zwar daran fest, keinen Schritt nach vorwärts zu machen und die Verknöcherung des Unterrichtswesens drückte sich nicht nur in Maßnahmen, sondern wie man augenscheinlich sehen konnte, wenn man im Unterrichtsausschuß in der monarchistischen Zeit tätig war, auch in den Personen unverkennbar aus, aber man behangte das, man kann nicht einmal sagen, reaktionäre Handeln, sondern seine völlige Handlungslosigkeit mit allerhand modernen Zeichen. Wir werden uns ja alle noch der Zeit erinnern, wo so viel die Rede war von den Erleichterungen bei der Reifeprüfung, von der Durchdringung der Mittelschule und des Mittelschulunterrichtsplanes mit modernen Ideen, wo auf einmal Kunstfragen zu Aufsatz- und zu Redeebungsthemen erhoben wurden. Alles das waren Verfügungen und Verordnungen, lediglich bestimmt, sich dann in eine Notiz oder gar in ein Feuilleton eines Wiener Blattes ummünzen zu lassen; denn das ganze Verhältnis, das die Unterrichtsverwaltung zu dem Unterrichte selbst und zur Reformbedürftigkeit desselben in den Zeiten vor dem Kriege hatte, war das, daß man zwar alles unbewegt und unangemüthigt ließ, aber bei allen Gelegenheiten für sich kraftvoll Kulturreklame machte. Gab es einen Kongreß, so war man sicher, daß derjenige, der die allerfortgeschrittenste, allerfreiheitlichste, allererleuchtetste Rede hielt, sicherlich der Vertreter der österreichischen Unterrichtsverwaltung war. Und gab es irgend eine Schmockerei, die sich dann in der Presse verwenden ließ, so wurde diese Schmockerei sicherlich mit großem Pomp in den Unterrichtsbetrieb aufgenommen. Das pädagogische Hochstaplerium und der Schwindel waren die Begleiterscheinungen einer vollständigen Stillstandspolitik. Und zu diesem pädagogischen Hochstaplerium, zu diesem Bildungsschwindel, der früher amtlich von der Unterrichtsverwaltung betrieben wurde, gehörten auch die sich immer wiederholenden Erklärungen des lebhaftesten Interesses für die Mädchenbildung, gehörten auch

die Verfügungen, durch die den Mädchen bald dieser bald jener Studienweg, bald an dieser, bald an jener Hochschule eröffnet wurde, während die Unterrichtsverwaltung auch nicht mit einem Pfennig heraustrückte, den Mädchen den Zugang zu den Hochschulen zu eröffnen, das heißt Mittelschulen zu gründen. Man überließ das Mädchenmittelschulwesen, das man gnädig gestattete, im wesentlichen dem Privatkapital und der Vereinstätigkeit. Zu welchen Zuständen dies führte und welche Rückständigkeit die Folge davon war, das ist in zahlreichen Eingaben der verschiedenen Mädchenmittelschulvereine jetzt auch in der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Es genügt die einfache Tatsache, daß wir in Deutschösterreich etwa dreißig Mädchenmittelschulen haben gegen viele hunderte, die in derselben Zeit in Preußen gegründet wurden, ja daß wir in der Entwicklung unseres Mädchen Schulwesens hinter Bulgarien weit zurückstehen, um zu erkennen, daß auf diesem Gebiete die alte Unterrichtsverwaltung ihre Wesensart am deutlichsten ausgeprägt hat.

Nun ist gleichwohl einiges auf dem Gebiete des Mädchenmittelschulwesens von Vereinen geschaffen worden, die mit großer Begeisterung und manchem pädagogischen Geschick einzelne Schulen gegründet und da wirklich, man darf es wohl sagen, ein ernsthaftes Kulturwerk gefördert haben. Daneben machte sich natürlich das Privatkapital ganz nach Unternehmerweise breit. Es entstand eine Reihe von Schulen, deren einziger Zweck war, dem Schulerhalter ein Einkommen zu verschaffen. Hierbei überwucherte dann der höchst unliebsame Typus der Lyzeen, um so mehr, als damit ja auch dem Bedürfnis gerade gewisser bürgerlicher Schichten entgegengekommen war, wo man häufig die Mädchenbildung von dem Gesichtspunkt ansieht: Ja, was sollen wir mit dem Mädchen machen, jetzt ist sie aus der Schule entlassen, heiraten kann sie doch erst mit 19 Jahren, wie soll man zwischen 14 und 19 Jahren in irgendeiner Weise, ohne dem Mädchen allzu wehe zu tun und damit die Sache doch einen äußeren Schein hat, die Zeit verbringen? Diesem Zwecke hat wenigstens ein Teil der Lyzeen genügt, sie sind in ihrem ganzen Aufbau, in ihrer ganzen Durchbildung etwas, was man vom pädagogischen, wie vom Standpunkte der Bildungspflege entschieden ablehnen muß. Aber man kann doch nicht sagen, daß die Schuld irgendwo anders zu suchen wäre, als bei der früheren Unterrichtsverwaltung. Wenn diese Verkrüppelung unseres Mädchenmittelschulwesens tatsächlich eingetreten ist, wenn das Mädchenmittelschulwesen mit dem größten Teile seiner Instanzen auf Abwege geraten ist, wenn übrigens kein origineller, selbständiger Gedanke im ganzen Mädchenmittelschulwesen zum Ausdruck gekommen ist, so ist das die Schuld der Unterrichtsver-

waltung, die immer in mehr oder weniger gut stilisierten Gräßen ihre Bereitwilligkeit, den Mädchen alle Fächer des Unterrichtes, alle Wege der Erziehung zu eröffnen, fand, aber auch nicht das geringste tat, um für die Mädchenbildung die Voraussetzungen zu schaffen.

Was ist nun bei diesem Vorgang eingetreten? Die ungeheure Teuerung aller Preise, die im Gefolge des Krieges geht, hat den Fortbetrieb der Mädchenmittelschulen auf der alten, privatwirtschaftlichen und vereinswirtschaftlichen Grundlage zur glatten Unmöglichkeit gemacht. Gemessen an dem, was man heute einen Menschen zahlen muß, um ihn auch nur über der Verhungergrenze zu halten, ist das, was aus dem Schulgeld hereingebracht werden kann, einfach nichts und, wenn man nicht im nächsten Schuljahr mit dem Schulgeld, das heute schon in einigen Schulen auf 1600 K gestiegen ist, zu Ziffern von 2000, 3000, vielleicht sogar 4000 K gelangen will, so müssen alle Mädchenmittelschulen aber vollkommen ausnahmslos einfach verschwinden. Es gibt keine Möglichkeit, den Fortbestand der jetzt bestehenden Mädchenmittelschulen über dieses Schuljahr hinaus zu retten. Ihre finanzielle Lage ist heute so, daß sie sich nur noch forthelfen können, erstens durch Schuldenmachen und zweitens dadurch, daß sie ihre Lehrer einfach verhungern lassen. Die Lehrerinnen in den Vereins- und in den Privatschulen haben eine Bezahlung, die man ohne inneres Widerstreben, ohne ein tiefes Schmerzensgefühl kaum aussprechen kann. Ihr Tagesverdienst schwankt zwischen 6 bis höchstens 11 K 50 h. (Hört! Hört!) Das ist das Einkommen der Mittelschullehrerinnen in Wien, also lauter Frauen, die das Gymnasium und die Hochschule absolviert haben und alle anderen Prüfungsvoraussetzungen erfüllen mußten, die die Probefristzeit hinter sich, meistens auch jahrelange Dienste bereits geleistet haben. Daß also diese Frauen, wenn sie nicht zufällig an ihrem Mann oder an ihrer Familie Unterstützung finden, in dieser Lage glatt verhungern müssen, ist klar. Erwagt man nur noch, was mit so einer Frau geschieht, wenn sie etwa krank wird, wenn man sich die Verträge anschaut, die die Schulerhalter mit den Lehrerinnen abgeschlossen haben, die ihnen gar keine Sicherheit ihrer Existenz bieten, so entfaltet sich vor unseren Augen ein Elend, das unbeschreiblich ist und nach Abhilfe schreit, geschehe, was da wolle.

Wir haben eine doppelte Aufgabe vor uns, die Aufgabe, das Mädchenwesen erst aufzubauen, weil es gar nicht vorhanden ist, weil es, wie ich dargelegt habe, unter der privaten Tätigkeit zusammenbricht, und zweitens, den Personen, die heute im Mädchenmittelschulwesen tätig sind, wenigstens über die nächste Zeit Rettung zu bieten. Das sind zwei getrennte Maßnahmen. Das eine ist eine Maßnahme

der sozialen Fürsorge, das andere ist eine Maßnahme, die uns unmittelbar vom Standpunkte des Unterrichtsbudgets angeht. Es ist undenkbar — ich halte es wenigstens für undenkbar —, daß wir der Kulturschande verfallen sollten, das einzige Land Europas zu werden, in dem es keine Mädchenmittelschulen gibt, und wir werden das rettungslos, wenn wir nicht helfend eingreifen.

Nun gibt es einzelne Mädchenmittelschulen, die, dank der Tüchtigkeit der Vereine, die sie ausgestaltet haben, tatsächlich völlig auf der Höhe der Knabenmittelschulen stehen. Damit will ich nicht sagen, daß ich etwa das Niveau, auf dem heute die Knabenmittelschulen sich bewegen, für das halte, was unserem Ideal entspricht. Wir streben ja ganz anderen Zielen zu, Zielen, die in dem Worte „Einheitsschule“ ihren allgemeinen Ausdruck finden. Auch in ihrer besten Form bleibt die heutige Mittelschule, bleibt das Gymnasium und die Realschule erstens eine stark vom Klassenzarakter bestimmte Schule und zweitens, eine Schule, die noch sehr viel Mittelalterliches und der Zeit wenig Gemäßes nachschleppt. Allein bevor wir die Einheitsschule voll ausgebaut haben, bevor wir von Grund auf die Schulreform ausgestaltet haben, werden viele Jahre vergehen und über diese Zeit hinaus können wir nicht einen Zustand eintreten lassen, in dem eine höhere Mädchenbildung überhaupt nicht existiert. Es wird sich also die Notwendigkeit ergeben, sowohl diejenigen Anstalten unter den Mädchenmittelschulen, die heute auf der vollen Höhe der Knabenmittelschulen stehen, in staatlichen Betrieb zu übernehmen, als auch den Mädchen, namentlich dort, wo Mädchenmittelschulen nicht vorhanden sind, im übrigen aber auch dort, wo sie vorhanden sind, wenn auch mit anderen Bedingungen, den Zutritt zu den Knabenmittelschulen zu gewähren. Es ist endlich eine Frage, die sich zugleich an unser Herz und an unser Gerechtigkeitsgefühl richtet, daß wir denen Rettung bringen, die in dieses Mädchenmittelschulwesen mit ihrer Existenz verstrickt sind, diesen 230 Lehrerinnen, denen wir, meiner Ansicht nach, irgendwie und in irgendeiner Form Hilfe bieten müssen. Man kann ja freilich sagen, daß es sich hier um eine bestimmte, willkürlich herausgerissene Gruppe handelt, und man könnte eine andere Gruppe von Menschen ebenso herausreissen. Man wird auch andere Gruppen finden, in denen ein gleiches herzbewegendes Elend festzustellen wäre. Aber ein Unterschied waltet doch ob: An dieser Vereinigung der Mädchenmittelschulen und daher auch derer, die an den Mädchenmittelschulen tätig waren, ist doch die Unterrichtsverwaltung schuld, wenn auch nicht die Unterrichtsverwaltung dieses Staates, sondern des vergangenen, und wenn wir auch nicht die Rechtsnachfolger des alten Staates sind, sondern nur leider seine tatsächlichen Nachfolger, so können wir doch

nicht umhin, zu erwägen, daß es sich hier zum Teil um Menschen handelt, die Jahrzehntelang im idealsten Sinne für eine große Idee gekämpft haben, für die Idee der Gleichberechtigung der Frauen, für die Idee der Gleichheit ihrer Bildungsvoraussetzungen. Es gibt unter diesen Frauen, um deren Rettung es sich hier handelt, mehrere, die wirklich Kämpferinnen und Märtyrerinnen des Gedankens der Frauenbildung sind, und die zugrunde gehen und im Hunger verkommen zu lassen denn doch schließlich nicht nur eine Grausamkeit wäre, sondern auch eine Versündigung an dem, was wir der Kultur schuldig sind. Ich glaube also, daß, obwohl wir uns natürlich hier nicht mit Anträgen u. dgl. die über das Budget hinausgehen, befassen können, hier in der nächsten Zeit ein Rettungsweg gefunden werden muß, und ich wende mich an das Haus, weil ich meine, daß in dem Hause selbst ein innigeres Interesse für die Sache zu gewinnen sein wird.

Wiederum erwarte ich sehr wenig von unserer Öffentlichkeit, denn — um auf das schon verlassene Hochschulgebiet zurückzugreifen und eine Angelegenheit hervorzuheben, die ich übersehen und vergessen habe, die mir aber doch wichtig erscheint, weil sie so charakteristisch ist — auch dort haben wir in verschiedenen Fällen die Öffentlichkeit völlig versagen gesehen. Ich möchte Sie nur erinnern an die Frage des Kollegiengeldes. Nicht als ob ich sie hier nach ihrer prinzipiellen und sonstigen Bedeutung hin aufrollen wollte, sondern um an ihr klar zu machen, unter welchen Schwierigkeiten derjenige zu kämpfen hat, der in unserem Lande sich um Kulturdinge bemüht. Als es sich um die Erhöhung des Kollegiengeldes handelte, waren es gerade die Professoren verschiedener deutschösterreichischer Universitäten, die in mehreren Eingaben an das Unterrichtsamt die sachliche Notwendigkeit dieser Reform begründeten, und zwar, wie ich hinzufüge, schlagend begründeten aus der Versteuerung aller Voraussetzungen des wissenschaftlichen Betriebes, der Entwertung des Geldes, der Notwendigkeit, den Dozenten irgendeine Lebensmöglichkeit zu bieten, was um so wichtiger ist, als aus den Dozenten heraus sich der künftige Bestand der Professoren ergänzt. Aus allen diesen Erwägungen heraus wurden wohlgegrundete und wohl ausgestattete Eingaben an das Unterrichtsamt gemacht. Als das Unterrichtsamt in einem sehr bescheidenen Maße, überdies unterstützt und bestätigt vom Budgetausschuß, an die Erhöhung der Kollegiengelder schritt, wurde diese Maßnahme, wie jede andere vernünftige Maßnahme nur von dem Standpunkt aufgefaßt, ob sich daran nicht etwa eine Heze anknüpfen lasse. Es war selbstverständlich nicht schwer, diese Heze in Szene zu setzen. Sie hat uns wochenlang beschäftigt und in diesen Wochen des Kampfes wurde mit der volligsten Entstellung der Tatsachen davon geredet,

dass die neue Unterrichtsverwaltung den Studenten die Möglichkeit des Studiums raube, während doch tatsächlich für jeden armen Studenten die Sicherheit der Befreiung vorliegt und beim wohlhabenden Studenten wir nicht genötigt sein können, ihm das Studium so bequem zu gestalten, daß etwa ein fünftägiges Kolleg im Halbjahr nur soviel kostet wie fünf Transwayfahrten. Obwohl diese krassen Tatsachen jedem vor Augen standen, wurde mit völliger Verfehlung der Wahrheit die Kollegien geldfrage zum Anlaß genommen, die Bildungsfeindlichkeit und Studentenfeindlichkeit der neuen Unterrichtsverwaltung vor aller Welt grell auszuschreien.

Aber was geschah überdies noch? Nicht nur, daß sich die Presse in den Dienst dieser schamlosen verlogenen Heze stellte und nirgends in einem Blatte ein Wort der Wahrheit laut wurde, es blieben auch die Hochschullehrer, die die Anreger dieser Maßnahme waren, vorsichtig im Hintergrunde, stellten sich nicht vor die Schüler hin und sagten: „auf unsere Anregung ist diese Sache geschehen (Hört! Hört!), das sind die sachlichen Gründe der Reform“, sondern sie ließen sich die Vorteile, die sich aus der Reform ergeben, gefallen, aber die unangenehmen Folgen, die sie auslöste, sollte das Unterrichtsamt tragen. Sagen Sie mir, wie soll in diesem Lande noch jemand für eine Reform tätig sein, wie soll es in diesem Lande möglich sein, vorwärtszukommen, wie soll man hier ehrlich für eine große Sache arbeiten, wenn man in jedem Falle von allen Leuten, sogar denen, die unmittelbar an der Sache interessiert sind, glatt verlossen wird? Wenn so wenig moralisches Verantwortlichkeitsgefühl hier lebendig ist, daß die Leute nicht einmal für das öffentlich eintreten, wofür sie sich früher eingesetzt haben. Wenn ein Mensch, der fühlt, was notwendig ist, es in die Tat umsetzt, in dem Augenblick aber, wo er Angriffe erfährt, von allen verlassen wird und das steht wie der Indianer am Pfahl, weil alle die, die an der Sache beteiligt waren, jetzt nicht von dem scharfen Wind der öffentlichen Meinung berührt sein wollen — wobei diese öffentliche Meinung, wohl die schlechteste öffentliche Meinung Europas (Sehr richtig!) sich nie von etwas anderem bestimmen läßt, als vom Sensationsbedürfnis und von ihrem Hass gegen die Sozialdemokratie —, da ist es also wohl fast unmöglich, erfolgreich an einer Sache zu arbeiten. Es gehört nicht nur dazu, was immer zu einer Arbeit für eine große Sache gehört, die Selbstaufopferung der Person, sondern man kann sicher sein, daß man seine Person aufopfert und doch in der Sache nichts erreicht, weil alle Kräfte weichen, auf die man sich stützen müßte.

Nun komme ich zur Frage der Staatserziehungsanstalten. Ich möchte dabei nicht lange verweilen, weil diese Angelegenheit, wollte sie in ihrer

Tiefe erfaßt werden, erfordern würde, daß die ganze Frage der Schulreform prinzipiell erörtert würde, und dazu ist jetzt bei der Budgetdebatte nicht der Anloß und nicht die Möglichkeit, das wird uns ja im Laufe der Durchführung der Reform so oft noch beschäftigen. Nur das eine möchte ich als eine sehr wichtige Tatsache herausheben. Diese Staatserziehungsanstalten sind außer aus anderen Gründen auch deshalb angegriffen worden, weil sie zu teuer seien. Das entspricht der Wirklichkeit nicht. Im Gegenteil, alle diese Staatserziehungsanstalten sind eigentlich doch nur aufgebaut und eingebaut in die alten, früher schon bestandenen Militärerziehungsanstalten. Wenn jetzt ein neuer Posten im Unterrichtsbudget auftaucht, eben der Posten der Staatserziehungsanstalten, so ist dafür der Posten der Militärerziehungsanstalten im Heeresbudget verschwunden. Und zwar hat die alte Heeresverwaltung für die entsprechenden militärischen Anstalten, Kadettenschulen, Militärrealschulen und auch zwei Mädchenanstalten mehr Geld aufzubringen gehabt als die Unterrichtsverwaltung für die neuen Staatserziehungsanstalten aufbringt, obwohl seither eine fünfzig- und hundertfache Teuerung aller Bedarfsgegenstände eingetreten ist. Dies erklärt sich damit, daß in den militärischen Anstalten ehemals natürlich dieselbe Wirtschaft walzte wie überhaupt beim Heere, alles, was von einem Menschen gemacht werden konnte, grundsätzlich nur von zwanzig gemacht wurde, weshalb die erste Reformtätigkeit, die das Unterrichtsamt bei Übernahme dieser Anstalten zu leisten hatte, darin bestehen mußte, daß man möglichst abbaute, um überhaupt zu einem unter den heutigen Teuerungsverhältnissen denkbaren Betrieb zu gelangen. Es entspricht also nicht der Wahrheit, wenn man behauptet, daß sich aus den Staatserziehungsanstalten neue finanzielle Lasten ergeben. Was man sonst an den Staatserziehungsanstalten beklagt, was man an ihnen bezweifelt hat, das, wie gesagt, möchte ich heute aus der Grörterung ausschließen, weil es durchwegs mit den Grundfragen der Reform zusammenhängt.

Über das Volksschulwesen lassen Sie mich auch ganz kurz sein. Hervorgehoben wurde schon im Laufe dieser Budgetdebatte bei einer anderen Gelegenheit, daß die Volksschulen heute zwar nach wie vor in den Händen der Länder und der Gemeinden liegen, daß aber der Staat in immer steigendem Maße tatsächlich zum Schulerhalter geworden ist, indem er bei den verschiedenen Zulagen, die den Lehrern gewährt werden müssen, damit sie ihr Dasein zu erhalten vermögen, stets einspringen mußte, und zwar mit dem Ganzen oder einem wesentlichen Teil der Summe. Das Verhältnis zwischen Staat und Volksschule hat sich also im Grunde vollständig geändert. Der Staat ist heute in hohem Maße Schulerhalter, ohne daß aber sein Einflußkreis den

Schulen gegenüber sich erweitert hätte. Was wir auch sonst in dem Verhältnisse zwischen Staat und Ländern beobachten, daß der Staat zwar immer das Recht hat, Geld herzugeben, aber das Recht, dann nachzusuchen, was aus dem Gelde wird, nicht erlangt, das tritt uns auch hier bei den Volkschulen entgegen.

Unter den verschiedenen Einzelposten, die die Volksschule betreffen, möchte ich nur noch einen herausheben, der die Lehr- und Lernmittel betrifft. Von den Lehr- und Lernmitteln, das ist Ihnen ja bekannt, wünschen wir Sozialdemokraten und wünschen auch sehr viele außerhalb unserer Partei, daß sie allen unentgeltlich gegeben werden, und zwar nach unserer Auffassung im ganzen Verfolg des Schulwesens. Daß dies aber heute bei der umgehenderen Teuerung gewaltigen Schwierigkeiten begegnet, wissen wir, und daß auch hier nicht mit einem Schritt das Ziel erreicht werden kann, sondern erst in allmäßlicher Annäherung, ist klar. Nun hängt mit dieser Lehr- und Lernmittelfrage zusammen, daß von der Schulverwaltung Gedenkblätter und Anhangbändchen zu den Lehrbüchern ausgegeben wurden. Diese armen Anhangbändchen haben in der Öffentlichkeit außerordentlich viel Unfechtung erfahren. Man hat sich mit den drei Bändchen mehr beschäftigt als mit irgend einer anderen literarischen Erscheinung. Immer wieder wurden sie hervorgeholt. Deshalb ist es notwendig, hervorzuheben, daß im Unterrichtsausschüsse, in dem über diese Anhangbändchen gleichfalls eine sehr ausführliche Debatte geführt wurde, nur gegen einige wenige der dort enthaltenen Lesestücke Einwände erhoben wurden, berechtigte und unberechtigte, daß aber eine solche ablehnende, heftig angreifende und die Absichten der Verfasser dieser Anhangbändchen verdächtigende Kritik, wie sie in der Öffentlichkeit fast durchwegs laut wird, in keinem Verhältnis steht zu dem Urteil, das im Unterrichtsausschüsse über diesen Versuch der Unterrichtsverwaltung abgegeben wurde. Es ist also auch hier, wie ich früher bei der allgemeinen Grörterung der Reformfrage auseinandergesetzt habe, die Haltung der Parteien im Hause gegenüber der Schulreform eine ganz andere als die Haltung ihrer Presse vor der Öffentlichkeit. Das muß wahrheitsgemäß festgestellt werden und niemand wird dem widersprechen können. Sich auf den Inhalt dieser Anhangbändchen einzulassen, ist kein Unlaß; nur diese Feststellung war notwendig.

Was das kaufmännische Bildungswesen anlangt, so ist ja allgemein bekannt, daß hier der Staat im wesentlichen nur mit Unterstützungen, mit sogenannten Subventionen eingreift und daß auch dieses kaufmännische Bildungswesen wesentlich auf Vereins- und Privatunternehmungen beruht, die gleichfalls schwer ins Schwanken geraten sind. Wie

Sie aus meinem Berichte ersehen werden, unternimmt der Staat auch hier den Versuch, helfend einzugreifen. Und auch hier darf man hinzufügen, wie ich schon früher hervorgehoben habe, daß es sehr zahlungsfähige Kreise der Bevölkerung gibt, die alles Interesse hätten, helfend beizuspringen, wenn es sich um das Wohl der kaufmännischen Unterrichtsanstalten handelt, daß aber, trotzdem doch der Segen der Bereicherung nach dem Kriege gar vielen zuteil geworden ist, für die Voraussetzungen einer gedeihlichen Entwicklung unseres kaufmännischen Bildungswesens gerade in den Kreisen der reichen Kaufleute ein sehr geringes Interesse wahrzunehmen ist.

Über die Frage des Volksbildungswesens und der Kunst möchte ich nur einige wenige Worte verlieren. Das Volksbildungswesen soll auf eine ganz neue Grundlage gestellt, es soll vollkommen neu organisiert werden und diese Organisation des Volksbildungswesens wird wahrscheinlich noch öfter den Gegenstand von Erörterungen in den Ausschüssen und in diesem Hause bilden. Natürlich ist auch da der Weg vom Gedanken zur Verwirklichung an finanzielle Voraussetzungen gebunden und diese finanziellen Voraussetzungen sind sehr schwer zu beschaffen. Aber der Plan, das Volksbildungswesen einheitlich zu gestalten, es für alle Teile dieses Staates lebendig und wirksam zu machen, nicht etwa mit Bevorzugung der Stadt Wien und der Landeshauptstädte, sondern tief eindringend in die Provinz, dieser Gedanke, der sich in der Neuordnung des Bildungswesens ausdrückt, er muß die allgemeine Zustimmung finden. Wenn irgend etwas, glaube ich, ist das Volksbildungswesen unserer Förderung und Unterstützung wert, denn in dem Maße, in dem die Volksbildung forschreitet, werden wir nicht nur die kulturellen, sondern auch die wirtschaftlichen Lebensvoraussetzungen dieser armen und schwergeschlagenen Bevölkerung zu steigern vermögen.

Sehr schwierig sind natürlich die Fragen der Kunst zu behandeln. Die Summen, die hier ausgesetzt sind, werden sicherlich dem nicht genügen, was heute notwendig wäre, um dem Kunstleben in Wien neue Kraft zuzuführen. In der Frage der Kunst steht es ähnlich wie in der Frage der Wissenschaft: sie ist nicht nur eine Kulturfrage, sondern sie ist, in einer Stadt wie Wien, zugleich und in hohem Maße eine wirtschaftliche Frage.

Diese Stadt braucht, ebenso wie sie eine Universität nötig hat, die neben den ersten Anstalten Deutschlands und neben den ersten Anstalten der Welt ebenbürtig dasteht — und das ist keine Frage des Luxus, sondern eine Lebensfrage für eine Weltstadt von nahezu 2 Millionen — Stätten der Musikpflege, Stätten der Pflege der darstellenden Kunst, wie auch Akademien der bildenden Kunst, die

neben den ersten der Welt ebenbürtig dastehten. Anders kann — ich spreche gar nicht von der Kulturwürde, die eine Stadt wie Wien aufrecht zu erhalten hat, sondern nur von materiellen Dingen — eine Weltstadt die Mannigfaltigkeit der Lebensvoraussetzungen nicht erfüllen, die nun einmal für das Dasein einer Großstadt unverrückbar gegeben sind.

Jetzt aber, der Einblick hat in die Dinge, wird wissen, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten heute die höhere Kunstpfllege zu rechnen hat, in welchem Misverhältnis das steht, was man in Wien für den Künstler leisten kann, und was ihm lockend im Ausland entgegentritt, welche Schwierigkeiten aber auch die sachlichen Kosten verursachen und welche Gefahren dadurch für die Kunstpfllege überhaupt herausbeschworen werden, daß die ungeheure Steigerung der Preise, die auf den Kunstgenuss gelegt sind, diesen selbst zu einer Sache für ein paar reiche Leute, beinahe schon zu einer Sache nur für Schieber machen. Ja, es ist jetzt so weit, daß, wenn nicht gewisse gemeinnützige Veranstaltungen geschähen, wodurch die Staatsoper und das Burgtheater doch auch breiteren Kreisen geöffnet werden, diese Theater wirklich nur noch eine Vergnügungsstätte für Schieber und Nettenhändler wären.

Diese Gefahren stehen vor uns, sie stehen in ebenso markanter und unverrückbarer Gestalt vor uns, wie die Gefahren, die der Universität drohen, und sie gehen uns auch unmittelbar an, weil das Unterrichtsbudget in der Zukunft alle diese Anstalten umfassen wird, denn alle diese Anstalten gehen in die Pflege des Unterrichtsamtes über. Es ist für uns, das kann man doch auch einmal im Parlamente aussprechen, es ist für uns in Wien eine Lebensnotwendigkeit, wenigstens das eine der altherühmten Kunstinstitute, wenigstens die Oper auf ihrer Höhe zu erhalten, als eine der ersten Stätten der Musikpflege der Welt. Beim Burgtheater wird man wahrscheinlich nicht mehr behaupten können, daß wir seinen Rang zu erhalten imstande wären, da müßten wir schon die Kraft haben, den halb und halb verlorenen Rang wiederherzustellen. Mit dem Burgtheater und seinem sehr verblässenden Glanze steht es ja ungefähr so, wie mit unseren Hochschulen. Daß also auch hier in Zukunft für das Unterrichtsbudget die schwierigsten Fragen sich ergeben werden, ist bei unserer Finanzlage klar. Aber das sind Fragen, die als Kulturfragen und zugleich als Lebensfragen sich darstellen.

Gestatten Sie mir, daß ich nun zum Schluß auf eine Sache zurückkomme, die in den Erörterungen des Ausschusses eine gewisse Rolle gespielt hat. Es muß gesagt werden, daß in der Debatte des Budgetausschusses im allgemeinen, wiederum sehr im Widerspruch zu der Haltung der Presse,

viel Zustimmung, viel Lob, viel Entgegenkommen für die Reformtätigkeit der Unterrichtsverwaltung zu hören war. Der Einwand, der sich noch am stärksten erhob, galt der Frage der religiösen Übungen. Diese Frage der religiösen Übungen mündete in einer lebhafteren Diskussion, einer Diskussion, die allerdings von vornherein natürlich zu einem Ergebnis nicht führen konnte und, sollte sie hier wieder auflieben — sie wird ja wahrscheinlich wieder auflieben —, auch hier zu einem Ergebnis nicht führen wird. Hier treten, wie das auch schon im Budgetausschuss vom Referenten und vom Vertreter des Unterrichtsamtes hervorgehoben wurde, Weltanschauungen einander scharf gegenseitig gegenüber. Es ist klar, daß diejenige Partei, deren geistige Führer wenigstens auf dem Standpunkte stehen, daß unser Leben, unser Erdenwandel nur die Vorbereitung für ein höheres Dasein ist, das wir im Jenseits zu finden haben, und daß infolgedessen die von Gott eingerichtete Institution, die bestimmt ist, unserer vorbereitenden Wandel hier auf Erden zu leiten und zu lenken, nämlich die Kirche, zugleich eine Heil- und Erziehungsanstalt ist, daß eine Partei mit solchen Grundvoraussetzungen, wie den ganzen Staat, so erst recht innerhalb des Staates die Schule unter den möglichst weitgehenden Einfluß der Kirche zu bringen sucht. Im vollen Ausmaß ihres Denkens und Empfindens — könnte sie frei handeln, wie sie denkt und empfindet, — würde es gelegen sein, daß ganze Schulwesen etwa in den mittelalterlichen Formen wesentlich kirchlich zu gestalten und unter die unmittelbare Tätigkeit der Kirche zu setzen. Wenn ich nun auch nicht behaupten möchte, daß alle Bugehörigen dieser Partei eine so scharf prinzipielle Auffassung haben, sondern in verschieden abgestuften Ausgleich mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Zeit leben, so ist doch die Grundlinie, die sichtbar immer wieder eingehaltene Hauptrichtung des Strebens, daran deutlich zu erkennen, daß jetzt die Forderung nach der konfessionellen Schule, nach noch schärferer Ausgestaltung der Macht der Kirche innerhalb des Schulwesens erhoben wird. Dass eine Partei, die mit solchen Grundvoraussetzungen an die Betrachtung der Schuligen tritt, sich mit Hestigkeit gegen die Verfügung bezüglich der religiösen Übungen wehrt, wie sie vor einigen Monaten getroffen wurde, das ist ja ziemlich selbstverständlich, wenn auch freilich diese Verfügung durchaus auf gesetzlicher Grundlage ruhte und der Zustand, der durch diese Verfügung beseitigt wurde, ein ungesehlicher, ein mißbräuchlicher war, mißbräuchlich auch mit der Wirkung, daß verfassungsmäßige Rechte der Eltern der Schulkinder dadurch eingeschränkt wurden.

Aber wenn nun in dieser Diskussion und im Budgetausschusse bei den Vertretern der von mir in groben Umrissen gekennzeichneten Anschauung die

Meinung hervortrat, als ob mit Beseitigung der Pflicht zu religiösen Übungen etwas geschehen sei, was ihrer Auffassung allzu schmerzlich nahekomme und was ihre Rechte an der Schule böse verlehe, so mußte dem schon im Budgetausschusse von der anderen, von der sozialdemokratischen Partei entgegengehalten werden, daß dies doch eine irrite Auffassung des Grundverhältnisses ist. In Wirklichkeit wird natürlich eine im Besitz befindliche Partei — und in bezug auf alle Institutionen, die die Schule angehen, ist die christlichsoziale Partei die im Besitz befindliche, sie hat ja 50 Jahre lang innerhalb der Schule die meisten ihrer Ideale verwirklicht gesunden — bei der geringsten Anstaltung des Machtbestandes so tun, als würde ihr Unrecht geschehen; das mag sich aus taktischen Gründen wohl erklären lassen. Wenn aber auf der anderen Seite eine Weltanschauung steht, die gleichfalls nach der Verwirklichung von Ideen und Institutionen ringt und innerhalb des bisherigen Bestandes der Schule so gut wie nichts verwirklicht findet, so stellt sich das Verhältnis, wenigstens das gegenseitige Verhältnis wohl ganz anders. Es ist nicht so, als ob in der Aufhebung der alten Gewohnheiten, die mit den religiösen Übungen in der Schule zusammenhängen, etwa eine Errungenschaft der Sozialdemokratie gegeben wäre, sondern es ist damit nur, ich möchte sagen, ein Rechtszustand wiederhergestellt worden, der durch eine spätere Entwicklung verdunkelt worden war. Eine Errungenschaft wird das kein Sozialdemokrat nennen können, ein Zugeständnis an seine Wünsche wird er es auch nicht nennen können. Denn so klar, so ausgesprochen, so deutlich und in scharfen Linien abgegrenzt innerhalb der christlichsozialen Partei die Absichten und Meinungen in allen Schulfragen darstehen, ebenso klar ausgesprochen und ebenso scharf gekennzeichnet sind die Anschauungen, die die Sozialdemokratie in bezug auf die Schule hat. Als Vertreterin einer modernen Weltanschauung wird sie als das Ziel ihrer Entwicklung nicht bloß eine Maßnahme sehen können, wie die, daß niemand zu religiösen Übungen gezwungen werden kann, sondern sie wird die völlige Trennung der Kirche von der Schule als ihr Ziel hinstellen müssen. Und das ist auch von den Vertretern der Sozialdemokratie in der Debatte im Budgetausschusse mit aller Schärfe hervorgehoben worden. Aber die Trennung der Schule von der Kirche bedeutet in unserem Sinne nicht bloß eine äußerliche Maßnahme, sondern sie bedeutet noch weit mehr: sie bedeutet, daß unser gesamter Unterricht, wenn er wirklich gedeihlich ausgestaltet werden soll, auch innerlich freigemacht werden muß von den kirchlichen Einstellungen, die bisher in der Schule gewaltet haben. Nicht nur das Äußerliche soll eintreten, daß der Religionsunterricht der Pflege der einzelnen Religionsgemeinschaften übergeben und

aus dem Schulwesen selbst herausgelöst wird, sondern weit mehr: Der Unterricht selbst muß rein weltlich, das heißt, er muß rein auf die Ergebnisse der Wissenschaft aufgebaut werden. Wenn man dann, losgelöst von allen den Rücksichten, die bisher die Gestaltung unseres Unterrichts auch inhaltlich, die innere Form also unseres Unterrichts bestimmt haben, wenn man losgelöst von den Rücksichten auf kirchliche Gesinnungen unseren Unterricht ausbauen wird, dann wird man wahrnehmen, daß von dem, was das Ergebnis der Wissenschaft ist, von dem, was die Errungenschaft der Forschung ist, sich viel mehr, ein viel reicheres, viel beglückenderes und viel fruchtbareres Maß an die Jugend heranbringen läßt, als man heute auch nur ahnt, daß es heute nicht so ist, als ob zwischen dem Verständnis des heranwachsenden Menschen und den Ergebnissen der Wissenschaft eine breite und unüberbrückbare Kluft wäre, daß es nur bisher an allen Bestrebungen gefehlt hat, diese Kluft zu überbrücken, und daß es jedenfalls nicht schwerer sein wird, schon die heranwachsende Jugend einzuführen in das moderne Denken, in eine moderne Welt- und Lebensauffassung, als es doch bisher immer gelungen war, und zwar meist sogar nicht mit den feinsten pädagogischen, sondern oft mit sehr derben, rein gedächtnismäßigen Methoden, sie zurückzuführen in eine in ihren Voraussetzungen kaum noch fassbare Weltanschauung der Vergangenheit, in die Weltanschauung des Mittelalters, von der eine gegenwärtliche Auffassung über die Schule vertreten wird.

In dieser Debatte also, die von den religiösen Übungen ausgehend im Budgetausschusse sich über das Ganze des Verhältnisses zwischen Weltanschauung und Schule ausbreitete, konnte es selbstverständlich zu keinem anderen Ergebnis kommen, als eben zu dem, daß man sagte: Diese Frage kann und wird natürlich nicht das Unterrichtsamt entscheiden, in diesen Fragen wird die Gestaltung der Machtverhältnisse im Staate oder vielmehr der Machtverhältnisse im Volke entscheiden, diese Frage wird sich ausreisen mit der Entwicklung des Denkens und des Empfindens der breiten Massen selbst.

Wenn indes auch in dieser Sache ein scharfer Meinungsstreit erwachte, so war anderseits — gestatten Sie mir, das zu wiederholen — sowohl im Budgetausschusß wie in den meisten Debatten im Unterrichtsausschusß wahrzunehmen, daß die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten aller Parteien die reformierende Tätigkeit, die von dem Unterrichtsamt ausgeht, begrüßte und, wenn sie auch im einzelnen Zweifel und abweichende Meinungen äußerte, die auch gelegentlich von sozialdemokratischer Seite geäußert worden sind, den großen Grundgedanken freudig zustimmte. Ich bitte Sie daher, dem Budget Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der dritte Berichterstatter, Herr Abgeordneter Paulitsch.

Berichterstatter Paulitsch: Hohe Nationalversammlung! Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Aufgabe, über Kapitel 12 Kultusausgaben und -einnahmen einschließlich des Nachtrages I zu berichten. Im Finanz- und Budgetausschusse ist das Kapitel „Kultus“ ohne jede weitere Debatte zur Annahme gelangt und ich erblicke heute meine Aufgabe auch nicht darin, vielleicht auf die sehr interessanten Ausführungen meines unmittelbaren Vorredners, des Herrn Abgeordneten Leutnner, zurückzukommen, welcher erklärt hat, welche Stellung seine Partei in der Frage der sittlich-religiösen Erziehung der Jugend einnimmt, sondern meine Pflicht ist es, in ganz kurzen Worten über das Kapitel „Kultus“ zu berichten, welches Ausgaben im Betrage von nicht ganz 16 Millionen Kronen anfordert und sich infolgedessen wohl in sehr bescheidenen Grenzen bewegt. Diese Ausgaben finden ihre Verwendung vor allem für die geistlichen Bildungsanstalten, vor allem für die materielle Stellung des Klerus, wie er dem tatsächlichen Personalstande entspricht. Es sind auch Ausgaben für notwendige Um- und Zubauten verzeichnet und ferner jene Ausgaben aus Stiftungen, für welche der Staat pflichtgemäß aufzukommen hat. Die Ausgaben für den evangelischen Kultus belaufen sich beiläufig auf $\frac{3}{4}$ Millionen Kronen und für sonstige Kultusaufgaben ist ein Betrag von 15.000 K vorläufig zur Subventionierung der israelitisch-theologischen Lehranstalt in Wien eingesetzt. Die Einnahmen kommen zumeist aus dem Ertragsnis des beweglichen und unbeweglichen Religionsfonds, in welches aber das Ertragsnis der Religionsforste und Domänen im Betrage von 2.3 Millionen Kronen nicht eingerechnet wird, weil die Verrechnung dieser Post vom Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft durchgeführt wird.

Es ist ganz klar, daß die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich im Laufe des Krieges und nach demselben entwickelt haben, auch an der Lage des Klerus, vor allem des Seelsorgeklerus nicht wirkungslos vorübergehen konnten. Es hat sich deswegen die Regierung veranlaßt gesehen, dem Klerus Teuerungszulagen zuzuwenden. Es darf hier wohl ohne Widerspruch gesagt werden, daß die materielle Lage des Klerus im jetzigen Deutschösterreich wohl vielleicht zu 90 Prozent nicht nur keine beneidenswerte, sondern vielfach eine recht traurige, ja, ich möchte sagen, beschämende ist. Wenn ich in Verhältnis stelle, was ein Hilfspriester oder ein selbständiger Seelsorgepriester, ein Pfarrer, nach Vollendung seiner Studien, einer akademischen Lehrlaufbahn an Beztigen bezieht, im Vergleich zu anderen, so fällt dieser Vergleich wohl in keiner

Weise irgendwie zum Vorteile des Seelsorgeklerus aus. Es wird ja auch darauf hingewiesen, daß der Seelsorgeklerus, besonders der selbständige, andere Güter, landwirtschaftliche Grundstücke zu verwalten hat, aus denen er zu seinem Vorteile Nutzen ziehen kann, und besonders, daß er in der gegenwärtigen Zeit deswegen ja eigentlich zu beglückwünschen wäre, weil er eben auch Nutznießer dieser landwirtschaftlichen Grundstücke sein soll. Die Sache verhält sich aber nicht so.

Wir dürfen nicht vergessen, daß vor Beginn des Krieges die landwirtschaftlichen Grundstücke der selbständigen Seelsorger vielfach verpachtet gewesen sind, weil ja der Seelsorger als solcher nicht unmittelbar bei der Bewirtschaftung Hand anlegen konnte und daß er dadurch vielfache Nachteile erlitten hat. Infolge des Brüdererschützgesetzes, welches ich ja vollständig verstehe, hätten ja die Seelsorgepriester Gelegenheit gehabt, diese verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke zurückzufordern; das ist aber in den allermeisten Fällen deswegen nicht geschehen, weil es mit Rücksicht auf den Beruf, den der Priester auszuüben hat, der Erfüllung der Seelsorgepflichten vielleicht nicht ganz entsprochen hätte, der Seelsorgetätigkeit vielleicht hinderlich gewesen wäre. Alle diese Momente haben sowohl die Regierung als auch der Finanz- und Budgetausschuss und die Nationalversammlung berücksichtigt; man konnte sich der Notwendigkeit einer Besserstellung des Klerus nicht verschließen und infolgedessen sind mit dem Gesetz über die Regelung der Bezüge der anderen Angestellten auch die Bezüge des Seelsorgeklerus geregelt worden. Diese Regelung wird vom Klerus dankbar empfunden, wenn sie auch, wie ich schon früher betonte, in keinem Verhältnisse dazu steht, wie die Regelung bei den anderen Angestellten erfolgte. Vor allem ist die Besserstellung der Pensionisten und Altpensionisten im Seelsorgeklerus deswegen begrüßt worden, weil die seelsorgliche Tätigkeit vieler Priester deswegen beinahe unmöglich gemacht worden ist, weil sie infolge ihres Alters ihren Seelsorgepflichten kaum mehr nachzukommen in der Lage waren; sie konnten aber auch nicht in den Ruhestand treten, weil sie überhaupt nicht die Möglichkeit hatten, unter diesen Verhältnissen leben zu können, und rein unter dem Drucke der Notwendigkeit, das Leben in kargen Verhältnissen fortzuführen zu müssen, aktiv tätig geblieben sind.

Man könnte nun vielleicht, hohe Nationalversammlung, glauben, daß diese düsteren Verhältnisse auf die Berufstätigkeit und Berufsfreudigkeit des Klerus hemmend oder ungünstig eingewirkt hätten. Ich darf wohl zur Ehre des Seelsorgeklerus sagen, daß dies nicht der Fall war, sondern daß er sich stets, getreu seinem idealen Beruf und dem höheren Momente, aus dem er seinen Beruf

ergriffen hat, unentwegt auch in dieser Hinsicht sein hohes und hehres Amt ausgefüllt hat. (So ist es!) Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit auf zwei Beispiele aus meinem engeren Heimatlande Kärnten hinweisen, wo dieser Klerus, der an und für sich selbst materiell nicht gutgestellt gewesen ist, vor drei Jahren tatsächlich bergauf und talab gegangen ist und selbst in Körben die Lebensmittel zusammengetragen hat, sie selbst vielfach auf Wagen zur Bahn führte, um sie nach dem Willen des Oberhirten der armen und dürfsten Bevölkerung in den Städten zuführen zu können. Ich darf vielleicht auch darauf hinweisen, daß, als von behördlicher Seite die Aktion „Stadtinder aufs Land“ inauguriert wurde, diese Aktion vollständig mißglückte, daß es aber, als der einheimische deutsche Klerus eingegriffen hat, doch möglich war, unterernährte arme Stadtinder in der Zahl von 1600 auf das Land hinauszubringen, ein Beweis dafür, wie doch das Ganze von einem höheren Standpunkt und nicht vom Standpunkt des Brotes aus aufgefaßt werden ist.

Ich glaube deswegen, hohe Nationalversammlung, daß, wie immer man sich vom Standpunkt der Weltanschauung zu dem Standpunkt stellen mag, den der Klerus vertritt, und wie immer auch die Verhältnisse in diesem Staate Deutschösterreich sich entwickeln sollten, eines immer Tatsache bleiben wird: daß der Klerus als solcher sein wird stets und immerdar ein treuer Pfleger und Erzieher unserer Jugend, ein Tröster und Helfer des hart geprüften Volkes namentlich in unseren Zeiten. (Bravo!)

Von diesem Standpunkte aus bitte ich die hohe Nationalversammlung, dem Voranschlag dieses Kapitels ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Die Debatte ist eröffnet.

Zum Worte sind gemeldet, und zwar kontra: die Herren Abgeordneten Müller-Guttenbrunn, Pauli, Dr. Ursin, Dr. Angerer, Mayer, Dr. Schürff;

pro die Herren Abgeordneten: Stricker, Schlesinger, Dr. Wagner, Dr. Hartmann, Dr. Schneider, Forstner, Vogl, Dr. Alfred Gürler, Witternigg, Dvorak, Bretschneider, Hermann Hermann, Schönfeld, Dr. Maier, Hermann Matthias, Spöner, Bauer Alois, Scheibein, Dr. Burjan, Kunschak und Dr. Gimpl.

Als Regierungsvertreter sind erschienen die Herren: Polizeipräsident Schober, Sektionschef Wedekind, Sektionschef Dr. Kelle, Ministerialrat Dr. Rohm, Gendarmerie-Zentraldirektor Camp, Ministerialrat Dr. Gerl, Sektionsrat Dr. Montel,

Sektionsrat Dr. Prüger, Landesschulinspektor Fadrus und Rechnungsdirektor Käfer des Staatsamtes für Inneres und Unterricht.

Zum Worte gelangt der erste Kontra-Redner, der Herr Abgeordneter Müller-Guttenbrunn. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Müller-Guttenbrunn: Hohes Haus! Wir haben so manchen Vortrag des Herrn Unterstaatssekretärs Glöckel, der mit der Leitung des Staatsamtes für Unterricht betraut wurde, mit vielem Interesse gehört. Ich persönlich habe von seiner bisherigen Wirksamkeit den Eindruck, daß er nicht nur ein von Reformmeister beseelter Mann und ein Mann guten Willens ist, sondern daß er auch zur Führerschaft berufen ist als Schulmann. Man braucht aber darum nicht mit allem einverstanden zu sein, was er unternimmt und plant, es sind auch ihm schon Taten des Übereifers und Unterlassungen nachzuweisen und es wird sich so mancher Wunsch und manche Forderung auch ihm gegenüber geltend machen müssen.

Was mir seine Wirksamkeit besonders sympathisch macht, ist sein Bestreben, das staatliche Unterrichtsamt zu einem allgemeinen Volksbildungsaamt zu erweitern. Mehr als es im alten Österreich durchsetzbar gewesen ist, wird jetzt versucht, über die Schule hinaus ins Leben zu wirken. Es sind vorerst nur Anläufe, Ansätze, richtunggebende Andeutungen. Aber man muß schon dafür dankbar sein in einer Zeit der allgemeinen Verrohung, in der die Entwicklung der menschlichen Innenkultur sich auf absteigender Linie zu bewegen scheint. Leider hat dieser Reformmeister, der an sich eine so erfreuliche Erscheinung ist, die Geleise der Parteipolitik nicht zu vermeiden gewußt. Die Frage, ob die unmittelbare Gegenwart in die Volks- und Bürgerschule gehört, ob die Streitfragen des Tages, die Gärungerscheinungen dieser Zeit schon den Kindern nahegebracht werden sollen, ist durchaus strittig. Den Fahrestag der Revolution zum Beispiel zu einem Festtag der Volks- und Bürgerschule zu machen, wie es geschehen ist, dazu, meine Herren, haben wir noch lange Zeit. Lassen wir aus der Mißgestalt dieses Staates, der nicht leben und nicht sterben kann, erst einen Organismus werden, in dem uns wieder wohl ist, ehe wir solche Feste feiern! Die Kinder, denen man zumutet, den Revolutionstag erhobenen Herzens zu begehen, sind sehr vorwitzig, sie fragen sich: Wieso denn? Warum denn? Früher haben wir uns sattgegessen und jetzt hungern wir!

Und auch die Bücher, die sie an diesem Gedenktage erhalten haben, machen sie nicht satt. Die Abhandlungen über den Weltkrieg und über unseren Staat, zu denen sich der Herr Staats-

Kanzler herabgelassen hat, sind keine Lesestücke für die Jugend. Sie können der Jugend nur durch politische Erklärungen des Lehrers beigebracht werden und ich glaube, daß dieser parteipolitische Einbruch in die Volks- und in die Bürgerschule nicht wenig dazu beigetragen hat, daß die Provinzen jetzt die Veränderung der Schule verlangen. (Sehr richtig!) Sie haben draußen das Gefühl, daß sie dem, was in Wien geschieht, entgegenwirken müssen. Es ist aber ein hohes Interesse Deutschösterreichs, daß seine Schule eine einheitliche, demokratische, deutsche Staatsschule bleibe und daß nicht da vielleicht eine sozialistische Schuljugend, dort eine klerikale Schuljugend erzogen wird. Das wäre ein großes Unglück für die Zukunft. Die Schule ist ein Politikum des Staates, aber wehe, wenn sie ein Politikum aller Parteien wird! Wir möchten daher vom Herrn Unterstaatssekretär Glöckel wünschen, daß er sich von diesem Ideal aller Kulturstaaten nicht durch äußere Einflüsse abdrängen lasse.

Die überlieferten Schulbüchereien, sagte der Herr Unterstaatssekretär in einem seiner Vorträge, sollen gründlich durchgemustert werden, die geänderte Staatsform mache manches nötig. Alle byzantinischen, dynastischen Bücher namentlich müssen verschwinden. Fort mit ihnen! sagen auch wir. Aber auch alle kriegerischen Bücher; selbst das Kriegsspielen soll der Jugend verleidet werden. Ich meine, man soll unsere Buben nicht entnarrmen. Die ganze Welt ringsum starrt in Waffen, der Militarismus blüht überall, werden wir allein in der Mitte eine Insel der Seligen bilden können? Ich glaube es nicht. Soll unsere Jugend von aller Überlieferung losgerissen werden und nicht mehr erfahren, welche Taten, welche Heldentaten ihre Vorfahren in einer kriegerisch gewesenen Welt verrichtet haben? Mögen die Ideale der Zukunft andere sein, die der Vergangenheit haben auch ihren erzieherischen Wert und unsere deutsche Jugend, das ist unsere Überzeugung, muß wehrhaft bleiben.

Der Herr Unterstaatssekretär hat schleinigen Ersatz für alle auszumusternden Jugendschriften versprochen. Diesen Ersatz aber werden wir uns genau ansehen müssen. Die Frage ist heißer, als mancher vielleicht glaubt. In den Schulen soll auch wieder eine gute alte Sitte eingeführt werden, das Buchgeschenk; nicht das Prämienbuch, wie es in alten Zeiten üblich war — ich habe noch ein solches erhalten — für gute Schüler, es soll das Buchgeschenk eingeführt werden für jeden Schulentlassenen. Das ist ausgezeichnet. Solche Bücher waren oft ein Schatz der Familie. Sie haben sich von Geschlecht zu Geschlecht vererbt und die Freude am Bücherbesitz im Volke wach erhalten. Aber wir sind misstrauisch. Wer wird diese Bücher auswählen? Welchen Inhalt werden die Bücher haben, die den

Schulentlassenen in die Hände gedrückt werden? Alle Achtung vor der Lehrerschaft. Aber wir möchten die Forderung aufstellen, daß nie ein anderes als ein dichterisches Werk, ein abgeklärtes, allgemein gültiges deutsches Werk in die Hände der Jugend gelegt wird. Es sollen weder durch Schulbüchereien noch durch Prämienbücher Parteibestrebungen in die Jugend getragen werden. Und auch nichts Fremdes.

Unsere armen Wiener Waisenkinder — ich kann sie nicht anders nennen —, die jetzt in der ganzen Welt oder doch in ganz Europa durch gute Menschen aufgefüttert werden, sie werden Fremdes genug mit heimbringen. In Schweden hat man neuestens beschlossen, jedem dort verpflegten Kinde ein Buch oder mehrere Bücher in die Heimat mitzugeben. Welch ein Buch? Es ist nicht gesagt. Wenn dies auch die Dänen und die Schweizer, die Holländer, die Italiener und andere Völker tun, wird es ja ein recht bunter Einschlag im Leben der Wiener Jugend werden. Ich möchte das Unterrichtsamt nachdrücklich auf diese wohlgemeinte Gabe aufmerksam machen. Meines Erachtens müßte sie auf Wörterbücher oder Sprachlehren eingeschränkt werden, auf Hilfsbücher im Verkehr der Jugend mit ihren Gastfreunden.

Man hat in der letzten Zeit das neue Wort von der Überfremdung gebildet. Hüten wir uns nicht nur vor der Überfremdung unserer Industrie, unseres Grundbesitzes, unseres Wiener Hausbesitzes, behüten wir auch unsere Jugend vor Überfremdung! (Sehr richtig!) Reife Menschen mögen lesen, was sie wollen. Die Lektüre unserer Jugend ist unsere Angelegenheit, darüber haben wir zu wachen.

Man hat mir nach dieser Richtung allerlei über eine geplante tiefgreifende Umgestaltung unseres früheren I. I. Schulbücherverlages zugetragen. Er soll eine Art Altiengesellschaft werden, gebildet von zwei Privatfirmen, Buchhändlern, unter hervorragender Beteiligung der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien hat jetzt den Ehrgeiz, nach einem gar nicht übeln Programmypunkt der sozialistischen Partei, künftig mehr mit Gratisbüchern, auch mit Schulbüchern, aufzupartieren. Gar nicht unsympathisch! Die wirtschaftliche Gliederung dieses künftigen Schulbücherverlages interessiert mich eigentlich viel weniger als die geistige. Ich wollte es gleich von Anfang an nicht glauben, daß der Staat das Politikum seines Schulbücherverlages aus den Händen lassen und der buchhändlerischen Privatspekulation einen zu weitgehenden Einfluß gewähren will. Der Herr Unterstaatssekretär hat mich auch darüber beruhigt. Er hat sich ja selbst auf das Schlagwort vom bodenständigen Unterricht festgelegt und ich konnte mir nicht denken, daß er internationalen Einflüssen nach dieser Richtung zugänglich sein sollte.

Man erhält soviel Informationen aus dem Publikum und man kann sie nie kritisch genug behandeln. So hat man mir berichtet, einer der Verleger, der an dem künftigen Schulbücherverlag mitbeteiligt werden soll, habe allerlei internationale Ware auf dem Markt, er habe eine Kinderbücherei auf Lager, die schon 80 Hefte umfasse, und er gebe auch Jugendhefte für Kunst und Literatur heraus, die, wie gesagt, international sein sollen. Einer näheren Prüfung hat diese Information nicht standgehalten. Ich habe mich überzeugt, daß wohl von den 80 Kinderbüchern ein Viertel aus der Fremde stammt, aber die ausgegebenen Jugendhefte enthalten, soweit sie bisher vorliegen, nichts Fremdes.

Vom deutschen Jugendschrifttum alles Fremde grundsätzlich fernzuhalten, wäre töricht. Wer möchte den weltberühmten Robinson im unserem Schrifttum entbehren, den Gulliver und die vielen reizenden Erzählungen aus „Tausend und eine Nacht“? Sie sind ein Volksbesitz geworden. Aber die offizielle Förderung einer Kinderbücherei, in der jedes vierte Stück aus einer fremden Volksseele heraus geboren wurde, müßte ich entschieden ablehnen. Das würde eine Überfremdung auch der Phantasiewelt der deutschen Kinder anbahnen. So etwas dürfte meines Erachtens weder vom Unterrichtsamt noch von der Gemeinde Wien gefördert werden. Franz Klein, der frühere Justizminister, hat uns in einem bedeutsamen Österartikel zugerufen: Mehr deutsch! Mehr deutsch sollten wir sein auf allen Gebieten, in der Politik und im Leben. Als deutscher Nationalstaat müßten wir uns endlich fühlen und das mit Nachdruck und unablässig zum Ausdruck bringen, wenn wir je an unser Ziel kommen wollen, zur Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Dieses Wort gilt auch hier. Es gilt für die Jugendlektüre ganz besonders. Die Sehnsucht nach der Heimkehr zum deutschen Volke müßte schon in der Schuljugend Österreichs gepflegt und gehegt werden.

Wir deutschen Schriftsteller haben an den Schulbücherverlag einen anderen Wunsch: Er möge seinen Namen ändern. Man verlangt von uns Bücher für den Schulbücherverlag, die nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder möglich und verständlich sind. Ich halte das für den richtigen Weg zur Verjüngung und Erneuerung der Jugendlektüre. Denn die bestellten Jugendschriften sind in der Regel eine öde Moralsiederei und ein Spott der reiferen Jugend. Sobald man aber rein künstlerische Bücher dem Schulbücherverlag über gibt, sieht sie kein erwachsener Mensch mehr an und auch der Jugend sind sie verdächtig. Ein gewisser Größenwahn ist ja ein Vorrecht der Jugend. Sie will los vom Schulmäßigen, sie will über die Schule hinaus nicht bevormundet sein. Ein Verlag, der auch anderes als Schulbücher herausgibt, dürfte sich also nicht „Schulbücherverlag“ nennen. „Deutsch-

österreichischer Verlag" oder "Staatsverlag" klingt weit besser und wäre dem Verlag selbst nützlicher.

In dankenswerter Weise hat das neu geschaffene Volksbildungamt auch die Frage der Kunsterziehung in seine Wirklichkeit einbezogen. Es ist bis jetzt bei schüchternen Versuchen geblieben und wir wünschen sehr, daß sie fortgesetzt und erweitert werden. Freilichtaufführungen von Klassikern, Jugendkonzerte, die Herstellung volkszerzieherischer Films, die Veranstaltung wohlfeiler Klassikeraufführungen für Bürger-, Handels-, Mittel- und Hochschüler im Burgtheater, das alles ist zu begrüßen. Ob auch noch Arbeitervorstellungen in diesem Rahmen stattfinden so wie früher, weiß ich nicht. Die Zeit und die Umstände haben sich geändert. Heute wäre es ein zwingendes Gebot, in dieser Stadt solche wohlfeile Klassikerabende für den gebildeten Mittelstand einzuführen (Sehr richtig!), der von allen Lebens- und Kunstdingen ausgeschlossen und proletarisiert worden ist. Ich kenne Hofräte in unseren Ministerien, ich kenne Künstler, Schriftsteller, Professoren, die das Burgtheater und die Hofoper von innen noch nicht gesehen haben.

Das geistige Elend der Gebildeten ist in Wien beinahe größer als das körperliche und ich möchte den Wunsch aussprechen, daß das Volksbildungamt des Unterrichtsministeriums allen Ernstes daran denke, wie diesem Elend gesteuert werden, wie dem jetzt vertriebenen, einst bestem Publikum des Burgtheaters wieder Einlaß gewährt werden könnte. Das wird um so leichter sein, da man die beiden ehemaligen Hosbühnen in Bausch und Bogen in den Staatsbetrieb übernommen und ihr Defizit in den großen Wurstkessel des staatlichen Milliardendefizits hineingeworfen hat. Anstatt die Lage dieser Bühnen von Grund aus einer strengen Überprüfung zu unterziehen und sie wenigstens annäherungsweise auf eine wirtschaftliche Grundlage zu stellen, wie ich es in einem besonderen Antrag vor einem Jahre verlangte, ließ man alles beim alten hofprotektionsistischen Schlendrian und behielt auch den ganzen Apparat der früheren Generalintendanten bei. Der Platzhalter des Generalintendanten ist gefallen, aber sein ganzer Stab amtiert weiter in denselben Räumen und überwacht dort so wie früher den Freitartenbetrieb der beiden Staatsbühnen. Ehemals ging das auf Kosten des Hofs und wir hatten nichts dadrinnen zu reden, heute geht es auf Kosten eines Staates, in dessen Zehnmilliardendefizit das Defizit der beiden Staatstheater — man schätzt es im ganzen auf 19 Millionen — gar keine Rolle zu spielen scheint. Nun, man wird diesem Österreich dereinst nachrühmen können, daß es auf noble Weise zugrunde gegangen ist.

Hohes Haus! Ich bin im vorigen Jahre von dieser Stelle aus für die unverfehlte Erhaltung

unseres großen Kunstbesitzes eingetreten und habe hier sehr wenig Beifall gefunden, beinahe das Gegenteil. Aber der geplante Verkauf wurde verhindert. Die Vertreter der Entente haben sich auch zu der Ansicht bekannt, daß der ganze habsburgische Kunstbesitz, ob er in unseren Sammlungen zur Schau gestellt oder in Schlössern und Palästen wie in Magazinen verwahrt ist, eine Einheit bildet, die nicht angetastet werden sollte. Kürzlich haben sich nach der viel besprochenen Bestandsaufnahme in unseren Kunstsammlungen durch die Fachmänner des Auslandes auch Pariser Stimmen mit dem Gegenstande beschäftigt und eine dieser Stimmen bezeichnete unseren Kunstbesitz als den letzten großen Reichtum Österreichs, der nicht angegriffen werden dürfe. Er bilde eine Einheit, wie sie kein zweitesmal in der Welt vorhanden sei, und ein unschätzbares Pfand für Darlehen. Das ist wohl deutlich genug. Ich möchte die Regierung auch heute dringend vor einer Verpfändung dieses Schatzes warnen. Die Entente, die diesen Staat zerschlagen und zugrunde gerichtet hat, ist letzten Endes verpflichtet, uns zu erhalten, ohne uns gänzlich auszuplündern, oder uns den Weg freizugeben zum Anschluß an das Deutsche Reich. (Sehr richtig!)

Für die nächste Zeit ist unser Kunstbesitz durch den Friedensvertrag geschützt. Aber wir dürfen nie vergessen, daß wir schon vor dem Abschluß dieses Friedensvertrages gegen alles Recht künstlerisch beraubt worden sind. Leider habe ich nichts darüber erfahren können, ob der Herr Staatskanzler in Rom die Gelegenheit wahrgenommen hat, von diesem unserem Guthaben mit den Italienern zu sprechen. Dieses sehr beträchtliche Guthaben dürfte in unserem Unterrichtsamte nie in Vergessenheit geraten.

Zu den Reformplänen dieses Amtes oder seines Leiters sei nur noch ein kurzes Wort gesagt. Wir haben außer der städtischen Bibliothek in Wien noch fünf große öffentliche Büchereien in unserer Hauptstadt. Sie stellen dieser Stadt ein schmeichelhaftes Zeugnis für ihre Kulturfähigkeit aus. Die Frage, ob wir in unserer Armut alle diese Büchereien künftig erhalten können, liegt nahe und sie muß leider verneint werden. Kostspielige Werke, die oft von jeder dieser Büchereien angeschafft wurden, waren in dem alten Fünfzigmillionenstaate kein Luxus. Wir werden aber künftig vielleicht nur einmal oder zweimal in den Besitz solcher Werke kommen, denn an die Stelle der zwei größten Büchereien, der Universitätsbibliothek und der Hofbibliothek, wird wohl eine große Staatsbibliothek treten müssen. Da steht eine harte und schwierige Reformarbeit bevor. Die Vereinigung der Hof- und der Universitätsbibliothek namentlich steht im Vordergrunde. Wer an die herrlichen Altertümer und Kostbarkeiten der ehemaligen Hofbibliothek denkt, dem wiederstrebt der

Gedanke, sie mit der rein praktischen, wissenschaftlichen Zwecken dienenden Universitätsbibliothek vereinigt zu sehen. Vielleicht wird ihnen auch noch die Tidetkommissbibliothek angegliedert werden müssen. Aber es wird wissenschaftlich fruchtbarer sein, wenn wir eine große Staatsbibliothek etwa mit 1 Millionen jährlich dotieren, als wenn wir fünf große Buchereien mit kleineren Beträgen ausstatten, um sie in die Lage zu versetzen, fünfmal dieselbe Arbeit zu leisten und dieselben Bücher anzuschaffen. Wir sind angefischt unserer Finanznot und in der Erkenntnis, daß wir nunmehr ein Kleinstaat geworden sind, für diese Vereinigungsbemühungen.

Gefährlicher dünkt uns der Plan, das Kupferstichkabinett der Hofbibliothek mit der weltherühmten „Albertina“ zu vereinigen. Mit neueren Büchern, die in der Regel Massenprodukte sind, von denen eines dem andern gleicht und die leicht ersezt werden können, ist es ganz etwas anderes als mit Kunstdrucken; da gibt es wohl kaum Dubletten, die enthebt werden können. Hüten wir uns auch vor dieser Antastung unseres letzten großen Reichstumes, um mit den Worten des französischen Fachmannes zu reden. Lassen wir die beiden Sammlungen, wenn auch in der Verwaltung vereinigt, nebeneinander bestehen. Sie repräsentieren einen in zwei Jahrhunderten zusammengetragenen Schatz von etwa 500.000 Kunstdrucken, wie sie nirgends in der Welt wiederzufinden sind. Wir werden es verstehen, so schmerzlich es auch ist, wenn die großen Bibliotheken vereinigt und doppelter Bücherbesitz ausgemistet oder anders eingeteilt wird. Aber wir werden niemals zustimmen, wenn ein Teil unseres künstlerischen Besitzes auf dem Umwege über die Vereinigung von Sammlungen zur künstlerischen Marktware herabgedrückt werden sollte. (Sehr richtig!)

Einen Wunsch haben wir Großdeutsche an den Herrn Unterstaatssekretär hinsichtlich der neuesten reichsdeutschen Bestrebungen, unsere überlieferte Rechtschreibung einem gänzlichen Umsturz zu unterziehen.

Just in dieser nervösen Zeit, in der kein Mensch sein inneres Gleichgewicht bewahrt hat, werfen ein paar gelehrte Querköpfe auch diese große verantwortungsvolle Frage auf. Wir sollen am Ende dieses Weltkrieges nicht nur bis auf das Hemd ausgeplündert dastehen, man will uns auch noch dieses Hemd herunterreißen, uns eine andere Schriftsprache aufzwingen, man will uns auch geistig in die Fremde stoßen; denn unter den Begründungen liest man auch die: es geschehe, damit die Fremden leichter deutsch lernen können. Es fehlt nur noch, daß man unserer Orthographie die Schuld daran gibt, daß wir den Weltkrieg verloren haben. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!) Just in dieser Zeit der entsetzlichsten Papiernot und der unerhörtesten Bücherteuerung wagt man es, solch eine Forderung

aufzustellen. Es würden dadurch neuerdings Milliardenwerte vernichtet werden. Alle Wörterbücher der deutschen Sprache, alle Lehr- und Schulbücher, alle Schriftzeichen, Platten und Matern des Buchgewerbes würden unbrauchbar und es würde ein mindestens zwanzigjähriges Chaos in der deutschen Schriftwelt eintreten; denn die neuen Bücher würden neben den alten herlaufen und niemand würde mehr, wie er deutsch zu schreiben hätte. Schon haben sich viele fachliche Körperschaften in Österreich, in der Schweiz und selbst in Amerika gegen diese Reform erklärt. Sie lehnen es ab, sich jetzt in diesen neuen Streit zu stürzen. Das Deutsche Reich wird allein dastehen, wenn es jetzt in der Tat keine andere Sorge hätte als die Demolierung seiner Schriftsprache. Das Ausland deutschum würde kaum mit ihm gehen, die Verwirrung wäre also eine unvermeidliche. Ich kann mich auf Einzelnes hier nicht einlassen, es ist schwer, mit Worten die Veränderungen zu demonstrieren, die geplant sind. Ich kann nur im Namen der Großdeutschen Vereinigung den Wunsch zum Ausdruck bringen: Unser Staatsamt für Unterricht möge sich an dieser Reform nicht beteiligen. Was unserer Schriftsprache not tut, das wollen wir in ruhigeren Tagen erwägen. Jetzt unsere Sprache zu revolutionieren und auch sie als eine Besiegte hinzustellen, lehnen wir ab. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich eile zum Schlusse. Ich habe nur noch eine ganz kleine Geschichte für den Leiter unseres Unterrichtsamtes und auch für den unseres Staatsamtes des Innern. Die Monarchie ist zerstört, unser Volk zerrissen, überall sind Deutsche von uns losgetrennt worden. Aber sie fühlen sich noch als zu uns gehörig und ihre Söhne erblicken in Wien noch immer das Zentrum ihrer geistigen Heimat. Ich will heute nur von jenem Deutschum sprechen, das zu dem früheren Ungarn gehört hat. Eine Million dieser Deutschen gehört heute zu Rumänien, eine zweite Million zu Jugoslawien, eine halbe Million blieb bei Ungarn. Viele von ihnen haben ihre Hochschüler bisher zu uns und ins Deutsche Reich geschickt, damit sie nicht in dem Völkerbrei der Donauländer untergehen, damit ihnen immer wieder aus ihrem eigenen Volke geistige Führer erwachsen. Das soll jetzt anders werden; denn die Deutschen dieser Länder sind für uns Ausländer geworden, für die Polizei und für unsere Hochschulen. Lästige Ausländer.

Hohes Hans! Auf Schritt und Tritt begegnen wir in Wien Menschen, die hier nichts zu suchen haben (Zustimmung), die hier bloß dem Bucher und unserer Ausplündierung nachgehen. Auch an allen Hochschulen wimmelt es von Fremden. Unserem Fleisch und Blut aber, den deutschen Jünglingen aus dem ehemaligen Ungarn, aus den früher zu uns gehörigen Provinzen, die durch den Krieg in

ihren Studien zurückgeworfen wurden und jetzt in Ländern leben, in denen es eine Hochschulbildung zum größten Teil nicht gibt, diesen Jünglingen weist man in Wien die Tür. Die Polizei weist sie nach drei Tagen aus, die Hochschulen verweigern ihnen die Inskribierung, denn sie sind Ausländer. Man beruft sich auf einen Beschluß des Professorenkollegiums und bezeichnet es als ganz ansichtslos, gegen diesen Beschluß zu appellieren. Nur das Unterrichtsamt könne eine Ausnahme gewähren. Wie aber sollen diese verschüchterten Jünglinge, diese jungen Leute, denen die Polizei eine gedruckte Postkarte ins Hotel schickt, daß ihnen der weitere Aufenthalt in Wien nicht gestattet sei, den Weg ins Unterrichtsamt finden? Sie gehen zuerst zur Polizei, füllen dort ein Formular aus und geben alle Gründe an, die sie bestimmten, nach Wien zu kommen. Sie erlegen auch eine Gebühr von 10 K. Nach drei Tagen trifft in ihrem Gasthof eine Karte folgenden Wortlautes für sie ein: "Ihrem Ansuchen um Bewilligung zur Einreise nach Niederösterreich" — wo sie ja schon sind — "und zum Aufenthalt in Wien wird keine Folge gegeben. In Vertretung: Kraft." Man spricht so viel von der Abschließung der Länder gegen Wien. Tut Wien nicht das gleiche? Ist das etwas anderes? Schablonenhaft, ohne jegliche Prüfung der Person und der Gründe werden diese Ausweisungen verfügt. Nur wer sich auf Nebenwege begibt, entweder Protektion hat oder sich der Polizei zu entziehen weiß, kann bleiben. Solche Wege aber betreten unsere deutschen Hochschüler nicht.

Vor einigen Wochen kamen mehrere dieser studentischen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Ungarn bestürzt zu mir, sie waren alle im Besitz solcher Ausweisungskarten. Sie wollten ihre Studien in Pest beenden, obwohl sie alle ins Banat gehören, also teils nach Rumänien, teils in den unaussprechlichen jugoslawischen Staat. Plötzlich forderte man sie an der Budapestener Universität auf, in die Horthy-Armee einzutreten; sie konnten dabei ihre Studien vollenden, hätten nur dreimal wöchentlich militärischen Dienst zu machen. Raum dem Krieg und der italienischen Gefangenschaft entronnen, sollten sie wieder Soldaten werden, Soldaten in einer Armee, die nicht die ihres künftigen Vaterlandes ist. Sie entzogen sich dem Eid für den Schutz der Integrität Ungarns in ihrer Ratlosigkeit durch die Flucht nach Wien, sie wollten hier für das zweite Semester inskribieren, suchten hier ein geistiges Asyl. Man hat es ihnen aber verweigert und sie reisten schleunigst nach Deutschland weiter, denn das Wiener Pflaster war ihnen zu heiß geworden.

Vor einigen Tagen kam abermals ein Banater Schwabenjüngling zu mir, ein Techniker, der in Pest und hier in die gleiche Lage geriet. Auch er

sollte in die Horthy-Armee gezwungen werden. Er ist materiell unabhängig, fiele in Wien niemandem zur Last, nicht einmal der Mensa. Sein Paß lautet nicht auch nach Deutschland, er muß in Österreich bleiben oder magyarischer Soldat werden, oder in das Banat heimkehren, wo es keine Universität gibt, und im VI. Semester seine Studien aufzugeben, denn die Wiener Polizei verweigert ihm den Aufenthalt. Da sagte ich mir, da muß man helfen. Ich schrieb einen herzlichen Brief an den Dekan der Technischen Hochschule, appellierte von dem verblendeten Bürokratismus des Professorenkollegiums an die bessere Einsicht und das Mitgefühl dieses Mannes. Es war umsonst, er wies den Jüngling als Ausländer ab, jeder Appell sei vergeblich. Da riet ich dem jungen Manne, sich um die polizeilichen Maßnahmen gar nicht zu kümmern, hier zu bleiben und den längeren Weg zum Unterrichtsamt zu betreten.

Hohes Haus! Ich will keine großen Worte machen, die Sache spricht für sich selbst. Aber man muß wohl sagen: was da unter den Augen der Regierung an den deutschen Wiener Hochschulen gegen Deutsche geschieht, das ist so unerhört, daß es in keinem anderen Staate und bei keinem anderen Volke möglich wäre. Wir fordern, daß kein Deutscher aus unseren früheren Provinzen in Wien als Ausländer behandelt werde, und wir fordern, daß jeder deutsche Student, der in Wien inskribieren will, in Wien inskribiert werden muß. Das Budget dieser Regierung, die sich diesen selbstverständlichen Erwägungen bisher verschlossen hat, lehnen wir ab. (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zur Beratung dieses Gegenstandes ist vom Kultusamt auch Herr Hofrat Dr. Loebenstein erschienen. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stricker.

Abgeordneter Stricker: **Hohes Haus!** Am Montag sind circa 1000 deutsche Hochschüler von der Wiener Universität in die Alserstraße zur „Mensa Academica Judaica“, der Speiseanstalt für arme jüdische Hochschüler, gezogen, haben 20 dort anwesende Studenten und Studentinnen aus dem Lokal hinausgeprügelt, sämtliche Teller zerstochen, sämtliche Kellnerinnen mishandelt, haben dann die „Wacht am Rhein“ gesungen und sind abgezogen. Sie sind von dort in das Anatomische Institut in die Währingerstraße gegangen, haben sich in den Hörsaal für Anatomie begeben und unter den Rufen: „Raus mit dem Juden Tandler!“ die Auslieferung des Unterstaatssekretär und Professors Dr. Tandler begehrte. Am nächsten Tage sind sie in

der Universität in die Räume der von den Amerikanern eingerichteten Frühstücksstube gezogen, haben dort die Entfernung der jüdischen Hörer und Hörerinnen verlangt und haben diejenigen, die sich geweigert haben, hinausgeprügelt. Bei mir ist ein Oberleutnant der deutschen Armee erschienen, ein Christ, ein Krieger, hat mir im Automobil eine mißhandelte Studentin gebracht und hat von mir verlangt, ich möge sofort irgend etwas unternehmen, damit diesem Treiben ein Ende gemacht werde. Diese jüdische Studentin war überdies tschecho-slowakische Staatsbürgerin. Die Institute, die von den Studenten demoliert wurden, sind vom amerikanischen „Joint distribution committee“ eingerichtet worden, von demselben Komitee, von welchem Sie gehört haben, daß es für die Heimbeförderung deutscher und österreichischer Kriegsgefangener 65 Milliarden beigesteuert hat. Dieses Institut — das ist in den Zeitungen nicht gestanden — ist ein jüdisches Institut, das gebildet wird von den vereinigten jüdischen Wohltätigkeitskomitees in New York. Am nächsten Tage haben die deutschnationalen Studenten die Wiener Aula besetzt und haben jüdischen Hörern den Zutritt verweigert, haben schließlich die Vorweisung von Tauffscheinen verlangt. Von der ungarischen Methode, auch die Kleider auszuziehen und nachzuschauen, ob der Betreffende beschritten ist oder nicht (Heiterkeit), haben sie Abstand genommen. Meine Herren, es freut mich, daß Sie angesichts dieser Dinge noch Heiterkeit aufbringen können.

Ich beschränke mich darauf, Ihnen ohne jede weitere Kritik diese Dinge vorzulegen, und zwar nicht deshalb, weil ich ein grundsätzlicher Gegner des Gebrauches scharfer Ausdrücke, sondern weil ich der Ansicht bin, daß in diesen Tagen dem deutschen Volke mehr geschehen ist als dem jüdischen. Die Tatsachen sprechen für sich und jeder rechtlich denkende Mensch, welcher Parteirichtung er angehören mag, wird, glaube ich, nicht den Schluß ziehen können, daß in dieser Art vorgegangen werden darf, wenn man vor der Welt als Kulturnation dastehen will. Ich überlasse Ihnen die Beurteilung Ihrer Jugend. Es geht Sie mehr an als uns, es greift Ihnen tiefer in das Innerste als uns.

Ich bin auch nicht hier, um Rache, um Sühne zu verlangen, sondern verlange nur, daß sich solche Fälle nicht mehr wiederholen mögen, daß an der Universität die Lern- und Lehrfreiheit gewahrt werde. In dem Moment, wo das nicht geschieht, ist diese Universität, Ihre deutsche Universität, deren deutschen Charakter anzutasten niemandem im Traume einfällt, kein Kulturinstitut mehr. Ich protestiere aber hier gegen das Verhalten derjenigen Faktoren, die berufen waren, solche Dinge zu verbüten, gegen das Verhalten des Rektorats und des Professorenkollegiums. Sie haben nichts getan, um diesen Zuständen ein Ende zu be-

reiten, sie haben nichts unternommen, um die Jugend, welche sich aus einer durch den Krieg entstandenen falschen Mentalität heraus auf Irrwege begeben hat, daran zu erinnern, daß man politische Ansichten anders verfechten muß als in dieser Weise, daß man in der heutigen Zeit mit solchen Mitteln nicht weiter kommt und niemandem mehr schadet, als sich selbst.

Es ist die Universität, es ist die technische Hochschule geschlossen worden. Ich betone nochmals, ich schreie nicht nach der Polizei, ich schreie nicht nach Gewalt und Sühne. Aber man soll versuchen, die beteiligten Faktoren zusammenzubringen und ihnen klar zu machen, daß es so nicht weiter geht, daß diese Fragen nicht auf Grund von Beschlüssen von Vereinen auf der Aula ausgefochten werden können, sondern daß der Ort zur Austragung dieser Angelegenheiten ein ganz anderer sein muß.

Ich billige der Regierung zu, daß alle diese Vorgänge nicht ihre Zustimmung gefunden haben. Ich sehe voraus, daß sie sich bemühen wird, diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen. Aber beendet muß er werden.

Wogegen ich weiters protestiere, ist die Verlogenheit und die Unaufrichtigkeit in der Behandlung all dieser Fragen. Ihre geistige Nahrung empfangen die Hörer, welche an den Ausschreitungen teilgenommen haben, in Versammlungen, die alles eher sind als Stätten, wo man sich so ausschließlich um das Wohl und Wehe der deutschen Jugend kümmert, in Versammlungen, wo es um etwas ganz anderes geht. Wir haben es hier gehört: Der Kampf muß gegen das jüdische Großkapital geführt werden.

Ich bin der letzte, der Ihnen bei diesem Kampf in den Arm fällt. Ich wünsche, daß kapitalistische Auswucherungen des christlichen Kapitals und des jüdischen Kapitals bekämpft werden, und wenn Sie glauben, daß beim jüdischen Kapital die Dinge ärger liegen, verlegen Sie Ihre Hauptaufmerksamkeit mehr auf das jüdische Wucher- und Großkapital.

Niemand, der auf meinem Standpunkt steht, wird Sie daran hindern. Aber ist das der Kampf gegen jüdisches Großkapital, wenn man verhungerten, armen jüdischen Studenten das bißel Tressen vor dem Munde wegreißt, wenn man ihnen die Teller und die Kochtöpfe zerstößt? Das ist der Kampf gegen das jüdische Großkapital? Gegen diese Verlogenheit protestiere ich. Kämpfen Sie mit offenem Visier und schieben Sie nicht arme Studenten vor!

Wogegen wird noch gekämpft? Gehen Sie doch in die Versammlungen: Hoch Kapp! Hoch Horthy! Klingt von allen Seiten! Ich bitte, ich habe gar nichts dagegen, wenn Sie sich dazu entschließen, Ihre Jugend an dem Vorbild dieser

Gestalten zu erziehen, es ist Ihr gutes Recht. Dann führen Sie aber diesen Kampf ehrlich, führen Sie ihn gerade, sagen Sie, was Sie wollen, aber verprügeln Sie nicht jüdische Studentinnen, um zu diesem Ziel zu kommen.

Wollen Sie Ihren Kapp- und Horthy-Thron aufbauen, bitte schön, Sie haben die weite deutsche Erde! Aber der jüdische Rücken ist nicht dazu da! Wir dulden nicht, daß die streitenden Kapp- und Horthy-Parteien sich momentan auf unserem Rücken vereinigen, momentan sich im Antisemitismus eine gemeinsame Plattform schaffen, weil sie sich doch nicht gleich zu Beginn ihrer Putsch gegen seitig in die Haare fahren wollen.

Weiters will ich auch noch gegen eine andere Unaufrichtigkeit protestieren. Es ist die Unaufrichtigkeit, welche in dem Worte „Ostjudenfrage“ liegt. Es heißt „gegen die Ostjuden“ und man bedient sich sogar des Argumentes, daß die anständigen und vernünftigen Westjuden auch der Ansicht sind, daß man mit diesen Ostjuden aufzuräumen soll. Ich weiß nicht, ob ich in Ihren Augen ein vernünftiger und anständiger Westjude bin, aber eines kann ich Ihnen versichern: Ich falle auf diesen Schwindel nicht herein.

Um was geht es Ihnen? Hier klagen Sie immer in beweglichen Worten: Die Juden sind Universitätsprofessoren und Lehrer und vergiften unsere Jugend; das jüdische Großkapital, die Bankdirektoren beherrschen unser ganzes Leben, die Redakteure der großen Zeitungen sind Juden und die verseuchen unsere Presse; die Schandliteratur — und sie ist eine Schandliteratur — (So ist es!) wird von Juden gemacht; diese jüdischen Operettenfabrikanten, diese Filmfabrikanten, diese Fabrikanten von schweinischen Romanen (Sehr richtig!), die müssen hinaus!

Aber seien Sie doch aufrechtig! Sind das denn Ostjuden? Prüfen Sie doch, in welcher Himmelsgegend diese Juden geboren sind! Es geht Ihnen um alle Juden! Schützen Sie nicht immer den Begriff „Ostjuden“ vor! Die Ostjuden sind genau solche Menschen wie die Westjuden, sie sind nur unter anderen Verhältnissen aufgewachsen und tragen vielfach Merkmale an sich, die keine jüdischen sind.

Meine Herren, ich frage Sie, die im alten österreichischen Parlament gesessen sind: Könnte unter dieser Herrschaft des Polenklubs etwas anderes entstehen, gleichgültig ob Christ oder Jude, müßte denn nicht jeder korrumptiert werden, der in dieser Atmosphäre aufgewachsen ist? Und wie oft hat man sich an dieses Haus gewendet: Um Gottes willen, fällt doch diesen Leuten in den Arm, gebt doch nicht zu, daß Millionen einfach vergiftet und korrumptiert werden! Aber hier hat man sich mit dem Polenklub sehr gut vertragen und hat ruhig

zugeschaut, wie dieser Misthaufen im Osten immer höher und höher gewachsen ist.

Ich fühle nicht solidarisch mit jüdischen Gaunern und Schwindlern aus dem Westen oder Osten. Verfolgen Sie sie, stellen Sie sie ihren Gerichten und Behörden, strafen Sie, wie Sie nur können, und es wird dies nicht weniger meinem Wunsche entsprechen als Ihnen. Für Sie sind ja jüdische Schlechtigkeiten schließlich ein ganz gutes Agitationsmaterial. Aber für mich sind jüdische Schlechtigkeiten Krankheiten, die am Körper meines Volkes wuchern, und ich bin der letzte, der sie vor Bloßlegung schützen wollte. Fassen Sie die ostjüdischen Schwindler und Gauner! Aber ich erkläre Ihnen: Ein jüdisches Volk gibt es und ich fühle solidarisch mit allen Juden, ob sie vom Osten oder Westen kommen. Ich reflektiere nicht auf eine Duldung, die sich in den Worten ausdrückt: Ja, Westjuden, da sind einige ganz anständige Menschen darunter, aber die Ostjuden müssen weg! Ebenso wenig wie ich darauf reflektiere, daß man mir sagt, und vielen Herren Antisemiten besteht es so: Ja, Sie persönlich sind ein anständiger Jude! Leider Gottes sind viele Juden dazu erzogen, das als eine Schmeichelei aufzufassen. Ich fasse es als die größte Frechheit und Impertinenz auf, die man jemandem antun kann.

In der Behandlung der Judenfrage und auch bezüglich der Frage der Zulassung jüdischer Hörer zu den Hochschulen ist jetzt ein neuer Weg vorgezeichnet. Wir Juden in Österreich verlangen von Ihnen als den Führern eine gerechte Behandlung des Problems. Wir verlangen es auch von der Regierung. Es wurde uns gestern in der „Arbeiter-Zeitung“ der Vorwurf gemacht, daß die Jüdischnationalen anlässlich dieser Vorfälle zu den fremden Missionen gegangen sind, um bei ihnen Schutz und Hilfe zu suchen. Ich erkläre Ihnen, daß diese Angabe absoolut unrichtig ist. Ich verbürge Ihnen mit meiner Person, daß von uns kein derartiger Schritt unternommen wurde. Es hat sich etwas anderes ereignet. Ich habe Ihnen ja bereits mitgeteilt, daß die zerstörten Küchen von fremden Missionen eingerichtet wurden, und diese fremden Missionen haben sich selbst die Sache angesehen. Wir haben niemand gerufen. Ich sage das nicht deshalb, weil ich mich vielleicht vor Beschuldigungen schützen will, sondern weil wir Juden Wert darauf legen, daß wir hier in dem Staate, in dem wir leben und zu dessen Gedeihen wir beitragen wollen, unser Recht ohne fremde Hilfe finden wollen. Wenn uns dieses Recht verweigert wird, dann stehe ich nicht an, Ihnen zu sagen, daß für uns der deutsch-nationalen Hochschulausschuß oder das Rektorat der Wiener Universität nicht die letzte Instanz ist, wo wir das Recht für unser Volk, unser Menschenrecht zu verlangen haben. Nein, dann appellieren wir an

die gesittete Menschheit und wir tun damit nur das, was Sie für sich in Anspruch nehmen. Hier von dieser Stelle hat der Herr Vertreter der Großdeutschen Partei erklärt: Wir müssen für unsere deutschen Volksgenossen, für die deutschen Minoritäten ein Komitee schaffen, welches streng darüber wacht, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages diesen Minoritäten gegenüber eingehalten werden.

Meine Herren! Glauben Sie etwa, daß der Friedensvertrag ein Buch ist, dessen Lektüre und dessen Benützung nur dem deutschen Volke gestattet ist? Sie ist auch uns Juden gestattet. Gleicher Recht für Alle!

Ich möchte Sie auch noch bitten, nicht etwa zu glauben, daß, wie früher, die Behandlung der jüdischen Frage eine interne Sache der betreffenden Länder und Völker ist. Über das Stadium, daß nämlich die Juden dort, wo sie wohnen, eine von der ganzen Umwelt isolierte Masse darstellen, so eine Art Ansammlung von Haussjuden, mit denen man sich verträgt oder mit denen man sich herumschlägt; darüber sind wir Juden glücklich hinaus! Wir Juden sind ein Bierzehnmillionenvolk. Hier in diesem Hause hat der Staatskanzler erklärt, es steht noch nicht fest, ob wir ein Volk sind oder nicht. Den Herrn Staatskanzler in allen Ehren, aber wichtigeren Faktoren haben diese Frage bereits entschieden. Erstens, der wichtigste Faktor, das jüdische Volk, und zweitens der Völkerbund. Vor wenigen Tagen konnten Sie lesen, daß der Oberste Rat das Land Palästina der jüdischen Nation als Eigentum übergeben hat, unbeschadet der Rechte der Juden, die außerhalb Palästinas leben.

Meine Herren! Es war ein großer geschichtlicher Moment und er hat hier in diesem Hause mir einen ganz kleinen Widerhall hervorgerufen. Der Herr Heinzl von der christlichsozialen Partei hat nämlich während der Beratung der Wettrennsteuer ironisch gerufen: Hoch Zion! Das war der Widerhall . . . (Zwischenruf.) Es ist, das werden Sie zugeben, mindestens ein in der Geschichte einzigartiger Moment, daß nach sechstausendjähriger Existenz, nach dreitausendjähriger Zerstreuung ein Volk wieder seine Heimat bekommt. Und Sie werden lernen müssen, darauf anders zu reagieren als mit: „Hoch Zion!“ während der Debatte über die Wettrennsteuer in Österreich. Ich fordere diese Ihre Aufmerksamkeit gar nicht so sehr im Interesse meines Volkes. Bierzehn Millionen Juden mit einer Heimat sind ein Faktor und niemand wird schlecht daran tun, wenn auch nicht in ein Verhältnis der Liebe, so doch in ein Verhältnis der Achtung und der Verständigung zu ihuen zu treten.

Ich möchte noch eine Sache berühren. Als Schlagwort für die Krawalle an der Universität wird die Behauptung gewählt, daß zu viel Juden

an der Universität sind. Ja, es sind zu viel Juden an der Universität. Meine Herren! Sie können die Überproduktion an geistigem Proletariat bei den Juden gar nicht so beklagen und bedauern, wie wir sie bedauern. Aber ich bitte Sie doch freundlichst zu beachten, wie es zu dieser Hypertrophie gekommen ist, wieso es dazu gekommen ist, daß wir Juden wirtschaftlich so verkrüppelt dastehen, daß wir so wenig Gewerbetreibende haben, hingegen Handels- und Intelligenzberufe bei uns überfüllt sind. Glauben Sie nicht, daß das bei uns vorbedacht geschaffen wurde. Sie sagen immer, wir Juden gehen aufs Verdienst. Gar weit sind wir dabei nicht gekommen. Sie brauchen sich bloß die Friedhofsstatistik der Wiener israelitischen Kultusgemeinde anzuschauen. Meine Herren! Bei einem Volke von Kapitalisten und Reichgewordenen muß es doch sehr sonderbar berühren, daß 80 Prozent aller Leichenbegängnisse Armenleichenbegängnisse sind. Wir leiden nur an einem Übel: der jüdische Reichtum hat eine Art, bemerk zu werden, die einfach fabelhaft ist; er multipliziert sich beim Ansehen.

Ich verlange nicht, daß Sie Brillen aufsetzen sollen, um besser zu sehen, sondern ich will mir konstatieren, daß wir selbst diesem Zustand der Überproduktion an Studierten ein Ende machen wollen. Wir haben diesen Zustand nicht verursacht. Wer hat uns in den Bucher hineingetrieben? Meine Herren! Grinnern Sie sich doch, daß die Päpste es waren, die Gesetze herausgegeben haben, wonach kein ehrlicher Christenmensch Zins nehmen darf, und wenn ein ehrlicher Christenmensch gestohlenes Gut kauft, er es an den Eigentümer ohne Erfaz zurückgeben muß, wonach aber die Juden Zins nehmen durften und das angekaufte gestohlene Gut nicht ohne Erfaz zurückgeben mußten.

Sie wissen, wie man uns alle Zünfte versperrt, wie man uns vom Boden abgeschlossen hat. Wohin sollten wir gehen? Wir sind in diese Öde des Buchers und der Überintelligenz hineingedrängt worden. Gedrängt hat man uns, und was man früher mit Gewalt schlecht gemacht hat, glauben Sie nicht, daß man es jetzt mit Gewalt gutmachen kann? Glauben Sie nicht, daß Sie durch Gewaltmittel, durch Schaffung von Ausnahmgesetzen, die Sie vor der gesitteten Welt nie werden verantworten können, diesem Zustand ein Ende machen können? Wir wissen, wie diesem Zustand ein Ende zu bereiten ist: nur durch die systematische Umschichtung des jüdischen Volkes. Wir haben mit ihr begonnen.

Die Herren haben über mich gelacht, als ich Ihnen einmal erzählte, daß wir sowohlso viele junge Burschen auf das Land geschickt haben, wo sie als Landarbeiter schwere Arbeit leisten. Das Staatsamt für soziale Verwaltung hat Leute hinausgeschickt, die sich überzeugt haben, daß das wahr

ist. Wir haben Werkstätten in Wien eingerichtet, wo Söhne von Rabbinern am Schraubstock stehen und Schlosser und Handwerker werden. Wir haben Handwerkskurse eingerichtet. Wir wollen — nicht Ihnen zu Gefallen, sondern uns zum Nutzen und zur Ehre — das jüdische Volk beruflich umschichten und umgestalten. Da haben Sie den Hebel anzusegen, wenn Sie das ändern wollen. Da müssen Sie uns helfen. Und ich appelliere auch an die Staatsregierung, an das Unterrichtsamt, sie mögen uns beistehen bei der Durchführung dieser Aufgaben. Noch einmal, mit Gewalt werden Sie nichts ausrichten. Unser Volk hat sechs Fahrtausende der Gewalt getroffen und die Gewalt hat sich schwächer erwiesen als die Kraft eines Volkes, von dem die Geschichte anscheinend wollte, daß es existiere. Helfen Sie uns, dieses Volk von seinen Schlägen zu befreien.

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Pauly.

Abgeordneter Pauly: Meine Damen und Herren! Es war zuerst nicht meine Absicht, auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners zu erwidern. Es ist aber nötig. Er hat als Vertreter unseres Gastvolkes und gleichzeitig als der eigentliche Vertreter des Siegervolkes gesprochen. Es hat den Anschein und wir müßten ihn erhalten, als wäre sein Volk das unterdrückte. Ja, man hat fast das Gefühl, daß, wenn man hinausgeht auf die Straßen dieser Stadt, man wieder die Leute mit dem berühmten gelben Fleck herumwandeln sieht. Und doch ist die Sache anders, es ist umgekehrt. Nicht ihm ziemt es, hier einzutreten für einen Schutz seines Volkes, sondern ich glaube, die Verhältnisse haben sich schon so geändert, daß es heute notwendig ist, einzutreten für den Schutz unseres deutschen Volkes. (Sehr richtig!)

Der Herr Vorredner hat im Laufe seiner Ausführungen die Vorfälle an der Wiener Universität besprochen. Ich bin nicht in der Lage, ihm hier zu folgen, nachdem ich keine Berichte habe. Nun hat er aber auch erwähnt, daß es keinem Menschen einfalle, den deutschen Charakter der Wiener Universität anzutasten, und diesen Satz möchte und muß ich aus seinen Ausführungen herausgreifen.

Das ist nicht mehr richtig, das ist nicht mehr wahr. Unsere ehrwürdige Alma mater Rudolfsina ist in schwerer Gefahr, sie ist nicht mehr die alte deutsche Universität, zu deren Hochstand wir emporgesehen haben, die sich so hoch emporgerungen hat zur Höhe der Wissenschaft. Unsere Universität Wien hat im Verlaufe der letzten Jahrzehnte schweren Schaden im Hinblick auf unsere deutsche Geisteswissenschaft erlitten.

Es ist charakteristisch, wenn wir die Entwicklung unserer heutigen Verhältnisse verfolgen. Mit wenigem fängt man an, und reicht man den kleinen Finger, so nimmt man gleich die ganze Hand. Zuerst wurden wenige Professoren angestellt und dann vermehrten sie sich in einem Prozentsatz, der uns schon ungeheuerlich dünkt. Wollen wir hier heute dieses prozentuelle Verhältnis an der Wiener Universität einmal sachlich, ohne jede Voreingenommenheit betrachten. Ich beginne mit unserer medizinischen Fakultät.

An der medizinischen Fakultät waren zuerst wenig jüdische Professoren vorhanden: Moritz Benedikt, Julius Scheff, Salomon Klein. Mit diesen wenigen hat es begonnen und da beginnt nun die Vermehrung. Wir sehen, daß heute an der medizinischen Fakultät tätig sind: Hans Horst-Mayer, Ernst Wertheim, Julius Tandler, Max Neuburger, E. Pick, Fürth, Gaertner, Salomon Chermann, Alois Pick, Julius Mauthner, Fränkel, Otto Zuckerlandl, Julius Rothberger, Alfred Fröhlich, Wilhelm Knöpfelmacher, Emanuel Redlich, Emanuel Raiman, Karl Sternberg, Emil Freund, Siegmund Fraenkel, Gustav Alexander, Emil Příbram, Moritz Sachs, Otto Marburg, Jakob Erdheim. Unter den mit dem Titel eines außerordentlichen Universitätsprofessors ausgezeichneten Privatdozenten: Albin Bing, Leopold Königstein, Siegmund Freund, Maximilian Beißl, Heinrich Paschkis, Karl Herzfeld, Michael Großmann, Benjamin Comperz, Maximilian Sternberg, Emanuel Schütz, Julius Schnitzler, Leopold Rethi, Artur Klein, Konrad Büdinger, Emanuel Schwarz, Markus Hajek, Gustav Singer, Ludwig Mandl, Julius Neumann, Viktor Hammer-Schlag, Siegmund Erben, F. Pineles, Ludwig Unger, Wilhelm Lachko, F. Friedländer, Gabor Nibl, Josef Halban, Leopold Freund, F. Fein, Alfred Fuchs, Moritz Oppenheim, Artur Schüller, Siegfried Groß, Heinrich Neumann, Erwin Stranßky, Josef Wiegel, Leo Fleischmann, O. v. Frisch, Mich. Eisler (von Teramare), Béla Schick, Ign. Eisenhitz, Alex. Holländer, Emanuel Ullmann, Albert Hammerschlag, M. Herz, K. Ullmann, Artur Schiff, Anton Bum, W. Schlesinger, Julius Donath, F. Wechsberg, K. Hochsinger, Alfred Brandweiner, W. Wallisch, Max Weinberger, Walter Pick, Steph. Zellinek, L. Teleky (recte Tenzelos), Walter Zweig, Emanuel Glas, Alb. Blau, Artur Józse, Berthold Spitzer, O. Borges, B. Blum, G. Bondy, L. Adler, W. Neumann, Rud. Neurath, R. Stern, Walter Kolmer, Alb. Herz, Oskar Hirsch, József Fischer, Erhard Glaser, O. Sachs, Leo Pollak, Albin Oppenheimer, Rudolf Paschalis, E. Löwenstein, Oskar Beck, Robert O. Stein, Martin Pappenheim, Julius Schütz, Hans Pollitzer, P. Biach, F. Schenk, Erwin Lazar, K. Kosler, Siegmund Erdheim, Leo Häß, P. Safrl.

Ich bitte, diese Aufzählung von Medizinern erhebt aber, nachdem es mir nicht möglich war, vollkommen genaue Informationen einzuziehen, durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wenn wir das Zahlenverhältnis betrachten, so finden wir, daß 70 Prozent Professoren jüdischer Nation dort sind. Es ist natürlich, daß man nicht erwarten kann, daß diese ganzen 70 Prozent auch Inhaber ordentlicher Lehrkanzeln werden. Aber immerhin besteht diese Gefahr nicht in der Phantasie. Denn wie sie sich vermehren und wie sie sich ausbreiten, davon nur ein praktisches Beispiel, und zwar von der Ohrenklinik, wo zuerst Professor Adam Pollitzer als Jude die Klinik geführt hat. So lange er im Amte war — er ist bereits zurückgetreten — nahm er nur jüdische Assistenten auf. Sein Nachfolger war Professor Dr. Viktor. Dieser war natürlich von dem Grundsatz ab und nahm auch andere Assistenten auf. Trotzdem befindet sich heute noch eine stattliche Anzahl von Juden an der Ohrenklinik: Bondy, Bárány, Nuttin und Nauch sind in ihren Stellungen belassen. Was war die Wirkung des Regiments Pollitzers? Von sämtlichen akademischen Ohrenärzten finden wir, daß sie aus der Klinik Pollitzer hervorgegangen sind. Albert Bing, Benjamin Comperz, Ferdinand Alt, Viktor Hammerschlag, Gustav Alexander, Heinrich Neumann, die Dozenten Hugo Frey, Gustav Bondy, Oskar Beck, Erich Nuttin, Rudolf Liedler sind sämtlich Juden; das sind 11 von 14 Professoren, denen nur 3 arisch-deutsche Professoren gegenüberstehen. Diese drei sind die Professoren Dr. Karl Biehl, Dr. Otto Meyer und der Dozent Dr. Ernst Urbantschitsch.

Wir sehen, daß an der Ohrenklinik 78 $\frac{1}{2}$ Prozent Juden und nur 21 $\frac{1}{2}$ Prozent Arier sind. Daraus entnehmen wir schon, welchen Einfluß ein einziger Leiter einer solchen Anstalt an einer solchen Abteilung ausübt.

Ganz ähnlich sind die Verhältnisse an der zahnärztlichen Klinik. Einen ähnlichen Einfluß wie Pollitzer an der Ohrenklinik hat Dr. Julius Scheff an der zahnärztlichen Klinik ausgeübt. Wir sehen, daß sich auch hier unter den Privatdozenten eine ganz stattliche Anzahl von Juden befindet, so Albin Oppenheim, Dr. Fritz Schenk, Dr. Berthold Spitzer, Dr. Wilhelm Wallisch, Dr. Julian Seitz, Dr. Bruno Klein.

Nicht viel besser sind die Zustände an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Wiener Universität. Sind die Verhältnisse an der medizinischen Fakultät punkto Lehrkörper geradezu unglaublich, so werden wir auch bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät durchaus kein erfreuliches Bild erhalten. Auch hier ist es von einigen wenigen ausgegangen und diese besorgten

die Vermehrung. Hier ist es der alte Vertreter des Handels- und Wechselrechts Dr. Samuel Grünhut, welcher die Vermehrung besorgt hat.

Wir finden unter den Ordinarien folgende Juden, getaufte und ungetaufte: Hofrat Professor A. Menzel, Siegmund Adler, A. Grünberg, Moritz Wlassak ist jüdisch verkippt. Unter den mit dem Titel eines ordentlichen Professors bekleideten Extraordinarien sind Alexander Löffler und Leo Strisower zu nennen. Extraordinarii sind: Emanuel Goldmann, Oskar Bisko und Hans Kelsen. Honorarprofessor ist der gewesene Minister Franz Klein. In der Reihe der Privatdozenten mit und ohne Titel eines außerordentlichen Professors: F. Tezner, reete Tenzeles, Rudolf Pollak, Josef Redlich, der frühere Führer der letzten Liberalen im seligen Reichsrat, Fjodor Singer, R. Schüller, Achill Rapperport, Emanuel Hugo Vogel, L. Mises, Stanislaus Pineles, Rudolf Sieghart, früher Exzellenz und Geheimer Rat, endlich Felix Kornfeld, Siegmund Schilder, Albert Ehrenzweig. Die Zahl der Dozenten ist hier bedeutend geringer als an der medizinischen Fakultät; immerhin macht die Zahl der jüdischen Dozenten auch an dieser Fakultät 60 Prozent der Gesamtheit der Dozenten aus. Auch hier kann man von einer schlechten Behandlung wohl nicht reden.

Wie steht es nun an der philosophischen Fakultät? Hier erregt es vor allem unser Befreunden und unsere Bedenken, daß wir sehen, daß einige für unser Volk umgehauer wichtige Plätze fast ausschließlich von Juden belegt sind. Es nimmt uns wunder und macht uns Sorge, wenn wir die Plätze der Germanistik und Historik von Juden und nicht von Deutschen besetzt sehen. Denn wie man Germanistik und Historik lehrt, ist wohl von ausschlaggebender Bedeutung für die, die dann später hinausgehen, um selbst wieder als Lehrer an den Mittelschulen zu wirken. Wir sehen hier das gleiche: unter den Alten, die sich zuerst so einzeln eingeschlichen haben und aufgenommen wurden, haben wir einige wenige Vertreter. Es ist Leo Reinsch, der hier aufscheint, und nun kommt: Berthold Hirschel, Guido Adler, Samuel Oppenheim, Franz Sueß, Sohn des Geologen, Alfred Francis Príbram, Josef Herzig, F. W. Kubitschek, Emanuel Löwy, M. H. Telling, Gustav Kihn, Stephan Meyer, Heinrich Josef, Felix Ehrenhaft, Alexander Weil von Weilen, Emil Reich, Alfred Tauber, Robert Franz Arnold reete Lewysohn, Jacques Pollak, Hans Príbram, Bernhard Geiger.

Ich mache aufmerksam, daß gewisse Namen immer wieder auftauchen; es ist das ein Beweis dafür, daß man die Leute förmlich familienweise untergebracht hat. Gewisse Familien haben ein förmliches Anrecht darauf, daß sie immer wieder diese Lehrkanzeln bekommen. Es sind da zum Bei-

spiel einige Namen, wie zum Beispiel Pribram, von welcher Familie gar sechs Stück an der Wiener Universität versorgt und untergebracht sind.

Ich gehe weiter: Eduard Habschek, Ludo M. Hartmann, Wilhelm Jerusalem, Moritz Kohn, Heinrich Gomperz, Stephan Höck, derzeit einer der Dramaturgen des Burgtheaters, der Verunglimpfer von Körner und Dahn, dagegen ein Verherrlicher von Heine. Hier schliefst sich an ein weiterer Germanist Rudolf Pribram, der sechste der Familie, dann Elise Richter, die einzige Privatdozentin in Deutsch-Österreich, Hans Tieze, der jüdische Vertreter der Kunstgeschichte, weiter Emil Abel, Siegmund Kornfeld, Erwin Hanslik, Kammerer, Tölk, Welesz, Groag, Stein, Neresheimer, Leo Spitzer, Toreziner, Eisler, dann die Kunsthistoriker Josef Brüch, Nathanohn, Paneth, allerdings nach Prag berufen, dann Storch, Josef Schiller, Kappelmacher, Eduard Gäßler und unter den Dozenten L. Mantler.

Wir sehen, daß auch die philosophische Fakultät ganz reichlich bedacht ist, so daß es mich wundernimmt, wenn mein Herr Vorréder auch dem Professorenkollegium und dem Rektorat gewisse Vorwürfe macht, daß sie nicht mehr zum Schutze der Juden auftreten.

Daß die verschiedenen der Universität angegliederten Institute auch reichlich mit dem jüdischen Einschlag gesegnet sind, darf uns nicht wundernehmen. Die Universitätsbibliothek zeigt unter 29 Beamten 7 Juden, das ist 25 Prozent. Ich halte immer das eine zugrunde, daß wir in Deutsch-Österreich 2 Prozent Juden haben und daß die Stadt Wien mit beißig 3 Prozent belastet erscheint. Wenn daher in einem solchen Institut ein Prozentsatz von 25 und mehr auffaßt, so ist hier von einer, ich möchte sagen, gefährlichen Zurückweisung oder Nichtberücksichtigung unseres Gastvolkes wohl nicht die Rede, sondern das Umkehrte wird sich aus den folgenden Tabellen ergeben. Es ist bedenklich und eigentlich nicht ganz verständlich, daß in unserer Universitätsbibliothek nach dem Tode des früheren Direktors Dr. Himmelbauer, Hofrat Dr. Salomon Frankfurter zu seinem Nachfolger ernannt wurde, obwohl er bereits im 64. Lebensjahr steht, da unser Staatsamt doch sonst von der ganz richtigen Ansicht ausgeht, jüngere Kräfte heranzuziehen und nicht solche bereits an der Grenze stehende Leute anzustellen. Hier hat man eben eine Ausnahme gemacht. Neben dem Dr. Frankfurter, der einmal in seinem Vortrage den Standpunkt vertreten hat, daß es ganz sicher ist, daß die germanische Kultur aus der jüdischen, respektive semitischen hervorgegangen sei, finden wir noch folgende seiner Stammesgenossen: Holzmann, Tölk, Erich Erbert rechte Epstein, Kollischer. Dazu kommt noch Dr. Eugen Frischauß. Das wäre nur die Vertretung dort.

Sehr lehrreich ist aber auch, damit man sehe, daß man gewiß nicht von einer Zurücksetzung sprechen kann, sondern daß gerade das Gegenteil davon stattfindet, wenn wir die Prüfungskommissionen betrachten. Die Hochschulprüfungskommissionen sind mit jüdischen Prüfern reichlich gesegnet. Ich finde dort die sogenannten Gastprüfer, von welchen ich zum Beweise, daß auch da nicht von einer Zurücksetzung oder Unterdrückung unseres Gastvolkes gesprochen werden kann, nur folgende anführen: Moritz Beissner, Moritz Benedikt, Alfred Bloch, Ernst Blum, Albert Ehrenzweig, Josef Friedländer, Leo Grabscheid, Georg Lelewer, Hermann Popper, Leopold Sternlicht und Ludwig Strauß.

Etwas besser steht es dann wohl bei der staatswissenschaftlichen Staatsprüfungskommission, wo wir nur mit Paul Grünwald, Arnold Krasny, Max Lederer, Stephan Licht und Josef Raudnitz zu rechnen haben. Ferner wurde noch an der Technischen Hochschule in die Prüfungskommission entsendet: Friedrich Leonhard, der frühere Generaldirektor der Internationalen Elektrizitätsgeellschaft, Max Déri — das ist ein ungarischer Angehöriger des Judentums — und Siegmund Wellisch vom Wiener Stadtbauamt. In der Prüfungskommission der Hochschule für Bodenkultur haben wir Fritz Redlich, Moritz Seigner und Emanuel Proskowez.

Also auch in diesen Prüfungskommissionen ein überragender und weit über das Normale hinausgehender Prozentsatz des von meinem Vorréder als so unterdrückt und verfolgt hingestellten Judentums.

An den Provinzuniversitäten sind die Verhältnisse natürlich viel besser, ebenso an den technischen Hochschulen, wo ein geringerer Andrang von Seiten des Judentums zu verzeichnen ist. Eine Hochschule haben wir, in welcher naturgemäß der Andrang ein größerer ist, das ist die erst unlängst gegründete Hochschule für Welthandel. Hier findet sich natürlich wieder eine ganz unverhältnismäßig große Zahl von jüdischen Vertretern.

Schauen wir nun, wie der Prozentsatz der Hörerschaft an unseren Wiener Hochschulen sich stellt. Aus der Entwicklung dieses Prozentsatzes ergibt sich ein unhaltbarer Zustand für unser deutsches Wien und für unsere deutsche Universität. Ich nehme hier zum Vergleich die Aufstellung vom Wintersemester 1910/11 und vom Wintersemester 1917/18, da ich das folgende Verzeichnis — es dürfte sich ja nicht viel geändert haben — nicht zur Verfügung habe. Im Wintersemester 1910/11 hatten wir an der juridischen Fakultät 65 Prozent Arier und 25 Prozent israelitische Hörer; an der medizinischen Fakultät waren damals 36 Prozent, an der philosophischen 19 Prozent jüdische Hörer. Wie haben sich nun die Verhältnisse seither verändert? An der juridischen Fakultät hat sich der Prozentsatz der jüdischen Hörer seit 1910 nach

dem letzten mir zur Verfügung stehenden Ausweis von 25 Prozent auf 39 Prozent erhöht. An der medizinischen Fakultät ist der Prozentsatz von 36 Prozent auf 58 Prozent gestiegen. (*Hört! Hört!*) Damit ist die arische Studentenschaft an der medizinischen Fakultät bereits in die Minderheit gedrängt worden. An der philosophischen Fakultät ist der Prozentsatz von 19,4 Prozent auf 45,5 Prozent gestiegen. Sie sehen daraus, wie der Zugrang sich gestaltet und wie schließlich und füglich bei den erschwersten Lebensverhältnissen, wo ich ganz offen sagen muß, daß es nur wenigen Menschen, die in besonders glücklichen Verhältnissen sind, möglich sein wird, ihre Kinder an die Hochschule zu bringen, sich in wenigen Jahren die Verhältnisse noch verschlechtern werden. Wir sehen nicht eine deutsche Universität in dem neuerrichteten jüdischen Staat entstehen, sondern auf altem deutschen Kulturboden.

Wir werden dann soweit kommen, daß wir sie hier erziehen und sie dann in die Fremde fortschicken, all das bei einem Verhältnis, welches ich anfuhrte, wo nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung als Angehörige der jüdischen Nation im Vergleich zu den Deutschen zu verzeichnen sind. Ich habe die vollkommene Durcharbeitung des Prozentsatzes hier, ich will Sie aber damit nicht länger belästigen.

So ähnlich, wie wir es hier sehen, dieses Aufblühen, diese merkwürdige Erscheinung, wie jetzt das Judentum in Wien immer gesetziger und sicherer auftritt, zeigt es sich auch in akademischen Vereinigungen. Wir haben bisher 15 deutsch-katholische und 60 nationale Vereine gehabt, denen jetzt auf einmal nicht weniger als 36 jüdische Vereinigungen gegenüberstehen. Wir sehen, daß hier für sie in der unglaublichesten Weise gesorgt wird. Ich will diese Vereinigungen einzeln nicht anführen. Aber es ist anerkennenswert, ich möchte fast sagen, es erregt unseres Neid, wenn wir sehen, wie dieses Gaußvolk für seine jungen Leute sorgt, während unsere in schwerster Bedrängnis sind. In der jüdischen Mensa bekommen sie ihr Mittag- und Abendessen um 5 K, während unsere deutsche Mensa academica mit den größten Schwierigkeiten kämpfen muß und unseren deutschen Studenten um 7 K 70 h nur ein sehr dürftiges Essen verabreichen kann. Es wäre sehr notwendig, daß sich unsere Bevölkerung gerade auf diesem Gebiete das Judentum zum Muster nimmt.

Aber auch die Verhältnisse an den Mittelschulen zeigen, daß die beweglichen Klagen, welche mein Herr Borredner vorgebracht hat, nicht ganz zutreffend sind. Es ist nicht wahr, daß sie die verfolgte Nation sind, sondern umgekehrt: wir Deutschen kommen immer mehr und mehr in das Hintertreffen durch die doch augenscheinliche Bevorzugung, welche

gerade sie hier bei uns finden. Wenn ich zum Beispiel die letzten Veränderungen im Niederösterreichischen Landesschulrat betrachte, so finde ich, daß gerade in der letzten Zeit dort das Judentum neuerlich einen schönen Erfolg errungen hat, indem dort neben dem Vertreter des Religionsbekenntnisses, der naturgemäß drin sein muß, drei weitere Juden ihren Einzug gehalten haben — es sind das Professor Fränkel, Handelsschullehrer Zellinek und die Lizeallehrerin und Gemeinderätin Dr. Furtmüller. Damit ist der Einfluß, der in bestimmt jüdisch-nationalen Sinne ausgeübt wird, naturgemäß gestiegen. Auch im Staatsamt haben sie ihren Vertreter, den Dr. Hans Fischl, gefunden, der ja auch in diesem Sinne arbeitet. Ferner ist es auch Professor Valentin Pollak, der im Staatsamt immerhin vielleicht einige Einfluß ausüben wird. Es wird nun der Versuch gemacht, in den Wiener Mittelschulen dem Judentum zu einem größeren ausschlaggebenden Einflusse zu verhelfen. Wir sehen zum Beispiel, daß in der Realschule im VI. Bezirk, Herr Dr. Anton Benedix, der frühere Professor der Realschule, zum Direktor ernannt wurde. Mit diesen beiden Ernennungen ist eine Bresche geschossen in die alte und bewährte Übung, daß man Vertreter des Gaußvolkes nicht zu Direktoren gemacht hat. Wir finden dann weiter, daß gar nichts zu sagen wäre, wenn zum Beispiel am Akademischen Gymnasium ihre Vertreter ernannt werden, weil dort der Prozentsatz ihrer Angehörigen ja ein sehr großer ist. Wir müssen uns aber dagegen aussprechen, daß dort, wo nur stärkere jüdische Minderheiten sind, als leitende Personen jüdische Direktoren bestellt werden. (*Sehr richtig!*) Besonders müssen wir uns dagegen aussprechen, daß gerade als Germanisten und Historiker an Mittelschulen Juden angestellt werden; denn — ich will da gar keine Kampfrede halten, durchaus nicht, sondern es nur rein sachlich betonen — soviel Recht muß sich unser deutsches Volk denn doch in diesem Staat noch nehmen dürfen, daß es fordern kann, daß deutsche Geschichte und deutsche Literatur auch von Deutschen den Kindern gelehrt werden. (*Sehr richtig!*) Denn man kann sehr verachtend und verpestend gerade von der Lehrkanzel einer Mittelschule auf die Jugend wirken. Ohne daß ich damit irgendeine Spize gegen das Staatsamt aussprechen möchte, muß ich doch sagen, unsere arische Schülerschaft muß dort einen Schutz finden, den sie nach unserem Gefühl bisher nicht gefunden hat.

Traurig steht es natürlich auch mit einer ganzen Anzahl weiterer Unstalten in Wien. Wenn wir zum Beispiel die Verhältnisse an den Mädchenschulen betrachten, so finden wir auch hier eine Reihe von jüdischen Großbetrieben, die seinerzeit in spekulativer Absicht errichtet wurden und nun hier wirken. Ich will nur die Unternehmen der Frau

Dr. Eugenie Schwarzwald, der Irene Bessely, der Irene Halberstam, der Rosa Fiegelmann, des Cottage-Lyzeums, das Lyzeum der Frau Amalie Sobel usw. erwähnen. Ich muß sagen, daß auch hier, wenn es zu einer Verstaatlichung kommen sollte, es zu begrüßen sein wird, wenn der Einfluß, der von dieser Seite auf unsere Mädchenerziehung geübt wird, endlich einmal verschwindet.

Vollständig in jüdischen Händen ist dagegen das kommerzielle Schulwesen. Abgesehen von den niederen Handelschulen, die ihrem Charakter nach den Erwerbsunternehmungen zuzuzählen sind, trifft dies vorzüglich bei den Handelsakademien zu. Da ist zum Beispiel die alte Wiener Handelsakademie. An der Spitze des Verwaltungsrates steht Präsident Richard Lieben, Vizepräsident Franz Wertheim. Unter den Verwaltungsräten finden wir weiter Siegmund Brosch, Hugo Fürth, Max Gutmann, Cornel Spiker. Im Lehrkörper sind die Juden verhältnismäßig doch wohl spärlich vertreten, dagegen ist der Verwaltungsrat mit seinem Einfluß da.

Die Neue Wiener Handelsakademie untersteht einem Kuratorium, dessen Präsident Herr Gustav Arends von der Firma Abeles ist. Mitglieder des Kuratoriums sind: Artur Lemberger, Paul Bärnfeld, Eduard Docter, Pollak-Parnegg; für den Lehrkörper gilt natürlich das gleiche.

Die dritte Handelsakademie wird von Herrn Leopold Goldberger geleitet und auch die Wiener Handelsakademie für Mädchen steht ganz unter jüdischem Einfluß. Im Kuratorium finden wir Fritz Meindl, Emil Duschitz, Kuffler, Alfred Tuch. Wir sehen, daß auch auf diesem Gebiete von seiten des jüdischen Volkes ein großer Einfluß erreicht worden ist und dieser Einfluß, diese Empfindung haben wir alle, wird auch in ziemlich ausschlaggebender Weise ausgenutzt.

Ich könnte und wollte noch einiges über den jüdischen Einfluß sprechen, der sich auf einer ganzen Reihe von kleineren Gebieten zeigt.

Ich will es aber unterlassen. Ich will nur damit die beweglichen Klagen meines Vorredners zurückgewiesen haben, welche nach außen hin hätten den Eindruck hervorrufen können, als wäre unser Gastvolk hier in der Lage eines unterdrückten Volkes, während umgekehrt heute bereits unser eigenes Volk um seinen Bestand und Einfluß an den Stätten der Bildung und des Wissens kämpfen muß. (Sehr richtig!)

Ich will zum Schluß nur kurz die Angelegenheiten streifen, die sich aus dem Gesagten ergeben. Es ist eine berechtigte Forderung, die wir stellen müssen, daß diese Zustände, wie sie heute bestehen, sich nicht verewigen. Die Forderung nach der Einführung eines Numerus clausus, die Forderung, daß ihnen mir auf Grund des Pro-

zentsatzes der Bevölkerung die Anstalten zur Verfügung stehen, wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Ich weiß, die Durchführung dieser Forderung wird viele Kämpfe erfordern, doch glaube ich, daß es möglich sein wird, auch hier zu einem Ausgleich zu kommen.

Wenn ich ganz kurz über das zur Debatte stehende Kapitel, über Inneres und Unterricht, einige Worte anschließen soll, so wäre es folgendes: Wir haben seinerzeit, als wir zusammengetreten sind, das Staatsamt für Unterricht unter Polizeiaufsicht gestellt, indem wir es unter das Innere eingefügt haben. Ich habe das Empfunden, daß diese Unterordnung eigentlich ein Fehlgriff gewesen ist. Ich habe das Gefühl, wir haben damit nicht viel Glück gehabt, denn die Ersparnisse, die damit erzielt worden sind, sind reichlich durch die Errichtung von so und so viel neuen Staatsämtern und Staatssekretariaten wettgemacht worden, so daß wir daran gehen können, diesen alten Fehler wieder gut zu machen und der Wissenschaft und Schule, dem Unterrichtswesen wieder jene Wertschätzung zu geben, wie wir sie in allen Staaten finden, indem wir das Unterrichtsamt wieder als selbständiges Staatsamt aufrichten. Ich glaube, daß die Mehrauslagen wohl nur sehr verschwindend sein dürften.

Es ist eine reiche Arbeitsleistung von seiten des Unterrichtsamtes geschaffen worden. Wenn wir sie überblicken, müssen wir sagen, es ist nur zu wünschen, daß das, was geschaffen wird, auch seine gesetzliche Verankerung erfahre. Hier mit Verordnungen und Erlässen allein zu arbeiten, bietet nicht die Gewähr auf Dauer der ganzen Arbeit. Viel sicherer wäre eine gesetzliche Verankerung, welche ja auch von seiten der in der Lehrerschaft und an den einzelnen Schulen arbeitenden Männern und Frauen gewünscht wird. Noch immer tobt eigentlich gerade um dieses Kapitel der schwerste politische Kampf. Ich habe das Gefühl, wir müssen auch auf diesem Gebiet endlich neue Wege einschlagen. Es ist richtig, die Schule ist ein Polikum. Ist es denn aber immer unbedingt notwendig, daß wir Schlagwörter, die vor einem Jahrhundert entstanden sind, neu auffrischen und nicht daran gehen, zu schauen, wo und wie wir eine Besserung erreichen könnten? Wir haben früher im alten Staate viel über Korruption gesprochen. Ich habe das Gefühl, daß wir jetzt im neuen Staate, wo eigentlich die politischen Parteien ausschlaggebend sind, die Korruption nicht glücklich bekämpft haben und daß wir allerdings eine Demokratisierung der Korruption erreicht haben. Ich meine, auf dem Gebiete des Unterrichts sollte das Zeitschen und Handeln um jeden Posten eigentlich doch einmal aufhören und es sollen einzige und allein sachliche Beweggründe für Besetzungen und Ernennungen maßgebend sein. Wir müssen die Idee überlegen,

ob nicht alle kulturellen und geistigen Belange zu ihrem Besten, zum Besten der Weiterentwicklung unseres ganzen Volkes losgelöst werden könnten von dem Gebiete des Staatspolitischen, daß wir eine Teilung in den Belangen des sozialen Organismus vornehmen und dadurch Ruhe in ein Gebiet bringen, wo Ruhe notwendig ist, weil nur Ruhe eine gedeihliche Arbeit im Sinne der Weiterentwicklung unseres Volkes gewährleistet. Mit diesem Wunsche schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt die Frau Abgeordnete Schlesinger.

Abgeordnete Schlesinger: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat in einer seiner letzten Reden darüber geklagt, daß es jetzt Gewohnheit geworden ist, möglichst viele Angelegenheiten auf die Schultern des Staates zu wälzen, die sonst nicht Staatsangelegenheiten wären. Um diese Behauptung durch ein Beispiel zu erhärten, hat er gesagt, daß man jetzt sogar die Mädchenschulbildung, die noch niemals Sache des Staates war, diesem zuwiesen wolle. Nun glaube ich, daß es sich hier doch um eine Angelegenheit handelt, von der man nicht behaupten kann, daß sie dem Staat zu Unrecht überwiesen wird, und wenn es wirklich endlich dazu kommen sollte, daß unser neuer Staat sich einer Aufgabe unterzieht, die der alte Staat in so schmählicher Weise vernachlässigt hat, so wird er das sicher nicht um eine Stunde zu früh, sondern mindestens um einige Stunden zu spät tun.

Die Republik hat ja grundsätzlich die Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts erklärt. Aber diese Gleichstellung bleibt doch auf dem Papiere, solange die Frauen nicht dasselbe Recht haben, an die bestehenden Schulen einzutreten, solange sie nicht das Recht haben, in alle Ämter zu gelangen. Wohl hat schon der alte Staat, wie der Herr Berichterstatter ja erwähnt hat, den Frauen nach und nach die Hochschule immer weiter geöffnet, aber damit sie von diesem neuen Recht nur ja keinen ausgedehnten Gebrauch machen können, hat er ihnen die Mittelschule um so fester verschlossen gehalten. Die Mittelschulbildung der Mädchen ist in Österreich ganz und gar der Privatiniziativ überlassen geblieben und wir haben es, wie auch schon der Herr Berichterstatter erwähnt hat, nur der Begeisterung einiger Vereine und einzelner Privatpersonen zu danken gehabt, wenn es überhaupt eine Möglichkeit gab, daß auch Mädchen zu höheren Studien gelangen konnten. Wie soll nun der neue Staat, der zwar nicht die Rechtsnachfolge des alten Staates, wohl aber sein trauriges Erbe von Pflichtenvernachlässigung über-

nommen hat, einer Aufgabe gerecht werden, für die der alte Staat keinen Heller übrig gehabt hat?

Es muß unbedingt daran gegangen werden, die leistungsfähigsten der bestehenden Anstalten zu verstaatlichen. Nicht alle Anstalten sind gleich leistungsfähig, und auch ich schließe mich der Meinung an, daß die Lyzeen eine Schulnorm sind, die heute jede Berechtigung verloren hat. Zugunsten der Lyzeen, die nicht für akademische Berufe, überhaupt für gar keinen Beruf vorbereiten, wurde sehr oft angeführt, daß sie eben dazu da sind, um die jungen Mädchen ihrem natürlichen Berufe zu erhalten. Nun, meine verehrten Damen und Herren, ich will nicht dagegen polemisieren, ob es einen natürlichen Beruf gibt, ob nicht vielleicht die Funktionen, die man gewöhnlich so nennt, neben einem Beruf eingeschreiten haben. Diese Frage ist heute ganz überflüssig geworden. Denn die Eltern müßten unter den heutigen schwierigen Verhältnissen, unter denen wir leben, geradezu gewissenlos sein, die ihre Töchter nicht ebenso wie ihre Söhne zu einem Beruf erziehen würden (Sehr richtig!), nicht nur weil es in unserer Generation mehr junge Mädchen als junge Männer gibt, so daß viele Mädchen unverheiratet bleiben müssen. Das ist ein Zustand, der vorübergehen wird, aber durch Generationen hinaus wird unser wirtschaftlicher Zustand es nicht gestatten, daß sich irgend jemand von der Arbeit an dem Gesamtwohl und an der Gesamtproduktion ausschließt.

Wir müssen also verlangen, daß die leistungsfähigen Anstalten verstaatlicht werden; aber das wird nicht genügen, denn wirklich leistungsfähige Anstalten sind erstens nicht so viele, vor allem aber ist der Staat nicht in der Lage, eine entsprechende Anzahl von Mädchenschulen neu zu gründen oder zu übernehmen. Freilich, die Forderung zu stellen ist ja sehr richtig, aber wenn wir eine Forderung stellen, von der wir von vornherein wissen, daß sie nicht erfüllt werden kann, so ist das ebenso gut, wie wenn wir sie gar nicht stellen würden. Wir müssen also auf andere Mittel denken, um für die Fortbildung der jungen Mädchen und ihr Mittelschulstudium zu sorgen, ohne über die finanzielle Kraft des bestehenden Staates hinauszugehen. Ich spreche dabei nicht bloß von den Universitäten und von der Technik, nicht nur hier soll die Frau Arbeitsplätze finden, sondern auf allen Gebieten, auch auf den gewerblichen, und die Sozialdemokratie hat daher einen entsprechenden Antrag gestellt, daß der weiblichen Schülerschaft alle öffentlichen Lehranstalten unter den gleichen Bedingungen wie den männlichen Schülern zugänglich gemacht werden sollen, nicht nur die akademischen, sondern ebenso gut die gewerblichen Fachschulen und überhaupt alle Schulen, die zur praktischen Arbeit führen. Leider ist ja die Verwaltung einer großen Anzahl dieser

Schulen nicht dem Staatsamt für Unterricht, sondern einem anderen Staatsamt unterstellt. Eine Vereinigung in einer Hand wäre hier dringend notwendig, sowohl vom pädagogischen Standpunkte wie vom Standpunkte der Verwaltung.

Wir wollen den Zustrom zu den akademischen Berufen, der heute für unser armes Land viel zu groß ist, nicht erhöhen, denn wir wissen, daß er heute nicht erhöht werden darf. Aber wenn wir gegen eine solche Erhöhung sind, so müssen wir auf geeignete Mittel sinnen, um eine gute Auswahl des Schülermaterials zu treffen. Wir stehen da vor einer ganz besonders schwierigen Frage, denn es gibt leider kein Mittel, mit Hilfe dessen man in verlässlicher Weise das geeignete Schülermaterial auswählen könnte. Selbst wenn wir sagen, daß nur jene Kinder, die die Aufnahmeprüfung besonders gut bestehen oder die in den untersten Klassen der Mittelschule die fleißigsten und begabtesten sind, berechtigt sein sollen, weiter an der Anstalt zu bleiben, dürfen wir uns nicht täuschen, daß auch hier ein ganz grobes Mittel der Auswahl angewendet wird; denn es gibt Kinder, die sich langsam entwickeln, die in einem Alter von 11 bis 12 Jahren noch sehr verspielt und kindlich sind und aus denen später die genialsten Menschen werden können, und es gibt die sogenannten Wunderkinder, die in sehr zartem Alter schon geistig hoch entwickelt sind und dann stehen bleiben und durchaus nicht die Berufenen sind, die geistigen Führer des Volkes zu werden. Das ist ein zu rohes Mittel der Auswahl. Was soll man aber erst dazu sagen, wenn die Auswahl ganz mechanisch einfach so getroffen werden soll, daß man sagt: Wir haben ohnedies zuviel Schüler an den gelehrt Schulen; lassen wir also die Mädchen nicht zu, schließen wir einfach das ganze weibliche Geschlecht aus. Das ist doch einfach ein geradezu stumpfsinniges Mittel der Auswahl. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß dieser Zustrom, diese Überfüllung der geistigen Berufe, von dem soviel die Rede ist, ja doch nur eine temporäre Erscheinung ist. Auf dieses arme Deutschösterreich ist der ökonomische und der geistige Überschuss aller anderen Sutzessionsländer abgeladen worden. Und wer nur irgend kommt, flüchtete sich unter die Fittiche dieses armen Landes, das nun mit einem unverwendbaren Arbeitsangebot belastet ist. Das ist doch ein Zustand, der nicht währen wird. Schon die Generation von Kindern, die heute die Schulbänke des Gymnasiums drückt, schon die wird ja eine veränderte und hoffentlich eine verbesserte Welt vorfinden, und das Mißverhältnis, das heute in unserem Staate zwischen dem Angebot an geistiger Arbeit und der Möglichkeit, sie zu beschäftigen, besteht, wird sich ja hoffentlich in kurzer Zeit wieder ausgleichen. Wir bedürfen der Frauenarbeit auf allen Gebieten, wir können sie

gar nicht entraten. Das hat uns der Krieg deutlich genug gezeigt. Unter dem wenigen Guten, das er geschaffen hat, hat er den Vorteil gehabt, uns zu beweisen, daß Frauenarbeit auf allen Gebieten sehr Gutes und Hochwertiges leisten kann.

Wir haben aber auch noch andere Gründe, uns vor der Überfüllung der Mittelschulen künftig hin nicht zu fürchten. Eine große Zahl der Schüler, die früher die Mittelschulen bevölkert haben, ist mit Ach und Arach durch die Schule durchgepreßt worden, um das Freiwilligenrecht zu erlangen. Diese Schüler fallen ja jetzt von selbst weg. Wenn nur diese durch Mädchen ersetzt werden, wird vielleicht schon dadurch dem Bedürfnis teilweise abgeholfen werden können.

Freilich muß man einen grundsätzlich anderen Standpunkt zu der Frage einnehmen, als ihn die bürgerlichen Parteien vor dem Zusammenbruch immer eingenommen haben. Es war ein durchaus nicht erbauliches Bild zu sehen, welches Hin- und Herreiben zwischen den einzelnen akademischen Berufen da stattgefunden hat. Die bürgerlichen Parteien haben ja mit Vorliebe erklärt, daß die Frauen überhaupt nicht zu den liberalen Berufen drängen sollen, daß sie dadurch nur die Verhältnisse verschlechtern, daß diese Berufe gar nicht ihrer Natur entsprächen, daß sie nur dem echten Frauenberuf dienen sollen, Gattin und Mutter zu sein. Es lebten eben immer zwei Seelen in der Brust dieser Herren; die eine Seele, die die Frau wegbannt will aus ihrer Berufssphäre, die sich fürchtet vor dem Eindringen der Frauenarbeit, die Seele, die von Konkurrenzneid erfüllt ist, und die andere Seele, die sich ja doch denkt, daß es unangenehm wäre, die eigene Tochter, die eigene Schwester zeitlebens erhalten zu sollen oder auch nur so lange, bis sie einen Mann gefunden hat. Und die Hauptvertreter der liberalen Berufe waren ja gerade auch ökonomisch nicht in der Lage, zu sagen, daß sie ihre Tochter und ihre Schwester versorgen werden; sie müßten sie also sehr ruhig und sehr gerne einem liberalen Berufe sich zuwenden sehen, aber nur um Gotteswillen nicht dem eigenen. So ist eine ganze Literatur entstanden, in der die Ärzte, wissenschaftlich, natürlich streng wissenschaftlich, nachgewiesen haben, daß sich die Frauen für den ärztlichen Beruf eigentlich gar nicht eignen. Ich glaube, der Krieg hat uns das Gegenteil bewiesen. Dann sind die Juristen gekommen und haben schon bei dem bloßen Gedanken, daß Frauen Jus studieren könnten, sich befreuzigt, denn der weibliche Geist sei der Jurisprudenz in keiner Weise gewachsen. Dann kamen die Techniker und erklärten aus der Eigenart ihres Studiums und ihres Berufes, daß eine Frau unter keinen Umständen Techniker werden kann. Die Chemiker machten es nicht anders und natürlich waren auch die Lehrer an den höheren Lehranstalten

ebensowenig faul zu erklären, daß sich die Frauen zwar für den Unterricht an den Volksschulen recht gut eignen, aber für die höheren Schulen ganz und gar ungeeignet seien. Kurz, alle diese Herren gingen immer von dem Standpunkt aus, der ungefähr mit dem Ausrufe gekennzeichnet ist: O du heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' dem Nachbarn seins an.

Aber das ist mit dem Umsturze anders geworden. Zwar haben wir noch verschiedene Flügelschläge des alten Geistes wahrgenommen. Wir haben gesehen, daß auch unter dem neuen Regime, ganz vereinzelt allerdings, Universitätsprofessoren es gewagt haben, gleichqualifizierte und gleichberechtigte Studentinnen aus ihren Vorlesungen hinauszuhweisen, weil es eben Frauen sind, und es bedurfte erst eines Erlasses des Unterrichtsministeriums, um sie von solchem Unfug abzuhalten. Wir wissen, daß die Herren Professoren um Gottes Willen die Frauen von der Dozentur fern halten wollen, weil die Existenz weiblicher Professoren natürlich ihrer Würde zu nahe treten würde. Aber im ganzen und großen hat sich das Blatt ganz gewaltig gewendet und auch die bürgerlichen Parteien haben gelernt, sich für die Gleichberechtigung der Frauen zu interessieren. Es gibt nämlich, so gut wie es Novembersozialisten gibt, auch Novemberseministen. Es gibt Leute, die, seit die Frauen Wähler sind, ganz anders in der Frauenfrage denken als früher, (Zustimmung und Händeklatschen.) Aber wo es geht, da möchte man bei allen schönen Worten doch die Frauen fernhalten. Und es geht leider noch auf sehr vielen Gebieten. Die Republik ist in der Durchführung der Gleichberechtigung der Frauen durchaus noch nicht auf der Höhe. Wir müssen aber sagen, daß die Frauen schon dadurch einen glänzenden Beweis ihrer Fähigung erbracht haben, daß sie trotz der brutalen Unfeindungen, die sie auf allen Gebieten zu erleiden hatten, sich doch Schritt für Schritt die Bahn erobert haben.

Nun steht es aber heute mit der Mittelschule so, daß nur die Angehörigen der privilegierten Klasse und von diesen nur die Privilegiertesten in der Lage sind, ihre Töchter in die Mittelschule zu schicken. Demnach welche Familie kann es sich leisten, für ein einzelnes Kind 3000 bis 4000 K. Schulgeld jährlich zu zahlen! Und so viel müßte im nächsten Jahre das Schulgeld ausmachen, wenn die Privatschulen nicht zusammenbrechen sollen. Wir müssen also verlangen, daß die Schulen verstaatlicht werden. Vor allem aber geht unsere Forderung dahin: Da der Staat heute nicht in der Lage ist, so viele Mädchennmittelschulen zu errichten, als notwendig wären, so bleibt ihm nichts übrig als alle bestehenden Staatsanstalten auch für die Mädchen zu öffnen. (Beifall.) Bis heute besuchen 633 Schülerinnen in Österreich Knabenmittelschulen. Es ist nirgends bekannt geworden, daß dadurch irgend-

ein Übelstand entstanden wäre. Ich will die Frage der gemeinsamen Erziehung, der Koedukation hier nicht ausführlicher behandeln. Es ist das gewiß eine komplizierte pädagogische Frage, für die uns leider vielfach das Material fehlt, weil uns noch wenig Versuche vorliegen. Und auf Versuche käme es dabei an. Geredet wird freilich sehr viel darüber. Aber wenn man nicht mit irgendeinem statistischen Material etwas beweisen kann, dann ist es eben nur leere Rederei. Aber ich muß gestehen, daß es mir ganz unklar ist, wärum sich, wo man die Kinder doch im Hause zusammen erzieht, wo auf Spielplätzen, in Kinderhorten, in Ferienkolonien, beim Sport und auch in den Schülervereinen Knaben und Mädchen beisammen sind und daraus sich nirgends ein Übelstand ergibt, sich gerade dann eine sittliche Gefahr ergeben sollte, wenn sie in der Schule beisammen sind, das heißt bei der ernstesten Tätigkeit, die den Kindern obliegt, beim Lernen. Das wird wohl niemand ausreichend begründen können.

Ich kenne alle Einwendungen, die von Seiten der Lehrer gemacht werden. Sie sind in der Regel sehr tendenziös. Es fürchten nämlich die Lehrerinnen für ihre Stellung, wenn die Mädchen zu den Knabenschulen zugelassen werden, und es fürchten die Mittelschullehrer, daß sie ihr Privilegium an den Mittelschulen zu unterrichten, nicht werden behaupten können, wenn einmal eine größere Zahl von weiblichen Schülern dort vorhanden ist. Daraum erscheinen mir diese Einwände nicht immer stichhaltig. So wird behauptet, man könne Knaben und Mädchen nicht gemeinsam unterrichten, weil sie sich in einem verschiedenen Tempo geistig entwickeln, es heißt, die Mädchen entwickeln sich auf einer früheren Altersstufe sehr rasch und später langsamer, die Knaben erst langsam und später rasch. Wie gesagt, ein statistisches Material darüber liegt nicht vor. Aber ich möchte dagegen doch zu bedenken geben, daß die Unterschiede der Entwicklung unter den einzelnen Kindern so groß sind, daß sich da eine Regel sehr schwer aufstellen lassen. Jeder, der in Erziehung oder Unterricht oder in beiden nur die geringste Erfahrung hat, weiß, daß es auch sowohl bei den Knaben als auch bei den Mädchen die größten Unterschiede im Tempo der Entwicklung gibt, so daß es wieder nur ein brutales Generalisieren ist, wenn man behaupten will, gerade die Mädchen entwickeln sich so und die Knaben anders. Es gibt unter dem weiblichen Geschlechte auch Kinder, die sich erst langsam und dann schnell entwickeln.

Es wird auch so ganz nebelhaft behauptet, die bestehende Mittelschule entspräche der Eigenart der Mädchen nicht. Ich glaube das sogar, daß sie der Eigenart der Mädchen nicht entspricht, ich behaupte aber, sie entspricht auch der Eigenart der

Knaben nicht. Darum gehen wir ja mit entschlossenem Mute daran, das ganze Schulwesen zu reformieren, weil wir überzeugt sind, daß heute weder die Volksschulen, noch die Mittelschulen und zum großen Teile auch nicht die Hochschulen der Eigenart der Jugend und der Altersstufe, der sie dienen sollen, entsprechen. Wir brauchen eben die Arbeitsschule, die Einheitsschule, wir brauchen eine Schule die die Jugend vom Zwange des Sitzens auf den harten Bänken erlöst, erlöst von dem Festgehrautsein an einer Stelle, von dem gleichen geistigen Zwange der Büffelschule. Wir brauchen eine großzügige Schulreform, wie sie von unseren neuen Schulbehörden angebahnt worden ist und in der opferfähigsten und geistvollsten Weise, kann ich sagen, von dem besten Teil der Lehrerschaft unterstützt wird. Das wird der Eigenart der Knaben sowohl als der Mädchen entsprechen. Was man aber heute dagegen sagt und über diese Eigenart urteilt, ist nichts als leeres Gerede.

Allein unsere Mädchen können natürlich nicht auf den Ausbau der neuen Schule, nicht auf die ganze Reform bis zu ihrem Ablaufe warten, sondern es muß gleich geholfen werden, wir müssen schon im Herbstie dieses Jahres zu Beginn des neuen Schuljahres einer viel größeren Anzahl von Mädchen, als bis heute, den Zugang zu den Mittelschulen gewähren, aber vor allem in solcher Weise gewähren, daß allerdings eine Auswahl getroffen wird, aber nicht eine Auswahl der am Gelde am reichsten begabten, sondern der geistig am reichsten begabten Kinder. Es bleibt also keine andere Wahl, als die Schule für alle Kinder zu öffnen.

Diese Frage hängt auch innig mit einer anderen zusammen, die heute vom Herrn Berichterstatter auch schon berührt worden ist, und das ist die Frage der Mittelschullehrerinnen. Die Mittelschullehrerinnen leben nicht nur in großem Elend, sondern sie sind durch den Zusammenbruch der privaten Mittelschulen auch in schwerer Sorge um ihre Existenz. Vergebens nimmt nicht nur die Unterrichtsbehörde, sondern auch der Unterrichtsausschuss dieses hohen Hauses, der mit diesen Aufgaben betraut ist, im Verein mit dem Finanzausschuss, der die Gelder dazu zu bewilligen hat, über Mittel und Wege nach, um das Los dieser Stieffinder unter der Lehrerschaft dauernd zu erleichtern. Ich glaube, es gibt da nur einen einzigen Ausweg, der aber nicht nur zum Nutzen der Lehrerinnen eingeführt werden soll. Wir müssen uns bei Schulfragen immer vor Augen halten, daß die Schule in erster Linie um der Schüler willen da ist und nicht um der Lehrer willen. Es gibt aber einen Ausweg, der sowohl den Interessen der Lehrerinnen als auch der Schülerinnen entspricht, und das ist eben der, daß die Schülerinnen unter den gleichen Bedingungen

Zutritt in die Knabenschulen haben, daß aber an allen Schulen, die von Mädchen besucht werden, auch weibliche Lehrer angestellt werden. Das ist eine dringende Notwendigkeit. Es ist eine Notwendigkeit, weil jeder Mensch ohne weiters zugeben muß, daß in einem Hause, wo halbwüchsige Mädchen in größerer Zahl verkehren, auch eine erwachsene Frau anwesend sein soll, es ist aber auch eine Notwendigkeit des Unterrichtes, und zwar nicht nur für die Mädchen, sondern auch für die Knaben. Wenn wir sagen, daß wir der Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten nicht enttrennen können, so ist das nicht nur von dem Gesichtspunkte aus zu verstehen, daß dieser arme Staat alle Kräfte in Bewegung setzen muß, um sich wieder emporzuarbeiten: die Frauen sollen vielmehr die Leistungen der Männer nicht nur quantitativ erhöhen, sondern auch qualitativ modifizieren. Unser neuer Staat trägt diesem Bedürfnisse auch schon langsam Rechnung. Ebenso wie er das Amt der Geschworenen für die Frauen zugänglich gemacht hat und sie auch zu Schöfferrichtern machen will, in der Erkenntnis, daß die Frau nicht nur um einem Staatsbürger mehr bedeutet, der da auch hineingewählt werden kann, sondern daß mit dem weiblichen Geschworenen, mit dem weiblichen Schöffen ein neues Element, eine Ergänzung des bisher Bestehenden eingeführt wird, glauben wir, daß in allen Berufen, besonders in Berufen, bei denen Geist und Herz auch in Bewegung sind, auch die weibliche Note anklingen muß, und darum verlangen wir, daß nicht nur die Mädchen, sondern auch die Knaben des Einflusses der Frauen auf die Erziehung und den Unterricht nicht beraubt werden dürfen.

Es ist das sogar in unserer Übergangszeit ganz besonders notwendig, sehen wir doch, wie schwer es den heute erwachsenen Männern wird, sich in den Gedanken hineinzuleben, daß die Frau wirklich gleichberechtigt, gleichbefähigt ist. Sollen wir die junge Generation unter den alten Vorurteilen aufziehen? Wenn wir das nicht wollen, dann muß sie von Jugend an, vom zartesten Alter an, mit diesem Vorurteil brechen lernen, dann muß sie schon sehr früh erkennen, daß die Frau überall, wo sie ihr begegnet, genau dasselbe Leisten kann wie der Mann. Und gerade darum verlangen wir, daß Knaben auch von Frauen unterrichtet werden. Ich weiß sehr gut, daß jedes normale und halbwegs wohlerzogene Kind Verehrung für seine Mutter hegt. Aber ein Knabe denkt sich dabei doch, die Mutter ist sehr lieb und sehr gut, aber natürlich in geistigen Dingen kann sie es mit einem Mann nicht aufnehmen. Diesem Vorurteil muß damit begegnet werden, daß die Kinder beiderlei Geschlechtes schon, in der Schule lernen, daß beide Geschlechter gleichberechtigt zusammenwirken müssen, damit ein gedeihliches Werk zustande kommen kann.

Indem wir also diesen Weg betreten, tun wir aber zugleich auch das einzige, was unsere heutige Armut zuläßt. Zu behaupten, der Staat müßt eben Mädchenschulen errichten, wo wir doch wissen, er hat nicht das Geld hierzu, wäre Henchelei. Aber nicht nur aus diesem finanziellen Grunde, der ja gewiß leider heute der in allen Fragen ausschlaggebendste ist, trete ich so warm für die Eröffnung der Mittelschulen für die Schülerinnen ein. Freilich, wenn man Wählerpolitik betreiben will, wird man vielleicht dieser Forderung Schwierigkeiten entgegensetzen, weil unter den Wählern die männlichen Mittelschullehrer eine größere Bedeutung haben als die weiblichen. Wenn wir aber den Forderungen der Stunde Rechnung tragen wollen, gibt es nur den einen Weg, den ich hier vorgeschlagen habe. Damit werden wir eine alte Schulde gegen die weibliche Jugend einlösen, zugleich der finanziellen Not unseres Landes Rechnung tragen und die wichtigsten pädagogischen Notwendigkeiten erfüllen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ursin.

Abgeordneter Dr. Ursin: Hohes Haus! Ich habe mir heute vorgenommen, nur über einen ganz bestimmten Gegenstand zur Nationalversammlung zu sprechen, und zwar über jenen, der heute in Wien besonders im Vordergrund der Erörterung steht, das sind die Zustände an den hiesigen Hochschulen, im besonderen die Vorgänge vor einigen Tagen. Es wurden von dieser Stelle aus vom Vertreter der nationalen Jüdischen Gemeinde die diesbezüglichen Vorgänge beleuchtet. Gestatten Sie mir nun, daß ich Ihnen, nachdem ich Erkundigungen über diesen Gegenstand eingezogen habe, und zwar von maßgebender Seite, vonseiten des örtlichen Hochschulausschusses, diese ganze Sachlage nun auch von einem anderen Gesichtspunkte aus darstelle.

Ich will zurückgreifen auf die eigentliche Veranlassung, welche zu den Demonstrationen an den Wiener Hochschulen geführt hat. Die eigentliche Veranlassung war das Auftreten des Herrn Dr. Last. Es ist darüber des näheren in mehreren Blättern geschrieben worden, die eigentlichen Verhältnisse liegen aber, wie folgt. Es besteht in Wien der "Schweizer Hilfsausschuß", der unter dem Schlagwort "Österreichs Studenten in die Schweiz" eine hilfsbereite Hand für unsere Hochschüler gezeigt hat. Nun hat ein Herr Dr. Last, wie sich nachträglich herausstellte, es für gut befunden, auf Umwegen in diese Aktion nach der Schweiz auch Nichtdeutsch-österreicher einzubziehen, und zwar auf fallenderweise gerade ostjüdische Herren. Auf das hin haben sich

die Schweizer über diese Einbeziehung fremder Leute aufgehalten und es waren gerade die Herren Müller und Giertammer vom schweizerischen Hilfsausschuß, die sich dagegen gewendet haben, daß diese Hilfe Leuten zu teil werden soll, für die sie von vornherein gar nicht berechnet war.

Es hat damals ein Student namens Withalm über diese Angelegenheit in verschiedenen Blättern geschrieben und der akademische Senat hat eingegriffen. Der akademische Senat hat Herrn Withalm ersucht, er möge von der weiteren Erörterung dieser Angelegenheit Abstand nehmen, damit nicht die Hilfsaktion als solche in ein anderes Licht gerückt werde. Der Deutscharier Withalm hat sich diesem Verlangen des Senats und Rektoreats gefügt und hat seine ursprüngliche Stellungnahme nicht weiter forgesetzt. Ich will gar nicht davon sprechen, welche sonstigen Vorfälle dazu geführt haben, daß die Schweizer sich gegen Herrn Dr. Last wandten, der, nebenbei bemerkt, kein Arier ist. Nur wenn vielleicht jemand auf diesen Gegenstand zu sprechen kommen sollte, werde ich gezwungen sein, den Schleier, der über dieser Angelegenheit ruht, zu lüften. Meine Sache ist es eben nicht, persönlich vorzugehen, sondern nur den Sachverhalt, wie er ist, darzustellen. Was hat aber Herr Dr. Last diesen Herren Müller und Giertammer in verschiedenen Artikeln zugerufen! „Dummer Flegel“ „Vorkämpfer für Freiheit und Lausüberei“! Es ist selbstverständlich, daß die Schweizer über diese Ausdrücke nicht besonders erbaut waren. (Zustimmung.) Trafisch ist es, dabei Folgendes bemerken zu müssen. Es macht nämlich den Eindruck, als wenn sich Bettler räufen wollten, und dieser Eindruck, der durch dieses Vorgehen hervorgerufen wird, ist allerdings peinlich. Aber es muß erörtert werden; warum soll man der Wahrheit nicht unter allen Umständen die Ehre geben?

Die deutscharische Studentenschaft Wiens ist von vornherein auf dem Standpunkt gestanden und hat dies auch durch den „Asta“, das ist der Hochschulausschuß der deutschen Studentenschaft, verlautbart, daß die deutscharische Studentenschaft Wiens alles daran setzen wird, die Hilfsaktion der Schweizer nicht durch irgendwelche ungeschickte Machinationen zunichte machen zu lassen. Der deutscharische Hilfsausschuß hat sich daher der Studentenschaft in jeder Richtung angenommen und es tatsächlich dahin gebracht, daß trotz diesem Eingreifen des Herrn Dr. Last, das ja von jedermann als nicht am Platze bezeichnet werden muß, die Schweizer sich weiter bereit erklärt haben, der deutschen Hochschuljugend Wiens Lebensmittel usw. zukommen zu lassen.

Darüber sind ganz verschiedene Nachrichten verbreitet worden. Aber, daß die deutscharische Hörerschaft dazu schweigen soll, als einheimische,

bodenständige Studentenschaft, das, glaube ich, wird niemand voransetzen. Daher hat auch die deutsch-arische Studentenschaft beschlossen, eine Kundgebung gegen Dr. Lafts Vorgehen zu veranstalten. Diese Kundgebung hat in ruhiger Weise stattgefunden. Und nun erlauben Sie mir, den weiteren Vorgang zu schildern.

Es hat der „Asta“ versucht, daß die Hochschüler sich zerstreuen sollen. Das ist auch tatsächlich geschehen. Nur zwei Abteilungen haben sich — und so ist es ja gewöhnlich bei Demonstrationen, daß der Leiter der Demonstration nicht immer die Leute ganz in der Hand hat — nicht gefügt und diese Begeisterten haben sich in ganz kleinen Gruppen zusammengefunden, sich an der Universität gesammelt und ohne Wissen der deutscharischen Vertretung veranlaßt, daß zur Mensa academica der Juden gezogen werde. Als sie zu dieser Mensa academica, die meines Wissens in der Alserstraße gelegen ist, kamen, wurden sie, wie mir heute berichtet wurde, schon' als sie noch draußen waren, mit Tellerwürfen, Messerwürfen, Gabelwürfen empfangen, bevor sie überhaupt die Mensa betraten. Als sie dann in das Lokal selbst gingen, wurde dieses Werk fortgesetzt. Da nun die deutsche Studentenschaft nicht auf dem Standpunkt steht, daß sie, wenn sie eine Ohrringe auf die linke Wange bekommt, auch noch die rechte hinzuhalten, ist es selbstverständlich zu Zusammenstoßen in der Mensa academica gekommen. (Abgeordneter Witternigg: Was haben die deutschen Studenten dort zu suchen gehabt?) Warum sollen sie nicht hingehen? Nach diesen Herausforderungen, die ihnen im Falle des Dr. Laft zuteil geworden sind, sollen sie vielleicht als Einheimische schweigen und sich alles von der jüdischen Bevölkerung gefallen lassen? Die Geduld der deutschen Arier ist eben zu Ende! Gerade die deutsche Studentenschaft hat sich bisher vieles auf diesem Gebiete gefallen lassen. Aus den Äußerungen des Kollegen Pauli werden Sie aber entnehmen können, daß wir nicht weiter der Verjährung an den Universitäten ruhig zuschauen können. Wir können es nicht weiter ruhig ertragen, daß die deutsche Bevölkerung in Österreich von nun an nur von jüdischen Ärzten behandelt, von jüdischen Richtern abgeurteilt wird und von jüdischen Rechtsanwälten vertreten wird. Nein, meine Herren, die Geduld ist zu Ende. Wir betrachten die Juden nicht als Gleichberechtigte. Sie sind uns nicht gleichberechtigt, das muß hier mit aller Offenheit gesagt werden. Sie sind diejenigen, welche das Gastrecht missbraucht haben, und wir machen nur von unserem Hausrecht Gebrauch, wenn wir sagen: bis hierher und nicht weiter! Wäre es vielleicht ein glänzender Zustand, wenn die Verjährung noch weiter fortschreiten würde? Das glaube ich nicht, das wünscht weder die rechte Seite noch auch viele von der linken Seite dieses Hauses.

Nun will ich in der Darstellung des Sachverhaltes fortfahren. Nach dieser Tat der jüdischen Studentenschaft kam es dann am nächsten Dienstag, den 24. d. M., zu jener Kundgebung, die Sie aus den Blättern entnommen haben. Es wurde von den Juden die Universität und der Anatomieaal besetzt, und nachdem die Eingänge abgeschlossen waren, wurde dagegen selbstverständlich Widerstand geleistet. Und nun wurde, nachdem die deutsche Studentenschaft durch jene Kundgebung ihrer Meinung Ausdruck gegeben hatte, der „Asta“ zusammenberufen und die Einstellung der Demonstration im Einverständnis mit dem Rektorat und dem Senat der Universität beschlossen. Aber im Gegensatz hierzu verhielt sich die jüdische Studentenschaft. Wenn gesagt wurde, daß eine jüdische Hörerin misshandelt worden ist, so wurde mir gerade vor einigen Minuten von meinem Vertrauensmann berichtet, daß heute von einer Überzahl jüdischer Studenten zwei nationale Hochschüler in erbärmlicher Weise misshandelt worden sind. Gestern hat sich weiter der Fall ereignet, daß ein Auto, in welchem ein Heimkehrer in einer anderen als einer österreichischen Uniform saß, weil er keine anderen Kleider zur Verfügung hatte, überfallen und der Heimkehrer blutig geschlagen wurde, da er ein schwarz-rot-goldenes Abzeichen trug. Das ist von Seiten der Zionisten geschehen. Vergleichen Sie gegenüber das, was heute von dieser Stelle gesagt worden ist.

Die deutscharischen Studenten haben, weil sie wiederholt schon getäuscht worden sind, die Lösung ausgegeben, daß nur dann von Seiten der übrigen deutscharischen Hörer der verschiedenen Hochschulen Wiens erwidert werden darf und sie nur dann zu kommen haben, wenn das richtige Stichwort am Telefon fällt. Was hat sich nun ereignet? Es wurden alle möglichen Telephones von unberufener Seite benutzt, um nur zu erreichen, daß die deutschen Hochschüler der verschiedenen Hochschulen, von der Technik, der Hochschule für Bodenkultur, der Tierarzneischule, der Hochschule für Welthandel auf die Universität kommen. Unsere Leute haben es anfangs nicht begriffen, denn es wurde von dem „Asta“ ausdrücklich die Weisung ausgegeben, daß unsere Leute sich vollkommen ruhig zu verhalten haben. Heute wurde nun festgestellt, daß das von anderer Seite ausgegangen ist und es sich darum gehandelt hat, die deutschen Arier schuldig werden zu lassen. Nun, es ist dieses Machwerk nicht gelungen, aber ich führe es an, damit Sie sehen, mit welchen Waffen auf der Gegenseite gekämpft wird.

Wenn die Deutscharier sich dazu entschließen könnten, die Einstellung dieser Demonstrationen und des ganzen Vorganges zu verlangen, so ist dies in einer ganz anderen Voraussetzung begründet, als überhaupt angenommen wurde. Die deutscharische Studentenschaft hat den Wettungen, die an sie er-

gangen sind, auch deswegen Folge geleistet, weil sie sich nicht den Juden zuliebe verbluten will! Die deutsche Studentenschaft hat in diesem Kriege genug Blut gelassen, als daß sie vielleicht jetzt noch der Volkswehr bei solchen Demonstrationen ausgeliefert werden und sich der Juden willen den Augeln der Volkswehr preisgeben soll. (Sehr richtig!) So steht die Sache. Aus diesen Beweggründen hat sich unsere deutsche Studentenschaft veranlaßt gesehen, sich zurückzuziehen.

Und nun, meine Verehrten, was ist daraus weiter entstanden? Anstatt das zu würdigen, sind die Juden hergegangen und haben gesagt, die Deutschcharier sind Feiglinge, weil sie es nach den Ratschlägen des Rektors und des Senats, und nachdem sie ihren Standpunkt in den Demonstrationsversammlungen klipp und klar kundgegeben hatten, vorzogen, sich vorläufig zurückzuziehen. Sie sehen also, daß die neuerliche Herausforderung nicht auf Seite der deutschcharischen Studentenschaft gelegen ist. Es wurden aber, meine Herren, von der anderen Seite dem Rektorat die Forderungen der Judenenschaft und der mit ihnen verbündeten Kommunisten bekanntgegeben und diese lauten dahin, daß, wenn nicht den Wünschen dieser Herrschaften nachgegeben wird, sie die Vorlesungen — es ist ja eine Sperrengung der Universität bis zum 3. Mai, wenn ich nicht irre, erfolgt — dann stören werden. Diese Tatsache wird von niemand weggelugnet werden können.

Erlauben Sie mir nun, daß ich noch auf verschiedene Zeitungstimmen eingehe, die hierzu vorliegen. Vor allem ist es der „Abend“, der am 27. und 28. d. M. ganz falsche Berichte in die Öffentlichkeit gebracht hat, deren Zweck ja von vornherein ersichtlich ist. Es ist unwahr — ich will nicht zu weit ausholen —, daß von Seiten der deutschcharischen Studentenschaft Hochrufe auf Horthy oder auf das Haus Habsburg-Lothringen ausgebracht worden sind. Die deutsche nationalgesinnte Studentenschaft, welche dort vereinigt gewesen ist, war von jeher gegen das Haus Habsburg-Lothringen. Es hat sich nicht um eine politisch-reaktionäre Demonstration gehandelt, sondern es handelte sich in diesem Falle um eine Auslösung einer niedergehaltenen Empörung gegen die jüdische Vorherrschaft an den Hochschulen Österreichs. Es ist auch unwahr, daß die Schieber und Kapitalisten unterstützt würden, denn die sind auf Seite der nationalen Studentenschaft bestimmt nicht zu finden. Und was schließlich das Lied „Gott, erhalte, Gott beschütze . . .“ anbelangt, so wurde dieses Lied nicht gesungen, sondern es beruht dies auf einem neuerlichen Irrtum, der schon sehr häufig vorgekommen ist. Es hat der berühmte Komponist Josef Haydn seine unsterbliche Melodie nicht auf das nachträgliche „Gott erhalte, Gott beschütze . . .“

gedichtet, sondern auf das Lied „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“. Das war vielleicht ein Irrtum von Seiten der Gegner, als sie diese Melodie hörten, und der Berichterstatter des „Abend“ hat es sofort für notwendig erachtet, zu bemerken, es sei das Lied „Gott erhalte, Gott beschütze . . .“ gesungen worden.

Auch muß ich dagegen Stellung nehmen, daß die Rektorate vielleicht in irgendeiner Weise schuldtragend und daß sie von den Vorgängen überrascht worden sind. Das ist nicht richtig. Die Rektorate haben ihre Pflicht vollständig erfüllt und haben von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß angesichts der verschiedenen Hilfsaktionen von weiteren Demonstrationen Umgang genommen werden soll. Die Deutschcharier haben sich dem gefügt, die andere Seite nicht.

Was nun die in verschiedenen Blättern angeführte Behauptung anbelangt, daß eine Misshandlung von Mitgliedern ausländischer Missionen stattgefunden habe, so ist dies unwahr. Es hat keine derartige Misshandlung stattgefunden und die Mitteilung über derartige Vorgänge wurde auch vom „Neuen Tag“, wie mir bekanntgegeben wurde, widerufen. Umgekehrt aber sind jene Misshandlungen vorgekommen, von denen ich früher gesprochen habe.

Und nun ein Wort über die Volkswehr. Der „Neue Tag“ bringt einen Bericht über eine kommunistische Versammlung, und er schreibt: „Es wurde beschlossen, daß die dienstfreien Volkswehrer sich gegen den Befehl des Staatsamtes an den Krawallen aktiv beteiligen werden“; und gerüchtweise verlautet, ich betone „gerüchtweise“, darüber kann uns ja der Herr Staatssekretär Deutsch, falls er anwesend ist, Auskunft geben, daß Montag die Volkswehr in der Rosauerkaserne mit Maschinengewehren Bereitschaft hatte. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß diese Maschinengewehre sich nicht gegen die Juden gerichtet hätten. Es wäre vielleicht am Platze, wenn eine diesbezügliche Anfrage auch an die Polizeidirektion gerichtet würde.

Was ist aber heute vorgefallen? Heute war doch von Deutschchariern an der Universität gar nichts zu sehen. Es hat heute vormittags eine Versammlung vor der Universität, auf der Rampe stattgefunden, und zwar eine Versammlung von Kommunisten, Volkswehrleuten und sozialistischen Studenten. Ich will, indem ich dies anführe, nicht behaupten, daß vielleicht der Herr Staatssekretär den Befehl erteilt hat, daß eine bestimmte Abteilung der Volkswehr an dieser Demonstration teilnehmen soll. O nein! Das wird nicht so ungeschickt gemacht, sondern es wird demjenigen, der dienstfrei ist, freigestellt, sich an Versammlungen zu beteiligen. Wir wissen ja, daß die Volkswehr, wie sie jetzt

besteht, besonders was die Mannschaft anbelangt, keineswegs eine unpolitische Organisation ist, sondern eine sehr politische und parteigemäß konstruierte Organisation. Nun, was haben wir in dieser Versammlung gehört? Der Kommunistenführer Dr. Frank, der, nebenbei bemerkt, kein Jude ist, sondern ein Arier, wie mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, hat dort die Leute aufgemuntert, sie sollen nur ja an ihrem Vorgehen festhalten. Nur durchhalten, hat er ihnen zugerufen, jetzt können alle Forderungen durchgesetzt werden, weil der Hochschulausschuss den Rückzug angetreten hat. Es wurden bei dieser Versammlung auf Bela Kun, den Vorkämpfer für Freiheit und für neue Geistesrichtung (*Heiterkeit*), wie es geheißen hat, lebhafte Rufe — nicht Heil!-Rufe, aber irgendwelche andere Rufe — ausgebracht. Es wurde dabei deutschvölkischen Studenten, von denen einige dort erschienen waren, zugerufen: Ihr seid feige, ihr habt Angst vor den Maschinengewehren. Ich möchte wissen, welcher deutsche Student bei solchen Äußerungen ruhig bleiben kann. Diese Leute sind also die Ursache für weitere Provokationen, da sie eben die Studentenschaft mit dem Vorwurf der Feigheit anshezen wollen. Es soll künftlich, wie es schon öfters geschehen ist, die deutsche Studentenschaft zu Unvorsichtigen wieder verleitet werden.

Nun möchte ich noch auf eine Drohung des Abgesandten der sozialistischen Studentenschaft im Rektorat der Technik hinweisen. Es war dies der Student Genosse Mittler, der sagte, daß für den Fall, als der akademische Senat die Ruhe nicht aufrecht erhalten könnte, die Autonomie der Hochschulen in Frage gestellt sei, das heißt sowiel wie: Es soll auch bezüglich der Hochschulen ein System eingeführt werden, wie es jetzt auch im Deutschen Reiche gang und gäbe werden soll, die Einführung gewisser Kommissäre. Wir wissen nun, daß die deutschcharische Studentenschaft selbstverständlich dagegen Stellung nehmen wird. Man möge nicht immer glauben, daß Wien heute noch entscheidend ist bezüglich der Entschließungen des deutschen Volkes in Österreich. Es ist nicht so, es entspricht der Wirklichkeit nicht mehr. Heute haben die Länder viel mehr dreizureden. Ich stehe nicht vielleicht auf dem Standpunkt der Länderautonomie, den Sie vielleicht glauben bei mir voraussezten zu können. O nein! Aber glauben Sie, daß sich vielleicht die Grazer und die Innsbrucker solche Vorgänge gefallen lassen werden, wie sie hier tatsächlich gegen die deutschcharische Studentenschaft beliebt wurden? Ich glaube, die werden sich noch anders wehren, als es in Wien der Fall gewesen ist.

Nachdem nun die Gegenseite wünscht, daß unsere Leute aufgewiegt werden, so ist es klar, daß die deutschcharische Studentenschaft alle Mühe haben wird, die Ruhe an den Hochschulen aufrecht zu er-

halten. Es wird aber gelingen. Heute hat nun der „Asta“, der Hochschulausschuss der deutschcharischen Studentenschaft eine Sitzung abgehalten, in welcher begreiflicherweise angefichts jener Vorgänge an der Universität beschlossen wurde, den *numerus clausus* zu fordern. Das finde ich selbstverständlich und begreiflich, besonders nach den Ausführungen, die wir heute vom Herrn Abgeordneten Pauly gehört haben. Weiter geht es wohl nicht mehr mit der Verjährung der österreichischen Hochschulen, als es schon jetzt der Fall ist. Und dementsprechend wird auch die deutsche Studentenschaft — die deutschcharische Studentenschaft geht hierin geschlossen ohne Unterschied der Partei vor — verlangen, daß nur ein gewisser Prozentsatz von Juden, entsprechend dem Bevölkerungsschlüssel und selbstverständlich mit Ausschluß der Öjuden an den Universitäten Österreichs studieren darf.

Es wurde heute des langen und breiten vom Antisemitismus und von der Judenfrage gesprochen. Ich habe unlängst gesagt, daß ich Gelegenheit haben werde, über diesen Gegenstand meinen Standpunkt noch bekanntzugeben und daß ich selbstverständlich im Gegensatz zu diesen ganzen Äußerungen stehe. Die Vorgänge, die wir heute beobachtet haben und vor unserem Auge vorüberziehen lassen, sind ein Symptom jener tiefen Erregung, von welcher 90 Prozent der deutschcharischen Bevölkerung ergriffen sind.

Es ist eine Tatsache und kann nicht hinweggeleugnet werden, daß der größte Teil des deutsch-österreichischen Volkes, ohne Hinzutun von irgend einer Seite, sondern spontan, veranlaßt durch die unerhörten Zustände auf diesem Gebiete, heute selbstverständlich jüdengegnerisch ist und daß es auf seinem Grund und Boden, auf der heimatlichen Scholle, sein eigener Herr sein will. (Sehr richtig!)

Wenn sich solche Vorgänge wiederholen, so wird dies keineswegs, wie gemeint wurde, zu Ungunsten des deutschen Volkes ausfallen, aber wohl zu Ungunsten Wiens. Wenn draußen die Bevölkerung von den Vorgängen lesen wird, die hier in den letzten Tagen stattgefunden haben, so wird sie sagen: Jetzt wollen wir erst recht nichts von dem verjudeten, kommunistischen Wien wissen. So steht die Sache tatsächlich. Das hat nur dazu beigetragen, um die Abfahr der Länder zu beschleunigen. Glauben Sie ja nicht, daß die Vorgänge mir nichts, dir nichts zu übergehen sind. Sie sind von viel weitertragender Bedeutung, als angenommen wird.

Ich glaube nicht, daß nach vierzehn Tagen niemand mehr davon sprechen wird. Es werden sich eben ganz andere Folgerungen ergeben. Meine Verehrten. Die Geduld der Deutschcharier in Österreich ist fast zu Ende. Ich habe seinerzeit, und zwar war dies

im Herbst, einen klaren Antrag bezüglich der Ostjuden eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Verfassungsausschuss zugewiesen. Bis heute ist dieser Antrag nicht in irgendeiner Form beraten worden, oder vor das Haus gekommen. Wir werden aber darauf bestehen, daß dieser Antrag hier verhandelt wird, denn das ist eine Frage, die die gesamte Öffentlichkeit interessiert.

Es wurde heute auch von dem Zukunftstaat der Juden, von dem neuen Zion gesprochen, das entstehen soll. Wie alles, was von dieser Seite kommt, der Tragikomik nicht entbehrt, so auch dieser zionistische Plan. Der Tragikomik deshalb, weil nicht nur jene national gesinnte Judenschaft, welche hinter dem heutigen Redner steht, davon mehr oder weniger begeistert ist, sondern weil auch weite Kreise der Judenschaft für diesen Judentaat, für den hauptsächlich die Engländer eintreten, eingenommen sind. Es ist ein bloßer Zufall, daß unlängst ein Arzt, der ein aufrichtiger Zionist ist, zu mir gekommen ist und mir Vorschläge bezüglich der Judenfrage übergeben hat. Und was glauben Sie, was für Vorschläge er macht? Es deckt sich das so ziemlich mit den Ansichten des heutigen Herrn Redners von der Judenseite. Er verlangt, um kurz zu sein, eine Gesamtauswanderung der Juden zunächst aus Mittel- und Osteuropa nach Palästina und Mesopotamien. Der Mann ist sehr rasch und will das schon im Jahre 1920 haben. Kurze Zeit darauf soll diese Abwanderung in ganz Europa vor sich gehen, so daß Europa und auch Amerika vollkommen judenfrei werden. Er will (liest): „eine Vereinigung sämtlicher Juden der Welt laut den Verheißungen des Moses und der Propheten zu einem friedlichen, aller Vorausicht nach christlichen Staat jüdischer Nation.“ Er verlangt weiter (liest): „den Beginn dieser Emigration aller Juden von dem jetzt wiedervereinigten Polenreiche aus und parallel damit die Gesamtemigration der Juden aus den benachbarten nördlichen Staaten aus Deutschland und Russland. Die erste Voraussetzung dieser Gesamtemigration ist der ehrliche Wille und die tatkräftige und moralische, jedoch humane Mithilfe seitens des christlichen Volkes.“ Ich glaube, an dieser Mithilfe wird nicht zu zweifeln sein. Ich glaube nicht, daß Stimmungen vorhanden sind, welche die Juden in irgendeiner Weise zurückhalten würden, von diesem ihren Plane Gebrauch zu machen. Nur stellen wir dabei eine Bitte: daß sie nämlich restlos auswandern, nicht nur die Ostjuden, sondern daß sie alle überhaupt, gleich auf einmal, diesem idealen Plane des Herrn Kollegen Folge leisten. Er sagt weiter (liest): „Die Emigration geht im Frieden vor sich, die Bewegung geht aus dem jüdischen Volke selbst hervor, durch einen auf dem Boden der jüdischen Religion stehenden Führer, der die jüdische Religion, die Sammlung und Rückkehr aller Juden,

gesicherte und ruhige Existenz derselben in Palästina und Mesopotamien verheissen hat.“

Sie sehen also, daß von dieser zionistischen Stimmung schon weite Kreise der Juden erfaßt sind. Wir alle können nur wünschen, daß das gesamte Judentum davon erfüllt werde.

Nun gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an meine Aufführungen der hohen Nationalversammlung einen Beschlusstantrag unterbreite, welcher lautet (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, ein Gesetz der Nationalversammlung zu unterbreiten, wonach Ausländer, soweit sie nicht deutscher Nationalität sind, nur im beschränkten Maße zum Studium an den österreichischen Hochschulen zugelassen, Ostjuden aber grundsätzlich vom Studium an den österreichischen Schulen ferngehalten werden und von den in Österreich geborenen und nach Österreich zuständigen Juden nur eine dem Zahlenverhältnis der Juden zur Gesamtbevölkerung entsprechende Anzahl an den österreichischen Hochschulen inscritiert werden darf.“

Ich erlaube mir, dem hohen Hause die Annahme dieses Beschlusstantrages zu empfehlen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, ob tatsächlich so viel Verständnis für diese antisemitische Bewegung vorhanden ist, daß sich für diesen Antrag, der bestimmt begründet ist, gerade im Anschluß an die Vorgänge der letzten Tage eine Mehrheit findet. Am Platze ist er und gefordert wird er von der gesamten deutschösterreichischen Bevölkerung arischer Abstammung.

Ich schließe, indem ich mir noch gestatte, auf Hamerling hinzuweisen, der sich mit dieser Judenfrage, und zwar in seinem „Homunkulus“ beschäftigt hat. Am Schlusse dieser ausgezeichneten Dichtung spricht Hamerling davon, daß die Auswanderung der Juden nach Palästina erfolgte und daß an dieser Auswanderung sich alle Kreise beteiligten. Jedoch geht Hamerling, glaube ich, zu weit, wenn er in der weiteren Schilderung der Zustände im neuen Zion und der Emigration nach dem Süden von der Voraussetzung ausging, daß die Christen in Mitteleuropa es ohne Juden gar nicht aushalten könnten und deshalb an die jüdische Bevölkerung in Palästina das Erfuchen stellten, wieder zurückzufahren, denn sie seien der Sauerteig innerhalb der christlichen Bevölkerung. Ich glaube, daß wir diesbezüglich mit Hamerling nicht übereinstimmen können. Bei uns ist keineswegs das Bestreben vorhanden, daß, wenn die Juden einmal ausgewandert sind, sie nach einiger Zeit wieder zurückkehren sollen. Und wenn heute von dieser Stelle ausgesprochen wurde, daß die Juden nur

ihr Recht verlangen, so sage ich, es wird der Tag kommen und mit Shakespeare sage ich: „Wenn Ihr sprecht von Recht — Recht soll Euch werden, mehr als Ihr begehrst!“ und damit schließe ich. (Beifall.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kutschak; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kutschak: Hohes Haus! Wir ziehen in der Verhandlung des Kapitels, das uns den Voranschlag des Staatsamtes des Innern enthüllen soll. Man könnte das Staatsamt des Innern wohl besser und zutreffender auch das Staatsamt für öffentliche Ordnung oder kurz: Ordnungsamt nennen. Die Aufgabe dieses Staatsamtes ist keine andere, als die Ordnung im Staate aufrechtzu erhalten, wo sie gestört ist, wieder herzustellen, wo sie bedroht ist, sie zu schützen. Es ist das eine Aufgabe, die ich als eine der wesentlichsten, oder besser gesagt, als die wesentlichste Aufgabe der Staatsverwaltung und der Staatsregierung bezeichnen möchte, denn ohne Ordnung gibt es keine fruchtbringende Tätigkeit aller übrigen Staatsämter. Es gibt keine zielsbewußte und erfolgverheißende Außenpolitik, wenn im Innern des Staates die Ordnung nicht vollständig gewährleistet ist. Es gibt aber auch keine wirtschaftliche, keine volkswirtschaftliche Entwicklung bei einer gestörten oder bedrohten staatlichen Ordnung und es gibt letzten Endes auch keinen kulturellen Fortschritt, wenn nicht die Ordnung im Innern des Staates vollkommen gewährleistet ist. (Sehr richtig!) Und so können wir, obwohl das im Budget selbst nicht auffiehlt, doch an den Aufgaben des Staatsamtes des Innern feststellen, daß dasselbe eigentlich die wichtigste Institution, das entscheidendste und bestimmendste Instrument in der Hand unserer Staatsregierung darstellt.

Fragen wir uns nun, wie es bei uns um die Ordnung steht, und wir werden aus der Antwort auch gleichzeitig ersehen können, ob und in welchem Umfang das Staatsamt selbst seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Wie steht es bei uns um die Ordnung? Ich knüpfe gleich an ein Ereignis an, das jetzt von drei Rednern behandelt worden ist, an die Studentenkrawalle in Wien. Die Studentendemonstrationen und Studentenschlägereien wurden hier meiner Ansicht nach in einer Weise beurteilt, die nicht gerechtfertigt ist; sie wurden als ein Ereignis für sich behandelt, und das sind sie nicht. Die Studentenkrawalle sind nur der akute Ausdruck der schweren Erkrankung, in welcher sich unsere öffentliche Ordnung und unser öffentliches Leben überhaupt befindet. Sie sind zu vergleichen mit den Wirkungen, die sich ergeben, wenn eine

Eiterbeule zum Aufbrechen kommt, und diese Eiterbeule am Körper unseres Volkslebens wie unseres Staatslebens besteht in der Tatsache, daß seit dem Kriegsbeginn bis zum heutigen Tage noch immer von den Flüchtlingen der damaligen Zeit sich eine bestimmte Sorte — es sind das die Ostjuden — in Wien aufhält und anscheinend durch nichts aus Wien hinauszubringen ist. (So ist es!) Es ist sehr bezeichnend, daß die Flüchtlinge anderer Nationen von selbst das Bedürfnis gehabt haben, in dem Augenblick, wo sich ihnen ein, wenn auch noch so schmäler Weg zurück in ihre Heimat geboten hat, diesen Weg zu betreten und unbekümmert um die Verhältnisse, die sie in ihrer Heimat erwarten, dorthin zurückzufahren. Auch aus den Ostländern der ehemaligen Monarchie, aus Galizien und der Bukowina, hatten wir viele arische Flüchtlinge in unserer Mitte. Sie sind bis auf ganz wenige Leute schon längst wieder aus Wien abgewandert, Leute, die zu Hause auf nichts zu rechnen hatten als auf eine leergebrannte Stätte, die ihnen anzeigt: hier ist einstens dein Heim gestanden, hier ruhte einstens dein Glück. Sie sind nach Hause gegangen trotz allerdem, was sie zu Hause erwartet, weil sie auf dem Fleckchen weiter leben und auf dem Fleckchen den Lebenskampf weiter aufnehmen und fortführen wollten, wo auch ihre Wiege gestanden hat. In allen diesen verschiedenen Flüchtlingen lebte das, was jeden Menschen ehrt und adelt: echte, wahre Heimatliebe, die nicht nur zu dulden, sondern auch zu kämpfen vermag, die in der Heimat ein hohes, hehres Ideal erblickt, von dem sie sich nicht trennen wollen, in keiner Not und auch in keiner Gefahr. (Sehr richtig!) Nur die Ostjuden, die nicht nur allein, sondern mit ihrer ganzen Nation gemeinsam haben das Gefühl vollständigen Mangels an Heimatliebe, weil sie keinen Heimatsbegriff kennen, sind hier geblieben. Die Heimat des Juden ist der Boden, wo sein Hafer wächst, und nur so lange, als Hafer eingebracht werden kann; in dem Augenblick, wo es Hafer nicht mehr gibt, verliert sie jeden Wert und jede Bedeutung. (Zustimmung.) Und weil insbesondere ein kranker Organismus, ein sozial und wirtschaftlich kranker Organismus für Menschen mit weiter Moral und noch weiterem Gewissen den ausgiebigsten Nährboden für Spekulations- und Bereicherungsabsichten, für die Stillung des Triebes der Habsucht abgibt und da diese Verhältnisse bei uns bestehen, bleiben eben die Ostjuden bei uns. Solange es noch einen grünen Flecken gibt, sind sie nicht fortzubringen. Der Heuschreck läßt das Land, das er überfallen hat, nicht eher los, als bis er es kahl gefressen hat. (Sehr richtig!)

Das sieht unser Volk, das empfindet unser Volk. Solange die Juden Anspruch darauf hatten, von uns Gerecht zu verlangen, weil sie vertriebene,

landflüchtige Leute waren, so lange haben die arischen Völker und hat das arische Wien über dieses Gastrecht hinaus vergessen auf die Gefahren und Beschwernde, die die Anwesenheit der Ostjuden für ihr eigenes Leben bedeutet. Nun aber diese Tatsache, diese bestimmende Tatsache des Gastrechtes weggefassen ist, wollen und können die arischen Bestandteile unseres Volkes nicht mehr einsehen und sich erklären, aus welchem Grunde, aus welchem Rechts- oder Humanitätstitel sie noch weiterhin den Ostjuden Gastfreundschaft gewähren sollen. Es bestehen jetzt alle Gründe dafür, zu verlangen, daß die Ostjuden endlich einmal entfernt werden (Sehr richtig!), und wenn sie nicht freiwillig gehen wollen, erwartet unser Volk von seiner Regierung und insbesondere von seinem Staatsamt des Innern, daß es seiner Pflicht entspreche und dem heimischen Volke Schutz zuteilt werden lasse (lebhafter Beifall und Händeklatschen), das Leid des heimischen Volkes beende, selbst auf die Gefahr hin, dem einen oder dem anderen Teile der Ostjuden ein Leid zuzufügen.

Und nun ruft unser Volk ohne Unterschied der Partei, nicht nur ohne Unterschied, ob christlichsozial oder deutschnational, nein, auch breite Massen der Arbeiter, die sonst durch und durch sozialdemokratisch sind (Sehr richtig!), danach, daß Wien endlich befreit werde von der Plage der Ostjuden, die eine wirkliche Stadtplage geworden sind. Und gerade die Arbeiter rufen danach, weil sie die ersten sind, die unter der herrschenden Wohnungsnot am meisten zu leiden haben. Wer über Geld verfügt, konnte nicht nur in der Monarchie, der kann auch in der Republik noch immer ein Obdach finden. Wer über Geld nicht verfügt — und das sind die breiten Massen der Arbeiter —, der ist all den furchtbaren Erscheinungen der Wohnungsnot schutz- und wehrlos überantwortet.

Und nun möge sich der Herr Staatssekretär des Innern und mögen sich die anderen in Betracht kommenden Faktoren hineindenken in das Gefühl eines Arbeiters — selbst wenn er nicht unmittelbar davon betroffen wird —, der zusehen muß, wie hunderte seiner Volks- und Standesgenossen in elenden Waggons untergebracht werden müssen, wie es vielfach und durch lange Zeit der Fall gewesen ist, während er sieht, daß landfremde Leute sich in den Wiener Wohnungen ungeniert breitmachen. Denken Sie sich in das Gefühl eines Arbeiters hinein, der mit den Seinigen Not leidet an allem, Not an Lebensmitteln, an Bedarfsartikeln und der mit ansehen muß, daß in der Zeit dieser furchtbaren Not sich ein Wucher breit macht, wie er unerhörter nicht gedacht werden kann, daß Ausschreitungen der Genüß- und Purzucht sich breitmachen, wie sie herausfordernder nicht konstruiert

werden können; und wenn er sich sagen muß, die Träger dieser Erscheinungen sind zwar nicht ausschließlich, aber zum überwiegenden Teile direkt oder als die moralischen Urheber die Ostjuden. Denken Sie sich hinein in das Gefühl solcher Arbeiter.

Und denken Sie sich schließlich auch in das Gefühl von Studenten hinein, die, man mag nun über den Krieg urteilen wie man will, und über die Pflichterfüllung im Kriege auch urteilen wie man will, die nun einmal getragen von dem Gefühl, daß der Krieg zur Verteidigung ihres Vaterlandes und ihrer Nation, der Eigenart ihres Volkes, der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Volkes, geführt wird, den harten Kriegsdienst geleistet haben, alle Schwierigkeiten draußen an der Front mitgemacht haben, die rechts und links Freunde und Verwandte betrauern, die draußen ihr Leben gelassen haben oder zu Krüppeln geworden sind, und die nun heimkehren und alle Plätze an den Hochschulen und an den Mittelschulen mit den Juden besetzt sehen (So ist es!), die aus Galizien zugewandert sind, sich hier unter allen möglichen listigen Vorstreuungen, unter Umständen auch durch Bezeichnung als Rabbinatskandidaten der Militärpflicht entzogen haben (So ist es!), hier nicht nur alle Plätze an den Schulen besetzen, sondern außerdem noch den Studierenden jede Möglichkeit nehmen, nach Beendigung des Studiums sich eine selbständige Existenz zu gründen. Demi wir haben ja nicht nur jüdische Studenten in großer und schwerer Menge herbekommen, sondern wir haben ja auch jüdische Intellektuelle herbekommen, die sich hier breitmacht haben. Während der arische Advokat seine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllt hat, hat jener da und dort seine Kanzlei aufgemacht und hat sich in Wien und in der Provinz niedergelassen. Wir sind auch mit einer Unzahl von jüdischen Ärzten, die sich überall hinsezten, überflutet. Und wenn man früher einmal spottweise gesagt hat: Wo san's klane Häusl, san's klane Zimma, schaute wo an Böhm heraus, san's gwiss zehne drima, so gilt das jetzt noch vielmehr von den Juden. Wo ein Jude sich einmal niedergesetzt, dort ist die ganze Mischnpoche in sehr kurzer Zeit hinter ihm. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

So haben wir eine Verjüngung des ganzen Standes der freien intellektuellen Gewerbe. Aber auch in der Beamenschaft drängt sich das Judentum unerhört vor und namentlich, seitdem die Republik gelaubt, im Namen der Demokratie und der staatsbürgerlichen Freiheit vor jedem Judenten dreimal sich verneigen zu müssen (Sehr gut!), damit er sich nicht über Zurücksetzung beklage, finden sie auch in allen Staatsämtern wie in allen öffentlichen Ämtern ungehinderten Eintritt. Es ist ja gar kein Geheimnis, daß, während bei verschiedenen Ämtern

die Aufnahmisperre für Beamte verhängt ist, die Juden es sehr gut verstehen, trotzdem in irgend einer Form, und sei es auch nur als Vertragsbeamte, sich den Weg in die öffentlichen Ämter zu ebnen. Nun denken Sie sich in die Stimmung dieser Studenten hinein, die sich sagen müssen: Ist das der Dank des Vaterlandes? Und denken Sie sich weiter in die Stimmung der Leute hinein, die nicht nur den Schaden sehen, sondern sich immer wieder auch noch verspottet und verhöhnt sehen: Wenn die östgalizische Jüdin, die mit dem Blutgeld, das der Mann aus der Not unseres Volkes herausgesogen hat, aufgeputzt wie ein lächerlicher Palmeisel durch die Straßen herumstolziert, wenn der östgalizische Jude, der die ganze Woche über von Bucher und Betrug gelebt hat, am Sonntag mit seiner aufgedonierten Kalle auch noch die Atmosphäre des Wiener Heurigen in seiner anmaßenden, prahlenden, überhebenden Art verpestet, und wenn insbesondere die Studenten sehen, wie sie an der Hochschule verhöhnt und verachtet werden von Professoren und Studenten, dann, verehrte, sagen Sie nicht, die Studentendemonstrationen sind ein Ausflug rückständiger Gesinnung, einer Verkommenheit gewisser akademischer Kreise, ein Verfallen in Barbarei und in alte finstere Zeiten zurück, sondern dann begreifen Sie: das ist der elementare Ausbruch einer unterdrückten Volksseele, die hilflos diesem Zustande gegenübersteht. (Großer Beifall und Händeklatschen.)

Verehrte Frauen und Herren! Wenn der Herr Kollege Stricker gesagt hat, er kennt zwischen Ost- und Westjuden keinen Unterschied, er erklärt sich mit beiden solidarisch, so habe ich mit ihm darüber nicht zu rechten. Mein Beruf ist es nicht, just den Westjuden eine bessere und höhere Kultur, bessere und höhere Sitten zuzuschreiben und etwa noch dabei den Widerspruch des Herrn Kollegen Stricker zu riskieren. Wenn er findet, daß sie ein Pack sind, so habe ich dagegen wirklich nichts einzuwenden. Wogegen ich mich aber wehren muß, ist, daß er hier mit einem solch sittlichen Pathos gesprochen hat, daß er im Mitleid und Entschuldigungsgründe für seine Landsleute und Volksgenossen geworben hat mit dem Hinweise darauf, daß die Juden eigentlich nicht schuld sind, daß sie so sind, wie sie sind. Da muß ich ihm widersprechen. Er meinte, es sei richtig, daß die Juden dem Bucher sehr zugetan sind, aber das sei darauf zurückzuführen, daß die Päpste strenge Verordnungen herausgegeben haben, welche den Christen das Zinsnehmen verbieten, und daß die Päpste sogar Verordnungen herausgegeben haben, wonach gestohlenes Gut zurückgegeben werden müsse. Die armen Juden haben aber keine solchen Päpste gehabt und darum glauben sie, daß sie wuchern und stehlen dürfen und sind infolgedessen so schlecht geworden. Ich

möchte da doch die theologischen Kenntnisse des Herrn Stricker ein wenig unterstützen. Ich bin bei Gott auch nicht sehr fest in dieser Wissenschaft. Ich möchte mir aber erlauben, Herrn Stricker aufmerksam zu machen, daß das Stehlen den Christen nicht durch päpstliche Erlässe verboten worden ist. Das Stehlen ist der ganzen Menschheit an dem Tage verboten worden, an dem der Herrgott durch Moses das siebente Gebot „Du sollst nicht stehlen“ gegeben hat. (Lebhafte Beifall.) Und der Hang der Juden zu diesen auch vom Herrn Stricker gehafteten Eigenschaften datiert nicht erst seit den angeführten Erlässen der katholischen Päpste, sondern bei diesem Hang hat sie schon seinerzeit Moses überrascht, als er vom Berge herunterstieg und sah, wie nach der Rückkehr aus Ägypten seine Juden den Tanz um das goldene Kalb aufgeführt haben. (Heiterkeit und Beifall.) Es ist also eine sehr alte Unsitte und wir und die Päpste sind an dieser Entartung der jüdischen Moral wahrhaftig unschuldig.

Was nun, verehrte Frauen und Herren — ich wiederhole — sich hier in diesen Studentenkrawallen äußert, das ist der Ausbruch lange zurückgehaltenen Zorns (So ist es!), das ist der Ausbruch der Leidenschaftlichkeit eines Volkes, das sich von seinen Führern und seiner Regierung verlassen fühlt. Daz das bei den Studenten zuerst zum Ausbruche kommt, erklärt sich daraus, daß die Studenten eben junge Leute sind, und bei jungen Leuten die Begeisterung sehr häufig die Entschließungen mehr bestimmt als ruhige, kühle Verstandeserwägungen. Hohes Haus und Herr Staatssekretär des Innern! Das, was Sie von den Studenten erlebt haben und was wir so unendlich bedauern, das können Sie erleben im großen Stile unter Mitwirkung Tausender sozialdemokratischer Arbeiter als eine Volkserhebung in des Wortes vollster Bedeutung. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) — Abgeordneter Witternigg: Aber die Millionen vom Rothschild haben Sie genommen! Mit solchen Vorzelachs, Herr Abgeordneter Witternigg, können Sie in Salzburg imponieren, in der Nationalversammlung aber können Sie sich sie ersparen.

Meine Herren! Wir wünschen solche Erscheinungen nicht, wir verurteilen solche Erscheinungen, wir verurteilen auch, daß die deutschen Studenten sich zu solchen Ausschreitungen haben hinreissen lassen und ich will von dieser Stelle die deutschen Studenten eindringlichst gebeten haben, daß sie eine Wiederholung solcher Dinge nicht vornehmen. Aber das geht natürlich nicht einseitig an die Studenten, sondern das geht auch an die Regierung, die Vorsorge treffen muß, daß die Ursachen behoben werden; dann bleibt die Wirkung ganz von selber aus. (Beifall.) Und was gibt es nun für Mittel, um dagegen einzuschreiten? Das Staatsamt des Innern

soll die Ostjuden, die freiwillig nicht gehen wollen, ausweisen. Nun weist das Staatsamt des Innern darauf hin, daß es ja von seiner Seite geschieht, daß aber so unendlich große Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Sie liegen in unserem Verhältnis gegenüber Polen, mit dem wir doch in ein halbwegs freundliches Verhältnis gelangen wollen, und die Polen haben keine Sehnsucht, ihre Landsleute wieder zurückzubekommen. (Heiterkeit.) Ich kann das den Polen wirklich nachempfinden; aber weil die Polen keine Sehnsucht haben, ihre Landsleute wieder zurückzubekommen, können wir doch nicht verurteilt sein, die angenehme Gesellschaft seiner Landsleute dauernd zu ertragen! (So ist es!) Es werden gewiß Schwierigkeiten vorhanden sein, aber in diesem Ausmaße als Entschuldigung für die Rücksichtnahme auf dem Gebiete der Ausweisung der Ostjuden kann ich an sie nicht glauben.

Aber item, nehmen wir an, daß diese Schwierigkeiten wirklich bestehen; dann gibt es noch ein anderes Mittel, das auch schon erprobt worden ist, freilich merkwürdigerweise auch wieder nicht gegenüber den Juden, aber das war ja das Sündenregister der alten Monarchie. Die alte Monarchie hat für Flüchtlinge zweierlei Methoden gehabt: die eine Methode bestand in der Errichtung von Konzentrationslagern, die zweite Methode in der Zuweisung und in der Zulassung voller Bewegungsfreiheit an bestimmten Orten. Die erstere Methode wurde gegen alle arischen Flüchtlinge der alten Monarchie angewendet. Die ruthenischen Bauern hat man in Flüchtlingslager eingesperrt, in Konzentrationslager, und hat sie dort nicht immer gut behandelt. Die italienischen Flüchtlinge hat man auch in Flüchtlingslager eingesperrt, die rumänischen Flüchtlinge desgleichen. Wo immer Flüchtlinge arischer Abkunft hingekommen sind, ob sie nun Bauern oder Arbeiter oder Bürger waren, man hat sie unbarmherzig in die Konzentrationslager gesteckt und hat sie dort wie eine Herde Vieh behandelt, gewartet und gefüttert. Die Juden hat man frei gelassen. Man hat das damit begründet, daß die Juden auf einer höheren Kulturstufe stehend als diese rücksichtigen arischen armen Teufel sich auch bald im Kreise der übrigen Bevölkerung werden zu bewegen wissen. Das war ein Laster, ein Mißgriff der alten Monarchie.

Wir könnten aber auch auf das zurückgreifen, wir könnten die Juden vor die Wahl stellen, entweder freiwillig auszuwandern oder aber in die Konzentrationslager gesteckt zu werden. Wenn unser Staat kein Mittel hat, die Juden auszuweisen, dagegen gibt es völkerrechtlich und nach dem Friedensvertrag von Saint Germain gar keine Einwendung und keine Befürchtung, daß die Juden in Konzentrationslager hineingesteckt werden; dagegen ist gar nichts einzuwenden, von keinem Gesichtspunkte aus, und wir fordern daher, daß, wenn

die Juden, soweit sie nicht ausgewiesen werden können und soweit sie nicht freiwillig gehen, unverzüglich in solchen Konzentrationslagern interniert werden. Als ich kürzlich diesen Gedanken aussprach, hat mir ein Herr gesagt: Wer wird denn das zahlen, was das kostet? Wer das zahlen wird? Ich bin überzeugt, wenn unser Volk weiß, daß es von diesen Elementen nicht mehr bewichert wird, wird es gerne seine Zustimmung geben, daß aus Staatsmitteln, eventuell durch Einhebung einer eigenen Kopfsteuer, die Kosten für die Erhaltung der Juden in den Konzentrationslagern aufgebracht werden. Im übrigen meine ich, gäbe es aber auch da noch ein anderes Mittel. Wir haben eine gemeinsame Liquidierung und das könnte ganz gut auf Kosten der gemeinsamen Liquidierung gehen.

Die neue Republik Polen hat ja auch Ansprüche an den gemeinsamen Staat und wir werden seine Ansprüche vorläufig für die Verpflegung seiner uns lästigen Staatsbürger in den Konzentrationslagern efortzieren.

Hohes Haus! Es hat der Abgeordnete Stricker die Frage auch noch weiter ausführlich behandelt und die Juden und die Stellung derselben als Volk zum Gegenstand seiner Ausführung gemacht. Ich danke ihm, daß er die Juden als ein einheitliches Bierzehnmillionenvolk bezeichnet hat. Ich danke ihm insbesondere dafür, daß er die Auferkunft des Herrn Staatskanzlers, es sei noch strittig, ob die Juden ein Volk seien, dahin beantwortet hat, daß hierüber eine Streitsfrage nicht bestehen könne, das sei längst entschieden auch durch den Friedensvertrag und durch die Friedenskonferenz, daß die Juden ein Volk sind. Ich danke ihm hierfür und erkläre ihm als Ausdruck meines Dankes, daß ich mich voll und ganz auf seinem Standpunkt stelle. Ich bin mit ihm auch der Meinung, daß der Herr Staatskanzler ganz unrecht hat; die Frage, ob die Juden ein einheitliches Volk sind, ist nicht strittig, die Frage ist vollständig geklärt. Nur ziehe ich aus dieser Tatsache andere Konsequenzen als sie der Herr Abgeordnete Stricker gezogen hat, insbesondere im Zusammenhange damit, daß er festgestellt hat, daß dieses Bierzehnmillionenvolk nun auch staatliche Souveränität bekommen hat, indem ihm Palästina als Heimatland zugesprochen worden ist. Und ich konstatiere nur, daß jeder Österreicher außerhalb der Grenze seines Landes, überall, wo er in der Welt hinkommt, als Ausländer behandelt wird und so geht es natürlich auch jedem Tschecho-Slowaken, der zu uns kommt; der ist ein Ausländer und es hat der Herr Abgeordnete Müller-Guttenbrunn sehr anschaulich dargestellt, wie unsere Staatsämter diese Auffassung gegenüber den arischen deutschen Studenten vertreten, daß sie darauf bedacht sind, ihn nicht als Deutschen hier zu behandeln, sondern, weil er tschechoslowakischer

Staatsbürger ist, als Ausländer, als Tschecho-Slowaken. Und da meine ich nun: das, was Grundgesetz in der ganzen Welt ist, das muß auch Grundgesetz für die Juden sein.

Die Deutschen sind ja mehr als 14 Millionen stark und doch werden sie außerhalb Deutschlands und Österreichs in allen Staaten als Ausländer behandelt und haben sich überall den Gesetzen des Staates unterzuordnen, in dem sie sich als Ausländer befinden. Herr Stricker meint nun aber, es könne der Zustand aufrecht erhalten werden, daß die Juden eigene staatliche Souveränität erhalten, daß man sie als eigenes geschlossenes Volksganzen anerkennt und daß man ihnen zu ihrer staatlichen und zu ihrer Volkssouveränität auch noch das Recht gibt, in jedem ausländischen Staate die Herrscher dieses ausländischen Staates zu sein, und wo sie es noch nicht sind, zu werden. Nein! Sind die Juden ein eigenes Volk und haben die Juden eigene staatliche Souveränität, dann sind sie bei uns Ausländer und haben hier nur Anspruch auf jene Rechte, die ihnen durch den Minoritätschutz im Friedensvertrage gewährleistet sind und darüber hinaus absolut keine weiteren Rechte. Wir verlangen daher, daß in der österreichischen Nationalversammlung ein Gesetz beschlossen werde, welches die Rechtsverhältnisse der Juden als ausländisches Minoritätenvolk in Österreich regelt. (Bravo! Bravo!) Dies wollte ich hier noch ausgeführt haben.

Nun komme ich zu einer zweiten Frage, die uns zeigt, wie es um die Ordnung bei uns bestellt ist, das ist die Frage der Rätewirtschaft, oder, besser gesagt, der Rätemarktwirtschaft. Wir haben ein ganzes System von Räten, das sich aus dem Umsturz bis in unsere heutigen Tage hinein behauptet hat. Wir haben Arbeiterräte, Invalidenräte, Soldatenräte, Betriebsräte und weiß Gott was für Räte noch. (Ruf: Bauernräte!) Auch Bauernräte, Bürger- und Ständeräte. Aber der Effekt des Bestandes so vieler Räte ist der, daß der Staatssekretär für Inneres vollständig ratlos ist.

Meine Herren! Was sind denn die Arbeiterräte oder diese Räte überhaupt? Darüber hat uns der Obmann des Kreisarbeiterrates Wien, der Herr Abgeordnete Dr. Adler, Aufschluß gegeben. Er meinte, die Räteorganisationen sind die Revolution in Permanenz. Er hat sie damit auch gar nicht unrichtig beurteilt; das sind sie. Nur stelle ich die Frage, ob ein Volk eine Revolution in Permanenz ertragen kann. Jede Revolution und wenn sie noch so gerechtfertigt ist, ist doch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel, zu einem bestimmten Zwecke zu gelangen. Die Revolution, die jetzt Österreich und Deutschland betroffen hat, hat doch nur den einen Sinn gehabt, an die Stelle der Monarchie die Republik und an die Stelle der Autokratie die Demokratie zu setzen. Diesen Zweck hat die Revolution erreicht. Wir haben

heute die Republik und wir haben heute, wenigstens nach unseren Grundgesetzen, auch die Demokratie. Damit hat die Revolution ihre Aufgabe erschöpft, wenn sie in den Arbeiterräten weiter wirkt, so ist das die Revolution gegen den Erfolg der Revolution, ist das die Revolution gegen die Republik und die Revolution gegen die Demokratie. Das können wir natürlich nicht brauchen. Das können wir aber auch nicht ertragen. Wir brauchen die Revolution nicht in Permanenz, wir können sie nicht ertragen und daher gibt es keine andere Folgewirkung als die, daß die Räteorganisationen ihre Existenzberechtigung verloren haben, daß sie das einbekennen und daß sie sich auch dieser Erkenntnis unterzuordnen haben.

In der Republik, heißt es, kommt alles Recht vom Volke und wird alles Recht durch das Volk ausgeübt. Das besagt in seinen Schlussfolgerungen nur eines: daß in einer Republik die vom Volk eingesetzten Behörden und Organe und die von den Organen des Volkes beschlossenen Gesetze höchste und unbestrittene Autorität sind. In der Monarchie, wo auch alles Recht vom Volke kommt, aber nicht durch das Volk ausgeübt wird, kann es ja eine Abneigung gegen Behörden und Gesetze geben, weil Behörden und Gesetze nicht immer der Ausdruck der Willensmeinung des Volkes sind, sondern oft nur der Ausdruck der Willensmeinung herrschender Kreise, das Werkzeug in den Händen oft weniger Personen darstellen. In der Republik ist das ausgeschlossen und daher gibt es in der Republik keine andere Autorität, als die vom Volk eingesetzte Nationalversammlung, die von dieser Nationalversammlung eingesetzte Regierung und die von dieser Nationalversammlung beschlossenen Gesetze. Und wer nicht Revolutionär, wer nicht Hochverrät an der Republik ist, hat sich diesen Organen, diesen Institutionen, aus dem Willen des Volkes heraus geboren, unterzuordnen und zu fügen. (Abgeordneter Smitska: Auch die Bauern und die Länder!) Auch die Bauernräte! Ich nehme da gar keine Räteinstitution aus und will nur bestätigen, was Dr. Adler gesagt hat: Die Räte in ihrem Bestande sind faktisch die Fortsetzung der Revolution, die permanente Revolution. In dieser Erkenntnis wenden wir uns mit aller Entschiedenheit und mit allem Nachdruck gegen den Bestand, vor allem anderen aber gegen die Rechtsanmaßungen, die sich die einzelnen Räteorganisationen herausnehmen. Aber wir müßten, wenn wir auch nicht aus diesen theoretischen Erwägungen heraus das Rätesystem ablehnen würden, aus den praktischen Erfahrungen gegen das Rätesystem entschieden Stellung nehmen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Rätesystem, beziehungsweise seine Eingriffe unseren ganzen Ernährungsdienst, soweit er noch durcheinander gebracht werden konnte, restlos durcheinander gebracht und auch die Durchführung des Ernährungsdienstes

außerordentlich erschwert hat. (Zwischenrufe. — Abgeordneter Witternig: Die Bauernräte!) Gewiß auch! (Gegenrufe: Die Arbeiterräte!) Ich bitte, sich nicht immer auf die Bauernräte zu beufen. Ich sage Ihnen ganz allgemein: die Räte! (Ruf: Bauer, das ist etwas anderes!) Nein, das ist gar nichts anderes, der Bauernrat ist gerade so eine Revolution wie der Arbeiterrat. Nur ist der Bauernrat die Revolution gegen den revolutionären Arbeiterrat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.) Wir wollen weder Bauernräte noch Arbeiterräte, wir wollen die Republik und die Organe, die aus dem Willen des Volkes, von dem angeblich in der Republik alles kommt, zur Besorgung seiner Geschäfte eingesetzt worden sind. (Zustimmung.)

Was sich auf dem Gebiete des Ernährungsdienstes abgespielt hat, spottet wirklich jeder Beschreibung. Wir haben in Niederösterreich zum Beispiel erlebt, daß die Staatsregierung einen Höchstpreis für Getreide festgesetzt und natürlich jeden mit schwerer Strafe bedroht hat, der diesen Höchstpreis überschreitet. Was hat sich nun ereignet? Daß wir eine ganze Organisation in Niederösterreich gehabt haben, welche für das Getreide einen Preis von 4 K und außerdem noch eine Vermittlerprämie von 1 K bezahlt hat. (Hört! Hört!) An der Spitze dieser Organisation ist ein Mann gestanden, dessen Namen nicht zu nennen, ich gar keine Veranlassung habe, und zwar der Herr Feiertag. Verehrte Frauen und Herren! Ich habe wiederholt Beschwerde beim Ernährungsamt gegen diese Institution eingelegt, wiederholt, jedes Einschreiten war vergeblich. Ich habe einmal Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß diese famose Institution wieder eine große Getreideschiebung durchführt, daß in Schwechat am Bahnhof der Landesbahn vier Waggons solchen Getreides stehen.

Ich habe das Einschreiten des Ernährungsamtes verlangt, es wurde eingeschritten, es hat sich aber herausgestellt, daß das Getreide vom Bahnhof verschwunden ist; die Spuren, so heißt es in dem Berichte, den ich bekommen habe, führten in die Mühle in Enzersdorf an der Thaya, aber dort haben die Erhebungen ergeben, daß das Getreide spurlos verschwunden ist. Solche Dinge können sich ereignen, gut; aber wenn sie sich ereignen, sollte man glauben, daß es dann eine Möglichkeit gibt, dagegen einzuschreiten. Diese Möglichkeit gibt es aber in diesem Falle nicht, weil das Ernährungsamt selber eingestehen mußte, daß der Träger und Organisator dieser Umtreibe sich eines besonderen hohen Schutzes erfreut. Wie der Schutz ausschaut, wer da dahinter steckt, kann man sich leicht entziffern, wenn man hört, daß der Mann bei außerordentlicher Beförderung extra statum den Titel eines Bezirkshauptmannes erhalten hat, den ihm natürlich nur die Landesregierung, beziehungsweise

die Staatsregierung verleihen kann. Man hat mir wiederholt gesagt, gegen den Mann kommt man nicht auf, denn hinter ihm steht die Landesregierung und das Staatsamt des Innern. (Hört! Hört!) Es wird ja vielleicht der Herr Staatssekretär Eldersch: Sehr richtig!), den Sachverhalt, den ich heute nicht zum erstenmal bespreche — denn schon vor Monaten habe ich ihn in einer großen Versammlung im Rathaus drüben bekanntgegeben — endlich einmal aufzuklären.

Der Aufklärung bedarf dieser Fall um so mehr, als ich erst kürzlich in der Lage war, die Landesregierung, das Kriegswucheramt und das Ernährungsamt aufmerksam zu machen, daß sich in Schwechat wieder eine große Zuckerschiebung vollzieht, daß dort mehrere Waggons Zucker vorhanden sind, die man dann, um sie der öffentlichen Kontrolle zu entziehen, unter den Schutz des Soldatenrates in die Artilleriekaserne nach Kaiser-Ebersdorf überführt hat. (Hört! Hört!) Ich war bisher nicht in der Lage, eine Aufklärung zu erhalten, was denn eigentlich in diesem Falle geschehen ist, ob man die Schiebung eingestellt hat, ob der Zucker beschlagnahmt wurde und wie der Zucker dorthin waggonweise gekommen ist.

Sie werden fragen, in welchem Zusammenhange das mit der Räteorganisation steht. Die Getreideschiebung in Schwechat war dem Arbeiterrat in Schwechat bekannt (Hört!) und der Arbeiterrat von Schwechat hat die Männer für diese Schieberei gemacht (Hört!), er hat sich bemüht, zu verhindern, daß dagegen eine Anzeige an das Ernährungsamt erstattet wird. Verehrte Frauen und Herren! Es heißt, der Arbeiterrat habe Kontrolle zu üben, damit die Behörden ordentlich funktionieren. Ich weiß nicht gegen wen sich das richtet; ob der Arbeiterrat kein Vertrauen zu seinen Staatssekretären, Landeshauptleuten usw. hat, das zu untersuchen geht mich ja weiter nichts an. Ich meine aber, es hat auch der Arbeiterrat keine Kontrolle zu üben. Das Schönste aber ist, daß er in seiner Kontrolle kontrolllos bleiben will. (So ist es!)

Im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Inneres ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß in die Kriegswucherämter von Wien auch Vertreter der christlichen Arbeiterschaft entsendet werden. Und was ist geschehen? Als die Leute, die über Auftrag und mit Zustimmung des Staatsamtes bei der Polizeidirektion einen Kurs durchgemacht hatten, bei der Polizeidirektion eine Prüfung abgelegt hatten, bei der Polizeidirektion das Gesöbnis abgelegt hatten, von der Polizeidirektion die Legitimationen mit Photographien als Mitglieder des Kriegswucheramtes ausgestellt erhalten hatten und dann ihren Dienst bei den Kriegswucherämtern

antreten wollten, wurde ihnen der Eintritt in das Amt verwehrt und ihnen mitgeteilt, der Kreisarbeiterrat habe beschlossen, es dürften außer den sozialdemokratischen Arbeiterräten keine anderen Leute am Kriegswucheramt teilnehmen. (Zwischenrufe.) Natürlich gilt das auch vom Zentralkriegswucheramt, wo gleichfalls die Zulassung von Vertretern der christlichsozialen Partei hintangehalten wurde, unter Androhung von Brachialgewalt. Ich muß schon sagen: was ist das für eine Ordnung? Was ist das für eine Kontrolle, die die Kontrolle anderer Parteiangehöriger unter allen Umständen, selbst auf die Gefahr, den eigenen Staatssekretär bloßzustellen, verhindert? Das muß eine Kontrolle sein, die das Licht des Tages zu scheuen hat. (Sehr richtig!) Zu einer anderen Vermutung kann man nicht kommen. Ich habe diese Vermutung nicht gern ausgesprochen, aber ich muß sagen, man kommt zu keinem anderen Ergebnis. Und was ist das für eine Ordnung, wenn die Staatsregierung etwas verfügt und Organe des Arbeiterrates sagen, diese Verfügung der Staatsregierung werde einfach nicht durchgeführt, gegenüber welcher Entscheidung des Arbeiterrates auch der Herr Staatssekretär ratlos ist. Bisher ist nur eine Entscheidung getroffen worden, das ist die, daß die Sozialdemokraten, um den Herrn Staatssekretär seine Stellung einigermaßen zu erleichtern, ihre Arbeiterräte aus den Bezirkswucherstellen auch zurückgezogen haben, was selbstverständlich zur Folge hat, daß auch wir nicht darauf bestehen, daß solche von uns nominierte Vertrauensmänner an den Kriegswucherämtern der Bezirke teilnehmen. Bezeichnend ist aber nur, daß dieser herzhafte Entschluß des Kreisarbeiterrates, seine Vertrauensmänner aus den Bezirkswucherstellen zurückzuziehen, zusammenfällt mit der anderen Tatsache, daß der 500.000 K.-Kredit, welcher für die Bezahlung der Teilnehmer an den Bezirkswucherämtern ausgeschüttet worden ist, vollständig aufgebraucht ist (Heiterkeit), und Sie sich natürlich denken müssen, daß unter solchen Umständen keine Möglichkeit mehr besteht, für die Bezirkswucherstellen einen neuen Kredit zu bekommen; ohne Kredit aber, scheint es, haben die Herren auch gar kein Interesse am Kriegswucher, da wird er auch für sie gleichgültig.

Eine andere Sache, die zeigt, in welcher Ordnung wir uns befinden, will ich auch nur zur Illustration anführen. In St. Pölten bestand ein Magazin aus dem Kriege her, das natürlich Staats-eigentum ist. Das hindert aber den dortigen Soldatenrat gar nicht, die in diesem Magazin vorhandenen Textilwaren einfach mit Beschlag zu belegen. Er hat sie an die Eisenbahner von St. Pölten verkauft und diese Eisenbahner haben sich wieder an das Staatsamt für Verkehr mit dem Ersuchen gewendet, das Staatsamt möge den notwendigen

Kredit vorschußweise zur Verfügung stellen. Das Staatsamt hat diesem Ansuchen mit dem Bemerkung entsprochen, daß aber mit den aus diesem Kredit gekauften Waren alle Staatsbahnbediensteten ohne Unterschied der Partei und ohne Unterschied der Dienststellung beteiligt werden müssen. Das wäre auch durchgeführt worden und die Eisenbahner haben auch die Verpflichtung übernommen. Daraufhin erklärt der Soldatenrat von St. Pölten: Das gibt es nicht, diese Artikel dürfen nur an solche verteilt werden, die bei der sozialdemokratischen Organisation sind oder sich zu der sozialdemokratischen Organisation als Mitglieder anmelden. (Hört! Hört!) So ist dann faktisch die Sache durchgeführt worden und das Staatsamt für Verkehrsweisen weiß in seinem Berichte nichts anderes zu sagen, als die Tatsache besteht, es habe sich mit dieser Tatsache abgefunden, denn so haben die Sozialdemokraten etwas bekommen; wenn das Staatsamt darauf nicht eingegangen wäre, hätten die sozialdemokratischen Eisenbahner auch nichts bekommen und man möge sich damit zufrieden geben. Ich muß sagen, diese Auffassung und Darstellung der Staatsgewalt, wie sie in diesem Lichte erscheint, kann meine Zustimmung absolut nicht finden; denn zuerst hätte gefragt werden müssen, mit welchem Rechte der Soldatenrat von St. Pölten Staatseigentum beschlagnahmt und mit welchem Rechte er es verkauft. Das wäre eine Frage gewesen, die zuerst hätte untersucht und klargestellt werden müssen, und da wäre man dazu gekommen, daß der Soldatenrat von St. Pölten nichts zu beschlagnahmen und nichts zu verkaufen hat.

Im übrigen erhellt auch daraus, welch elender Seelenschachter mit Staatseigentum und Staatsvermögen getrieben wird, und die Sozialdemokraten mögen sich nicht mit dem Aufschwung ihrer Organisation brüsten, mit der Steigerung ihrer Mitgliederliste. Wenn die Steigerung durch solche Mittel herbeigeführt wird, ist sie keine Ehre, sondern eine Schande. (Bravo! — Abgeordneter Witternigg: Das tut Ihnen halt weh, daß die Sozialdemokraten so stark sind!) Das tut mir weh, aber nicht als Christlichsozialem, sondern als Bürger dieser Republik, der mitanschauen muß, daß die Republik durch solche Vorkommenisse immer mehr und mehr geschädigt wird. (Zustimmung.)

Wir haben noch eine andere Sorte von Räten, das sind die Soldatenräte. Im Zusammenhang damit haben wir dieser Tage auch ein schönes Erlebnis gehabt. Die Armee als Zensor der Versammlungsfreiheit, die Armee, die die Versammlungen einfach mit Brachialgewalt aufheben und verbieten will!

Ich weiß, daß der Herr Staatssekretär für Heereswesen dagegen einen Erlaß herausgegeben hat. Aber wie dieser Erlaß befolgt worden ist,

haben die Tatsachen bewiesen. Nun aber handelt es sich nicht darum, daß Erlässe herausgegeben und überschritten werden, es handelt sich darum, daß die Staatsregierung die Entschlossenheit aufbringt und über die Kraft verfügt, solchen Erscheinungen entgegenzutreten und sie ein für allemal unmöglich zu machen.

So stellt sich aber heraus, daß der Soldatenrat von Wien eigentlich mehr ist als der Soldatenrat der alten Volkswehr, daß er sich eigentlich schon die Kommandogewalt über die neue Armee angeeignet hat. Darüber selbst will ich nicht sprechen, weil das nicht in das Kapitel des Innern gehört, sondern unter Heereswesen. Worüber ich reden will und woran wir hier interessiert sind, ist die Stellung des Staatsamtes des Innern zu solchen Erscheinungen. Wenn das Staatsamt für Heereswesen seine Leute nicht in Ordnung zu halten vermag, so hat doch der Herr Staatssekretär des Innern die Verpflichtung, die Versammlungsfreiheit auch gegen zügellose und disziplinlose Soldaten des Herrn Dr. Deutsch zu verteidigen. Was sehen wir aber hier? Wir sehen, daß sich auch das Staatsamt des Innern mit diesen Dingen abfindet und sich glücklich fühlt, wenn es nur mit einem blauen Auge davon kommt.

Wir haben eine Reihe von solchen Erscheinungen äußerst beklagenswerter Art. Wir haben den Vorfall in Berg. Einen Bezirkshauptmann hat man halb tot geprügelt. Erklärungsgründe dafür gar keine. Bitte, es kann auch im bestverwalteten Staate und es kann beim besten Staatssekretär des Innern vorkommen, daß ein Bezirkshauptmann halb tot geprügelt wird. Das kann immer vorkommen. Aber was nicht vorkommen darf, ist, daß gegen die Leute, die das Gesetz so brutal übertreten, nicht eingegriffen wird. (Sehr richtig!) Und in Berg ist man bis zum heutigen Tag nicht eingegriffen, es ist niemand verhaftet worden, wie man es in einer anderen oberösterreichischen Stadt innerhalb zweier Stunden auf telephonischem Wege verfügt hat, weil ein sozialdemokratischer Redner in einer Wirtshausrauferei etwas verprügelt worden ist. Es ist noch keine Untersuchung eingeleitet, es ist keine Anklage erhoben, man hat sich damit geholfen, daß man den halb tot geprügelten und für sein Leben arbeitsunfähig gewordenen Bezirkshauptmann außertourlich zum Hofrat ernannt hat. (Heiterkeit.) Das mag ja vielleicht ein Pflaster sein auf die Wunden des mißhandelten Bezirkshauptmannes, aber ein Pflaster auf die Wunde, die der öffentlichen Ordnung geschlagen wurde, ist das nicht. (Sehr richtig!)

Der Bezirkshauptmann kann sich mit der außertourlichen Ernennung zum Hofrat zufrieden geben, aber wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß Organe der Republik in so unerhörter

Weise straflos von anderen Leuten mißhandelt und in der Ausübung ihres Amtes behindert werden.

Es handelt sich hier ja gar nicht um den Fall in Berg allein, es handelt sich um die Rückwirkung auf die ganze öffentliche Verwaltung. Wenn der Bezirkshauptmann irgendwo sich sagen muß, wenn ich mich ein bisschen auf den Standpunkt des Gesetzes stelle und mich in Widerspruch mit Arbeiter- oder Soldatenräten bringe, so ergeht es mir so wie meinem Kollegen in Berg, dann wird wahrscheinlich die Mehrzahl der Bezirkshauptleute sagen, es ist doch besser, ich finde mich ab und der Staat geht zugrunde, als ich finde mich nicht ab, rette den Staat und büße dabei meine eigene Gesundheit oder mein Leben ein. Solche Vorfälle sind geeignet, Anarchie in unser öffentliches Leben zu bringen, und darum müssen sie auf das schärfste verurteilt werden, darum muß verlangt werden, daß hier Remedy geschaffen wird.

Über den Fall Neunkirchen brauche ich hier nicht zu reden, er ist ja Gegenstand ausführlicher Behandlung hier gewesen. Aber andeuten darf ich ihn hier, weil er ja typisch ist für die Zustände, in welchen wir leben.

Was hat aber der Herr Staatssekretär des Innern dazu gesagt, daß die Soldaten des Herrn Dr. Deutsch sich herausnehmen, schon regelrechte Belagerungen der Organe des Staatsamtes des Innern zu veranstalten, wie wir es auf der Landstraße gesehen haben, wo die Polizeikaserne einfach von Soldaten umstellt wird, und wo die Polizei dann mit Brachialgewalt, mit gezückter Waffe sich den Ausgang aus der Kaserne freimachen muß? Sind das Zustände, die noch unter dem Titel Ordnung subsumiert werden können? Das sind Zustände, die uns zeigen, daß die staatliche Ordnung sich in vollster Auflösung befindet, daß wir auf dem besten Wege sind, der Anarchie in die Arme zu laufen. Und davor, verehrte Herren, wollen wir nicht als Christlichsoziale uns und unsere Wähler retten, davor wollen wir den ganzen Staat retten, denn wir können zugrunde gehen, aber der Staat muß bleiben als das Volkwerk, in dem unsere Kinder und Kindeskinder eine ruhige, redliche Existenz werden genießen können. (Zustimmung.)

Und so müssen wir uns schließlich dann auch noch fragen, welchen Einfluß das auf die Entwicklung unseres Staates selbst nimmt. Vorfälle, wie ich sie hier gezeigt habe, bleiben nicht ohne Einfluß auf das Ausland. Wenn wir sagen könnten, wir brauchen das Ausland nicht, dann brauchten wir uns auch um den Einfluß und um die Meinung des Auslandes nicht zu kümmern. So aber leben wir von der Gnade des Auslandes einen Tag auf den andern, leben wir davon, daß uns das Ausland die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung

stellt, und unser Wirtschaftsleben davon, ob uns das Ausland Kohle und Rohmaterialien bereitstellen will, unser Staat lebt davon, ob ihm das Ausland Kredit gewähren will. Solche Vorfälle, wie die hier geschilderten, sind in hohem Grade geeignet, unser Ansehen im Auslande zu untergraben und im Auslande die Meinung zu verbreiten, diesem Österreich ist nicht mehr zu helfen, dieses Österreich muß in sich zugrunde gehen, oder, wie ein anderer gesagt hat, dieses Österreich muß man ausbrennen lassen wie einen feuerspeienden Vulkan, früher ist keine Ruhe und keine Ordnung herzustellen. Die Zustände üben natürlich auch den schwersten Einfluß auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Innern aus. Dass jeder Unternehmungsgeist unter solchen Umständen ersterben muß, ist eine Tatsache, für die man einen Beweis nicht mehr anzuführen braucht. Jeder Unternehmungsgeist, im kleinen Gewerbe bis hinauf zur großen Industrie, und jede Unternehmungslust auch draußen auf dem flachen Lande, in den Bauerndörfern, muß zum Ersticken kommen, wenn wir weiterhin in der Atmosphäre bleiben, in die wir uns jetzt versetzt fühlen.

Und so will ich meine Aussführungen schließen, indem ich an das Staatsamt des Innern die Bitte richte, die zugleich eine Mahnung ist: Staatsamt des Innern, werde endlich einmal ein Ordnungsamt und übe deine Pflichten aus in Klugheit, aber auch mit männlicher Achtung und Festhaltung der Gesetze. (Großer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Abgeordnete Dr. Ursin hat zum 3. Abschnitt der Spezialdebatte einen Beschlußantrag gestellt. Ich bringe denselben der hohen Nationalversammlung zur Kenntnis (liest):

„Die Regierung wird aufgefordert, der Nationalversammlung ein Gesetz zu unterbreiten, wonach Ausländer, soweit sie nicht deutscher Nationalität sind, nur im beschränktem Maße zum Studium an den österreichischen Hochschulen zugelassen, Österjuden aber grundsätzlich vom Studium von den österreichischen Schulen ferngehalten werden und von den in Österreich geborenen und nach Österreich zuständigen Juden nur eine dem Zahlenverhältnis der Juden zur Gesamtbevölkerung entsprechende Anzahl an den österreichischen Schulen inskribiert werden darf.“

Dieser Antrag ist genügend unterstellt und steht daher in Verhandlung.

Zum Worte gelangt jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Angerer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Angerer: Hohes Haus! Wir haben soeben aus dem Munde des Herrn Vorrudners gehört, wie die Dinge bei uns aussehen, und wir fühlen es und beobachten es wohl auch bei uns selbst. Was insbesondere den Fall an der Hochschule anbelangt, so muß ich sagen, daß auch wir Käntner mit einem Interesse an dem Kampfe haben, den unsere deutschen Hochschüler hier führen. Denn es ist keine Schulfrage, keine Studentenfrage, sondern eine Volksfrage, die sich hier auftut, weil es auch uns nicht gleichgültig sein kann, welche Ärzte, Richter, Rechtsanwälte in die Bevölkerung hinauskommen und dort ihre Wirksamkeit entfalten.

Ich habe aber nicht die Absicht, über diese Zustände zu sprechen. Ich möchte nur der Besorgnis Ausdruck geben, die bei uns in den Provinzen draußen besteht, indem wir uns sagen: wie wird künftig einer unserer jungen Leute einmal die Hochschule besuchen können bei der ungeheuren Teuerung, die besteht, bei diesen ungeheuren Schwierigkeiten? Wie wird es anderen als außerordentlich vermögenden Kindern möglich sein, nach Wien zu kommen und die Gelegenheit, Bildungsanstalten zu besuchen, auszunutzen? Diese Sorge, daß wir ausgeschlossen werden von der Nutzung der Kulturgüter und der Kulturschätze, möchte ich hier im Anschluß an das, was über unsere Hochschulen gesagt wurde, zum Ausdruck bringen.

Ich will aber eine andere Frage zum Gegenstand meiner Aussführungen machen, die mit den Bestrebungen zusammenhängt, bessere Zeiten und bessere Verhältnisse herbeizuführen, die Frage der Schulreform. Wenn wir von der großen Not sprechen, in der wir uns jetzt befinden, und wenn wir uns die Frage vorlegen, wie erhoffen wir uns einmal einen Ausweg, dann müssen wir uns sagen, wir bedürfen einer sittlichen Erneuerung des ganzen Volkes, weil wir sonst, wenn es so weiter geht, einen Ausweg nicht zu finden vermögen. Wir sehen die wirtschaftliche Not, wir sehen aber auch die äußerste sittliche Verkommenheit, eine höchste moralische Not. Kein Pflichtgefühl, keine Arbeitslust, kein Staatsgefühl, kein Volksgefühl, nur rücksichtsloser Egoismus ist es, was wir heute sehen! Keine Anerkennung des durch Arbeit errungenen Besitztums, keine Anerkennung des Eigentums; Gewalt Raub, Diebstahl stehen auf der Tagesordnung! Das ist die Not, in der wir uns befinden, und wir meinen, aus dieser Not kann uns nur eine innere Erneuerung des Volkes retten, und die muß bei der Jugend anfangen. Daher ist auch nach unserer Meinung die Frage, wie die Neugestaltung unseres Schulwesens beschaffen sein muß, eine eminente Volksfrage, eine eminente Staatsfrage. Ich gebe dem Herrn Berichterstatter vollständig recht, wenn er in seinen Berichtsaus-

führungen erklärt, daß die Schulreform nicht das Werk des individuellen Entschlusses, nicht das Werk eines einzelnen ist, sondern daß dieses Werk geboren ist aus der Not der Zeit. Daz sich aber Männer gefunden haben, welche dieses Werk in Angriff zu nehmen den Mut finden, das verdient alle Achtung und das müssen auch wir von unserer Vereinigung voll und ganz anerkennen.

Wenn wir aber anderseits fragen, ob solche großen Bewegungen in unserem Staate werden durchgeführt werden können mit Rücksicht auf die finanziellen Mittel, die für solche Fragen zur Verfügung stehen, dann allerdings gewinnt die Sache ein anderes Aussehen. Wenn ich nämlich den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses aufschlage und auf Seite 31 finde, daß die Ausgaben im Kapitel „Unterricht“ samt den Nachtragsersfordernissen, die bis Mitte Jänner hier eingetragen sind, nur die Summe von 48 Millionen aufweisen und unter dem Kapitel „Kunst“ samt diesen Nachtragsersfordernissen $3\frac{1}{4}$ Millionen ausgewiesen sind, so ist das bei einem Budget, welches über 13 Milliarden Kronen Ausgaben beinhaltet, doch ein sehr, sehr bescheidenes Betrag. Wir sind der Meinung, so wie es jetzt im Budget zum Ausdruck kommt, wird es künftig hin nicht mehr sein können; denn mit dem bloßen guten Willen läßt sich die neue Schule nicht schaffen. Es wird der Herr Staatssekretär für Finanzen dafür Sorge tragen, müssen, daß auch für die geistigen Bestrebungen Mittel flüssig gemacht werden; man darf nicht wie der alte Staat die Schule bloß als Mittel zum Zweck benutzen, die Leistungen aber den Ländern und Gemeinden überlassen. Das geht natürlich nicht. Wir beklagen es daher, daß unter den 13 Milliarden Ausgaben, die unser Staatshaushalt aufweist, kaum 50 Millionen für Unterricht und Kunst zusammen ausgeworfen sind.

Allein vorerst ist wohl auch der gute Wille anzuerkennen. Es muß erklärt werden — und ich stehe nicht an, es zu tun —, daß wir die Arbeiten, die im Unterrichtsamte durchgeführt werden, mit dem größten Interesse verfolgen und daß wir sagen können, daß wir im großen und ganzen mit diesen Arbeiten durchaus einverstanden sein können. Wir wissen, daß wir vor allem an die Stelle der Lern- und Buchschule eine Schule setzen müssen, in der nach den Grundsätzen der Arbeitsschule unterrichtet wird.

Wir wissen, daß es nur auf diese Weise möglich sein wird, daß alle die jungen Leute einmal zu Männern und Frauen heranwachsen, deren Kraft voll und ganz ausgenutzt und in den Dienst der Allgemeinheit wird gestellt werden können.

Wir sind ferner voll und ganz einverstanden, wenn der Grundsatz der Bodenständigkeit des Unterrichtes vertreten wird, und wenn, wie es der Herr

Unterstaatssekretär in seinem Berichte vom 22. Oktober 1919 ausgeführt hat, erklärt wird, daß von der geistigen Besitzergreifung der Heimat zur Liebe zur Nation und zum Verständnis der wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen aller Völker emporgestiegen werden soll. Wir sind der Meinung, daß der Grundgedanke unserer Schulbildung der des Volkstums sein muß, der Bodenständigkeit, und das alles Fremde so viel als möglich zurückgedrängt und ausgeschaltet werden muß. Von der geistigen Besitzergreifung der Heimat zur Liebe zur Nation, das ist der Weg, den auch der Herr Unterstaatssekretär in seinem Bericht angedeutet hat. Wir stimmen ihm da vollständig bei. Allein ich kann nicht verhehlen, daß wir befürchten, daß diesen richtigen Bestrebungen andere Bestrebungen gegenüberstehen, die an die Stelle der völkischen Schule eine Schule setzen möchten, die nichts weniger als eine Schule ist, die diesen Bedingungen entspricht, eine Schule, in der vielmehr internationaler, also fremder Geist statt des heimischen und völkischen zum Ausdruck kommt. Besonders der Angelegenheit, die schon der Herr Kollege Müller-Guttenbrunn angedeutet hat, den Bestrebungen des Schulbücherverlages, werden wir das schärfste Augenmerk widmen müssen, weil wir der Meinung sind, daß die Ausgabe der Lehrbehelfe, die Erstellung der Schulbücher unter allen Umständen Sache des Staates ist und nicht private Organisationen oder gar private Geschäftunternehmungen in die Lage kommen dürfen, diese wichtigen Behelfe für den Schulunterricht zu Geschäftszwecken auszu nutzen zu können.

Wir sind auch der Meinung, daß ausschließlich die Fachmänner es sind, die bei der Absaffung dieser Lehrbehelfe heranzuziehen sind. Es müssen die Lehrerorganisationen befragt werden, wenn die Lehrbehelfe zustande gebracht werden, und in diesem Sinne müssen wir uns auch mit den Bestrebungen, wie sie bisher zutage getreten sind, einverstanden erklären, denn es ist eine Reformabteilung im Unterrichtsamte entstanden, in der eben die Fachmänner aller Richtungen und aller Parteien zum Worte kommen. Es kommen auch die Eltern zum Worte. Es sind ferner Lehrerkammern geschaffen worden, alles Einrichtungen, mit denen wir durchaus einverstanden sein können. Wir hoffen nur, daß nicht andere Strömungen schließlich im geheimen die Oberhand gewinnen und die Bestrebungen, die sich offiziell geltend machen, am Ende durchkreuzen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir den jetzigen Weg gutheißen, daß wir aber warnen möchten, von diesem Wege abzuweichen, indem man andere Sachen durchführt, als sie von den maßgebenden, führenden Männern in dieser Richtung geplant und in Aussicht gestellt sind.

Ich möchte ferner betonen, daß wir auch die Heranziehung der Eltern für außerordentlich nützlich

halten, daß wir daher die Ermächtigung der Elternorganisationen, der Elternvereinigungen in den einzelnen Schulen, und die Erziehungs- und Unterrichtsräte, die schließlich daraus werden sollen, begrüßen. Wir begrüßen es auch, daß der Unterstaatssekretär ausdrücklich verfügt und durch einen neuen Erlaß neuerdings betont hat, daß alles, was die Eltern trennen könnte, aus diesen Arbeiten auszuschalten sei, und lediglich das, was das Zusammenwirken von Eltern und Schule in die Wege leiten könnte, Gegenstand der Erörterung sein soll. Ich will nicht Beispiele anführen, wo auf Elternabenden ganz andere Wege beschritten worden sind, als die in dem Erlaß angedeuteten.

Ich will das deswegen nicht tun, weil ich diese Entgleisungen als Entgleisungen, als Kinderkrankheiten auffasse. Es wäre zu wünschen — das möchte ich hier auch betonen —, wenn jene Bestrebungen, wie sie in den Erlässen des Unterrichtsamtes zum Ausdrucke kommen, auch voll und ganz eingehalten werden zu Nutz und Frommen der Schule. Wir sind auch der Meinung, daß die Versuchsschulen sehr Nützliches zu leisten haben. Es ist gut, daß man zuerst versucht, bevor man die Verordnungen hinausgibt.

Wir sind aber der Meinung, daß alle diese Dinge, die ich jetzt bloß beispielweise angeführt habe, nur dann mit vollem Erfolg werden durchgeführt werden können, wenn tatsächlich unsere Volksschule zu einer Staatsschule wird und wenn nicht jener andere Gedanke, der ja heute schon in der Verfassungsfrage eine so hervorragende Streitfrage bildet, nämlich die Veränderung des Schulwesens, zum Beschluß erhoben wird. Mit dieser Frage steht und fällt das ganze Reformwerk.

Wenn wir dahin kommen, daß tatsächlich eine Veränderung des Schulwesens durchgeführt wird, dann werden jene einheitlichen Pläne der Schulreform unter allen Umständen zerstört werden. Es wird unmöglich sein, daß dann in den einzelnen Ländern gesondert fortgeführt wird, was hier einheitlich für das ganze kleine Deutschösterreich nunmehr in Angriff genommen worden ist. Wir sind auch der Meinung, daß die Schule, die nach unserer Ansicht zu einer nationalen Schule werden soll, es auch nicht verträgt, verändert zu werden, weil wir nicht eine partikularistische Schule, eine Schule, die den Gegensatz der Länder und die Eigenart seiner Bewohner pflegt, haben wollen, sondern weil wir vor allem den gemeinsamen deutschen Geist in den deutschen Schulen vertreten haben wollen, ohne Rücksicht darauf, in welchem Orte sich die Schule befindet. Ich kann daher aussprechen, daß wir auf dem Standpunkte der Verstaatlichung des gesamten Schulwesens stehen. In diesem Sinne ist auch vom Kollegen Straßner seinerzeit ein Antrag gestellt worden, und ich muß bei dieser Gelegenheit darauf

hinweisen, daß in christlichsozialen Blättern ganz unrichtig betont wurde, daß das ein großdeutscher Schulsturm sei und daß man mit diesem Antrage beabsichtige, alle Religion aus der Schule zu entfernen und die großen Kulturyprobleme aufzurollen und dergleichen mehr. Das ist uns vollständig fern gelegen. Wir standen eigentlich und stehen heute noch auf dem Standpunkte, daß wir die Schule verstaatlichen müssen im Interesse der Ausgestaltung und der Entwicklung der Schule selbst und im Interesse der völkischen Aufgaben, welche die Schule zu lösen hat.

Was den Religionsunterricht selbst anbelangt, so sind wir der Meinung — ich wenigstens bin da der Meinung —, daß für das volksschulpflichtige Alter der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen ein Fehler, ein grober Fehler wäre. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir, wie wir heute stehen, den Religionsunterricht als Gegenstand der Erziehung, als Erziehungsmittel für die schulpflichtigen Kinder unbedingt benötigen, daß wir aber ebenso sehr auf dem Standpunkte stehen, daß ein Zwang zu religiösen Übungen etwas Unzulässiges ist, und daß wir auch hierin das vertreten, was in den betreffenden Erlässen des Staatsamtes für Unterricht hinausgegeben worden ist: Freiheit der religiösen Betätigung, aber für das volksschulpflichtige Alter Einführung in den Lehrgegenstand selbst. Das ist, der Standpunkt, den wir in dieser Frage einnehmen. Wenn aber von anderer Seite, und zwar in christlichsozialen Blättern, mitgeteilt wird, daß es Pflicht der auf christlicher Weltanschauung gewählten Vertreter sei, für die konfessionelle Schule einzutreten, dann müßte ich das unter allen Umständen ablehnen. Es heißt zum Beispiel in einer Provinzzeitung vom 25. April (liest):

„Unsere Forderung lautet daher: Den katholischen Kindern katholische, den protestantischen protestantische, den jüdischen jüdische Schulen.“

So verlangt es wahre Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit. Familien und Gemeinden haben sich zu Staaten zusammengeschlossen, daß sie in ihren wesentlichen Rechten geschützt, nicht aber gedrückt und verdrückt werden. Die auf ein christliches Programm gewählten Abgeordneten haben die Pflicht, diese Grundforderung praktischer Erziehung zu erheben. Religionslose Eltern mögen, wenn sie dies mit ihren Gewissen vereinbar finden, ihre Kinder in heidnische Schulen schicken.“

Diesen Standpunkt lehne ich entschieden ab, weil wir auf dem Standpunkte der interkonfessionellen und nicht der konfessionellen Schule stehen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Kinder unseres deutschen Volkes ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis gemeinsam zu erziehen sind, nach jenen Richtlinien, die ich schon früher angedeutet habe, und daß sie sich nur in bezug auf ihre religiöse Anschauung einer getrennten Unterweisung zu unter-

ziehen haben. Ich wundere mich, daß heute, in einer so schweren Zeit, hente, wo man sagt, man müsse den Kulturmampf unter allen Umständen vermeiden — es ist richtig: wenn wir nicht wissen, was wir morgen und übermorgen essen werden, ist es unrichtig, so große Probleme als Gegenstand des Streites auf die Tagesordnung zu setzen —, ich wundere mich, daß, wenn man das sagt, auf der anderen Seite der Kampftruf erschallt, auf den wir selbstverständlich die entsprechende Antwort geben müssen. Nicht an uns ist es, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, aber wenn sie kommt, werden wir ganz bestimmt unseren Standpunkt in dieser Sache einnehmen. Die konfessionelle Schule lehnen wir unter allen Umständen ab, ebenso die Verpflichtung zu religiösen Übungen, jene Knechtung, die nach unserer Meinung im Widerspruch zu dem schon im alten Staat geschaffenen Grundgesetze steht.

Wir haben aber auch ein großes Interesse daran, daß die Schule nicht bloß mehr als bisher leiste und mehr als bisher auf die Jugend fördernd wirke. Wir haben auch ein Interesse daran, daß die bestehenden Bildungseinrichtungen auch den Erwachsenen zur Verfügung gestellt werden, mit anderen Worten, daß auch die Volksbildungswirkung in erhöhtem Maße geleistet wird. Auch diese Bestrebungen sind in Angriff genommen und auch hier muß ich sagen: Wenn die Ansätze, die jetzt im Staatsamte für Unterricht auf diesem Gebiete geschaffen worden sind fortwirken, dann wird auch hier — so hoffen wir — etwas Erstaunliches herauskommen. Denn es ist in dem Erlass des Staatsamtes ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die bestehenden Bildungseinrichtungen, Schulen, Sammlungen, Museen usw. für Volksbildungszwecke nutzbar gemacht werden sollen.

Wir würden es begrüßen, wenn jede Schule nicht bloß ein Mittelpunkt der Bildung für die Kinder, sondern auch ein Mittelpunkt für die Bildung der Erwachsenen des betreffenden Schulortes werden könnte. Aber bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage stellen: Wie denkt sich das Staatsamt für Unterricht, daß wir in den Ländern jene Museen, Sammlungen usw. erhalten können, die wir in viele Jahre und Jahrzehntelangem Fleiß und Sammelleifer und in Jahrzehntelanger Forscherarbeit in den Ländern zusammengestellt haben? Wie denkt man sich denn die Erhaltung dieser Sammlungen, Museen und Anstalten, die ja alle in den Dienst der Volksbildung gestellt werden sollen? Hier vermittele ich bisher einen entscheidenden Schritt. Man müßte im Staatsamte für Unterricht einmal plannmäßig darauf hinarbeiten, wie wir diese Kulturmstitute nicht bloß hier in der Hauptstadt, sondern auch in den Ländern erhalten können, in der schrecklichen Notlage, in der wir uns befinden.

Wenn wir an diese geistige Not denken, dann denken wir freilich wieder daran, wie wichtig und unbedingt nötig der Zusammenschluß mit Deutschland auch in dieser Hinsicht für uns ist; denn auch unsere Kulturmstitute werden, so befürchte ich, wenn wir uns auch noch so sehr bemühen, nicht erhalten werden können, wenn wir ein solcher Elendsstaat bleiben, wie wir sind, und noch dazu, wenn wir eine solche innere Wirtschaft treiben, wie wir es jetzt tun. Für die Fürsorge für diese Sammlungen und Museen in den einzelnen Ländern möchte ich daher ein Wort einlegen und den Herrn Unterstaatssekretär bitten, sich auch dieser Sache anzunehmen.

Weiter möchte ich noch ein Wort wegen der Frage der Mädchenbildung sprechen. Es ist heute schon von der Frau Abgeordneten Schlesinger auf die Not in dieser Hinsicht hingewiesen worden. Ich will nur betonen, daß in der heutigen Sitzung der Ausschuß für Erziehung und Unterricht den Beschlüsse gefaßt hat, daß das Staatsamt für Inneres und Unterricht aufgefordert werde, mit dem Staatsamte für Finanzen wegen der Bewilligung einer Notstandshilfe in einem entsprechenden Ausmaße heranzutreten und Verhandlungen zu pflegen und daß dem Ausschuß über das Ergebnis dieser Verhandlungen ehestens durch den Herrn Unterstaatssekretär Bericht erstattet werde. Es wurde von allen Seiten und übereinstimmend von den Vertretern aller Parteien anerkannt, daß man nicht tatenlos zuschauen könne, wie jetzt die Lehrpersonen an den Mädchenmittelschulen verhungern.

Man kann auch nicht warten, bis auf diesem Gebiet eine Aktion durchgeführt wird, bis die Verstaatlichung einzelner Mädchenmittelschulen möglich gemacht werden wird, was frühestens erst im Herbst geschehen kann, und deswegen sind wir in der heutigen Sitzung des Unterrichtsausschusses zu dem einhelligen Beschlusse gekommen, daß wir wünschen, daß das Staatsamt für Finanzen einen bestimmten Betrag flüssig mache, damit für das Jahr 1920 eine einmalige Notstandshilfe an notleidende Lehrkräfte an den Mädchenmittelschulen gewährt werde.

Wir hoffen, daß unter dieser Menge von Ausgaben, die wir haben, schließlich jener doch verhältnismäßig kleine Betrag, der hier in Betracht kommt, nicht das Um und Auf sein wird und daß schließlich der Finanzausschuß für diese verhältnismäßig kleine Ausgabe doch noch eine Bedeckung finden wird, wenn er sich wird kümmern müssen, für die großen Ausgaben die Bedeckung zu suchen und auch zu finden.

Wenn wir von den Mädchenmittelschulen reden, so möchte ich betonen, daß wir in den Mädchenhzeen geradezu ein Unglück erblicken. Es sind eine Reihe von Schülerinnen unter der Vor-

spiegelung, es werde dieser Weg ein Weg ins Leben sein, in diese Schulen hineingeführt werden, sie kommen nunmehr nicht zum Ziele und es wird daher höchste Zeit sein, hier Remedur zu schaffen und Mädchenschulen zu errichten, die auch den Mädchen den Aufstieg zu einem wirklichen Berufe ermöglichen. Aber nicht deswegen betone ich es, sondern um den Anschauungen der Frau Schlesinger in dem Punkte entgegenzutreten, wo die verehrte Abgeordnete Kollegin betonte, sie sei unbedingt der Meinung, daß die Knaben und Mädchen gleich seien und daß vollkommen gleiches Recht und die gleiche Art der Erziehung angewendet werden solle. Dieser Meinung bin ich nicht, ich bin der Meinung, daß auch in den neu zu schaffenden Mädchenschulen, auch Mädchenschulen, den Mädchen der Aufstieg zur höchsten Bildung ermöglicht werden soll, daß aber doch auch auf die Eigenart der Mädchen Rücksicht genommen werden muß. Ich bin überzeugt, daß ein Unterschied besteht zwischen den Buben und Mädchen und ich habe den Eindruck, daß es gerade für uns Männer so unendlich wertvoll ist, daß die Frauen anders geartet sind als wir Männer. Ich glaube, das Frauenhafte ist es, wodurch die Frauen sich an den Männern unterscheiden, und das muß auch in der Erziehung berücksichtigt werden. Wir wünschen daher, daß auch bei den kommenden Mädchenschulen diese Eigenartigkeit der Natur des Mädchens entsprechend berücksichtigt wird. Wir sind aber der Meinung, daß wir auch hier nicht trachten sollen, möglichst viele Mädchen dieser höheren Bildung zuzuführen, wir empfinden es schon als ein Unglück, daß so viele Knaben in die Mittelschulen eintreten und zu einem geistigen Proletariat werden, weil kein Beruf und keine Beschäftigung für sie da ist. Wir wünschen, daß die Mittelschulen möglichst eingeschränkt werden, daß die Anforderungen erhöht werden, damit die kleine Zahl, die wirklich befähigt ist, in die Höhe kommt. Und so wünschen wir es auch bei den Mädchen. Die große Mehrzahl der Mädchen aber möchten wir lieber in Hauswirtschafts- oder Haushaltungsschulen, in jenen praktischen Schulen sehen, wo Frauen hingehören, denn nach unserer Meinung — ich bin einmal dieser Anschauung, ob man sie nun rücksichtlich nennen will oder nicht — gehört die Frau schließlich doch in die Familie und ihr erster und wichtigster Beruf ist der Beruf der Mutter. Das muß auch meines Erachtens der Grundgedanke sein, soweit diese Schulreform sich auf die Mädchensbildung erstreckt. Man soll den Mädchen den Weg zur höheren Bildung ermöglichen, das Hauptziel muß aber sein, die Mädchen für den natürlichen Frauenberuf vorzubereiten. Über diese Fragen wird es ja freilich noch viel Streit geben, ebenso wie über eine Reihe von anderen Fragen. Bisher haben

wir versucht, alle diese strittigen Fragen möglichst beiseite zu schieben, um auf dem Gebiete der Schulreform das zuwege zu bringen, was allen gemeinsam erstrebenswert erscheint, und ich möchte es als idealen Zustand bezeichnen, wenn es gelänge, bei Schaffung der neuen Grundlage für die Erziehung ein allen Parteien gemeinsames Prinzip zu finden, weil doch schließlich und endlich gewisse Erziehungsgrundätze und Erziehungsmethoden bestehen müssen, die dem ganzen Volke ohne Rücksicht auf politische Parteiauffassungen gemeinsam sind. Vielleicht ist es doch möglich, das Parteipolitische, das die Männer und Frauen voneinander trennt, von der Schule fernzuhalten, und es muß eine Hauptforderung sein, die Schule außerhalb aller Parteien zu stellen. Bisher haben wir die Arbeiten des Unterrichtsamtes fast durchaus billigen können, wie sich in den verschiedenen Erörterungen unseres Schulausschusses gezeigt hat, und ich fühle mich als Obmann dieses Ausschusses zu der Feststellung verpflichtet, daß im Ausschuß für Unterricht und Erziehung jene Gegensätze nicht bestehen, die in der Presse oft in so gehässiger Form erscheinen. In der Presse wirken Kräfte, die mit den Verhandlungen und Vorgängen im Ausschusse nicht vertraut sind, und dadurch sind manche Spitzen entstanden zum Schaden des großen Werkes, die zu vermeiden gewesen wären, wenn man rechtzeitig die im Unterausschusse sitzenden Vertreter der betreffenden Parteien gefragt hätte. Es ist, wenigstens soweit ich unterrichtet bin, von Seiten des Unterrichtsamtes auch nicht beabsichtigt, die Schulreform irgendwie mit Ausschluß der Öffentlichkeit durchzuführen, sondern der Unterstaatssekretär hat im Gegenteil ausgesprochen — und ich bin überzeugt, daß er es halten wird, wir verlangen auch, daß er es hält —, daß alle Fragen der Schulreform vor aller Öffentlichkeit verhandelt werden und daß, bevor man zu irgendwelchen Beschlüssen kommt, der Ausschuß für Erziehung und Unterricht, der aus Vertretern allen Parteien besteht, zunächst unterrichtet wird und seine Genehmigung hierzu erteilen muß. Wenn wir einmal darauf kommen sollten, daß hinter den Kulissen Wege beschritten werden, die wir nicht gutheißen könnten, dann wäre das Vertrauen freilich zu Ende, damit wäre aber auch die Schulreform begraben, denn das Vertrauen des parlamentarischen Ausschusses zu den im Unterrichtsamt arbeitenden Männern ist meines Erachtens die Voraussetzung für jene Verhandlung, die vor aller Öffentlichkeit und vor allem auch vor dem Forum der parlamentarischen Vertreter vor sich gehen soll. Wenn wir dann zu den Fragen kommen werden, ob wir die Schule verstaatlichen sollen oder nicht, ob wir den Religionsunterricht einführen sollen oder nicht, dann wird das Haus und die Öffentlichkeit über diese strittigen Probleme entscheiden. Das wird nicht mehr

Sache des Unterrichtsamtes und jener Männer sein, sondern es wird ein allen gemeinsames Thema sein, das ist dann eine Sache der Parteigegenseite, der politischen Machtfragen, die herausgerückt sind aus dem eigentlichen Schulreformprogramm; denn das ist nicht mehr Schulreform, sondern Weltanschauungskampf, der auf einem anderen Boden ausgetragen werden muß, als auf dem die Schulreform ausgetragen werden soll. So stelle ich mich zu diesen großen Fragen.

Ich möchte zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Schulreform doch zu einem guten Ergebnis gelange, weil nach meiner Meinung auch von der Lösung der Schulfrage vielfach die Zukunft unseres Volkes abhängen wird. Ich betrachte nicht nur die Anschlußfrage an das Deutsche Reich und einzelne Wirtschaftsfragen, sondern auch die Schulreformfrage als eine der Schicksalsfragen unseres deutschen Volkes, und wenn es nicht gelingt, die Schule so zu gestalten, daß wir alle unsere Kräfte ausnützen, freimachen und zur Verwertung bringen können, dann werden wir nicht in der Lage sein, uns aus dieser Erniedrigung zu erheben, in die uns der Friedensvertrag von St. Germain gebracht hat.

Vor allem bin ich der Meinung, daß die Schule von völkischem Geiste durchdrungen sein muß. Alle Parteien sind doch durchdrungen vom Geiste des Volkszums und ich habe die Überzeugung, daß die Stärke eines Volkes abhängt von der Stärke des Volksbewußtheins, das im Volke wurzelt. Völker, die kein Volksbewußtsein mehr haben, zerfallen und gehen unter. Deshalb glauben wir auch mit Rücksicht auf die künftige Entwicklung unseres deutschen Volkes, daß die deutsche Schule, die völkische Schule eine grundlegende und wichtige Bedeutung haben wird.

Ich möchte aber nicht schließen, ohne nicht mit einem Worte das Kapitel „Kultus“ berücksichtigt zu haben. Hier möchte ich nur einen Wunsch, respektive nur eine Forderung aussprechen: daß man endlich darangehen möge, auch für die katholische Bevölkerung jene Kultusgemeinden zu schaffen, die für die nichtkatholische Bevölkerung schon seit Jahrzehnten bestehen. Dann wird man über das Kapitel „Kultus“ anders reden können als heute. Wie die Sache heute liegt, läßt sich hier nicht sagen. Ich wünsche nur, daß man auch hier von dem Gedanken der Errichtung von Kultusgemeinden zur Deckung der Kultusbedürfnisse der katholischen Bevölkerung auch zu ihrer Verwirklichung schreite.

Zum Schlusse: Der Herr Unterstaatssekretär wird gebeten, die Schulreform in die Wege zu leiten, aber nicht in der Form, daß unsere Erwartungen und Hoffnungen am Ende getäuscht werden — ich betone es noch einmal — sondern in der Form, wie er sie uns im Ausschusse für Unterricht

und Erziehung in seinen Berichten dargelegt hat. Ich lasse deswegen mit Absicht hier zwischen den Worten eine Andeutung offen, weil, wie schon heute der Herr Abgeordnete Müller-Guttenbrunn gesagt hat, uns von verschiedenen Seiten zugetragen wird, daß da und dort die Sache anders gemacht wird, als uns berichtet wird, beziehungsweise als es in den Intentionen des Herrn Unterstaatssekretärs liegt. Ich möchte den Herrn Unterstaatssekretär bitten, strenger darauf zu sehen, daß alle jene Organe und Kräfte, die im Dienste der Schulreform im Staatsamte für Unterricht wirken, auch tatsächlich in jenem Sinne wirken, wie er in den Berichten des Herrn Unterstaatssekretärs an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht zum Ausdruck kommt. Dann werden wir zusammen wirken können und dann wird das Werk hoffentlich gelingen und gedeihen. (Zustimmung.)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zum Kapitel des Budgets „Unterricht“ zu sprechen und ich war sehr enttäuscht, als ich merken mußte, daß sich hier in einer Zeit, wo es sich um die größten Kulturrefragen unseres Volkes handelt, in einer Zeit, wo dieses Volk so bedrängt ist, daß man nicht weiß, wie es aus dieser schwierigen Lage herauskommen soll, in einer Zeit, wo alles über die größten und tiefsten Probleme der Menschheit erregt ist und erregt sein muß und von Existenzfragen, daß man in dieser Zeit hier nichts anderes zu tun wußte, als eine Judendebatte abzuführen. Und ich sage mir wieder, daß dies ein Zeichen dafür ist, auf einem wie niedrigen Kulturniveau wir in Österreich stehen, wie niedrig das Kulturniveau ist, das wir von dem alten österreichischen Staate überkommen haben, der uns politisch so wenig erzogen hat. Man hätte ja darüber reden und fachlich erörtern können, wieso es kommt, daß hier an der Wiener Universität so und so viele Leute sind, welche nicht in Deutschösterreich geboren sind, welche vielleicht eine schlechtere Bildung haben, unter denen gewiß sehr viele Elemente sind, die nicht sehr wünschenswert sind, man hätte darüber reden können, ohne Haß und ohne Beschimpfung, sogar ohne Rassenvorurteil, man hätte darüber reden und sich darüber orientieren können, welches die wirklichen Missstände sind und was nicht Missstände sind. Man hat das nicht getan, sondern man hat in Bausch und Bogen beschimpft auf Grund eines Vorurteils, man hat von diesen Studentenkrawallen gesprochen, als ob das ganz nette Säckchen wären, die man eben hinnehmen muß, man hat auf dieser Seite kein kräftiges Wort gefunden, um diese Studentenkrawalle zu verurteilen.

Ich glaube schon, daß der Herr Abgeordnete Ursin sich doch in manchen Dingen wird haben täuschen lassen und daß die Darstellung, die er gegeben hat und die gar so unschuldig klang, nicht der Wahrheit entsprechen kann. Die Telephongeschichte klingt wie ein Roman — ich weiß nicht, woher der Herr Abgeordnete Ursin die Geschichte hat —, und warum die Studenten gerade in die Mäserstraße gezogen sind, um sich dort mit Tellern bewerfen zu lassen, ist auch nicht recht einzuschätzen. Aber es hat wirklich keinen Sinn, über diese Dinge zu streiten. Ich glaube, daß unter zivilisierten Menschen überhaupt kein Zweifel darüber sein kann, daß das, was geschehen ist, eine Barbarei ist, und ich glaube nicht, daß sich jemand diesem Eindruck entziehen kann. Im ganzen aber, wie gesagt, ist es beinahe eine Schande, daß man sich über diese Dinge unterhalten muß.

Merkwürdig ist es auch, wie diese ganzen Fragen von der einen Seite behandelt werden: Es werden da Statistiken über die Wiener Universität vorgelegt, es werden Behauptungen aufgestellt, welche jedem Kenner der Verhältnisse geradezu wie eine Lächerlichkeit erscheinen müssen. Es wird zum Beispiel eine sehr lange Liste von Privatdozenten und Extraordinarien der medizinischen Fakultät, die Juden sind, heruntergelesen und da wird nun deduziert, daß die ganze Universität, wie das schöne Wort lautet, verjudet ist. Der Abgeordnete Pauly hat sich aber mit seinen Tatsachen selbst geschlagen. Von den 24 Ordinarien der medizinischen Fakultät sind zwei Juden oder der Abstammung nach Juden, zwei von 24! Unter dem Nachwuchs sind in der Tat sehr viele Juden, aber daß darunter so viele Juden sind und unter denen, die ihr Ziel erreicht haben, nur zwei von 24, das beweist zweifellos, wie die wirkliche Praxis ist. Die wirkliche Praxis ist also nicht die, daß die Juden vorgezogen und begünstigt sind, sondern daß im großen und ganzen die Juden einen schwierigeren Stand haben als die andern. Das muß man anerkennen, das weiß jeder, der mit der Universität zu tun hat, und darum sind diese Ziffern einfach lächerlich.

Auch sonst hat der Herr Abgeordnete Pauly nicht viel Glück gehabt, wenn er speziell Polizier als einen hingestellt hat, der an der Verjudung schuld ist, einen der Wenigen an der medizinischen Fakultät, der noch Wettlauf hat. Und wenn er von den Juristen an der Universität behauptet, daß 60 Prozent Juden sind, so ist das mit dem gleichen Kunststück zustande gebracht, wie bei den Medizinern der andere Prozentsatz.

Nun bin ich allerdings selbst mitgetroffen, denn ich bin Partei, ich bin nicht nur zu einer Hälfte Jude, ich bin auch Historiker — das ist das Ärgste, was dem Herrn Abgeordneten Pauly begegnen kann. Trotzdem muß ich dem Herrn Abgeord-

neten Pauly gegenüber sagen, daß ich mein Deutsch-
tum mir von ihm nicht nehmen lasse, weder von ihm noch vom Herrn Abgeordneten Stricker. (Sehr gut!) Denn das Lustige an der ganzen Sache ist doch das, daß er von der entgegengesetzten Seite sich mit dem Abgeordneten Kunisch darin gefunden hat, daß er das große jüdische Volk umarmt hat, das ich nicht sehe, das nur die beiden Herren sehen. Das ist ja das Unglück an dem ganzen Antisemitismus gewesen, daß er auf der anderen Seite das jüdische Volk zustandegebracht hat. (Abgeordneter Stricker: So geschlechtslos ist die Produktion nicht erfolgt! In der Retorte hat man uns gemacht!) Sicher ist, daß zuerst der Antisemitismus da war und dann der Zionismus. (Abgeordneter Stricker: Aber vor 6000 Jahren schon das jüdische Volk!) Was hat es vor 6000 Jahren alles für Völker gegeben!

Aber auch sonst sind dem Herrn Abgeordneten Pauly lustige Sachen passiert. Leo Reinisch, der ein Urbauer war oder ist, den Ägyptologen, hat er zum Juden gestempelt. Ich glaube, daß er einer von jenen ist, die sehr bös darüber wären. Meinen armen Kollegen Kubitzek, der ein Urvianer ist, hat er auch zum Juden gemacht, und den Kollegen Castle auch, der nur das Unglück hat, daß er etwas rote Haare hat, was aber sonst damit nichts zu tun hat.

Mit solchen Argumenten und „Spassetteln“, wie man in Wien sagt, sollte man doch eine ernsthafte Sache nicht behandeln. Ich kann sagen, daß meine arische Hälfte ein Gefühl der Beschämung ergreift, wenn ich solche Diskussionen mit anhören muß. Es ist wirklich auch, wie mir scheint, eines Parteiführers nicht würdig, wie der Herr Abgeordneter Kunisch diese Angelegenheiten von einem sehr tiefen Standpunkte aus behandelt hat. Und wenn er behauptet, daß die Juden in der Beamtenschaft überhandnehmen, so weiß doch jeder, wie es mit der Beamtenschaft in Österreich steht, wieviel Juden es da gibt. Wenn er behauptet, daß die Arier von den jüdischen Professoren und Studenten an der Universität verhöhnt werden und wenn die unterdrückte arische Volksseele auffährt vor der Vorherrschaft der Juden an der Universität, so müßte man doch eigentlich lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß solche Geschichten vorgebracht werden, und daß das eine Kulturdebatte sein soll, daß das zum Unterrichtsetat gehört, daß das die große Frage ist, um die wir uns herumgeschlagen haben und über die Stunden und Stunden geredet worden ist.

Ich wollte aber eigentlich zum Unterrichtsetat sprechen, zu dem der letzte Herr Vorredner zurückgeleitet hat. Es ist wirklich schon zu spät und die Stimmung auch wohl nicht vorhanden, daß man über die ganze große Schulreform, welche der

Herr Unterstaatssekretär unternehmen will und deren Grundlagen er zum Teil gelegt hat, sprechen könnte. Ich muß sagen, daß ich ebenso wie der Herr Kollege Angerer ihm innig dankbar bin, daß er die Energie aufgebracht hat, einmal mit dem alten österreichischen Schlendrian aufzuräumen und es gewagt hat, mit Energie die großen Probleme anzupacken, welche eigentlich die Probleme unserer Zeit sind, wie der Herr Kollege Leuthner ganz richtig gesagt hat, nicht nur Probleme Österreichs oder einiger weniger Leute, die Probleme, welche vor allem anderen, möchte ich sagen, die große Revolution in den Vordergrund gestellt hat. Und es ist kein Zufall, daß in Deutschland jetzt über alle Aufregungen hinweg die Schulreform auf der Tagesordnung steht und daß die Einheitsschule nicht nur studiert wird, sondern daß man sie ins Werk zu setzen beginnt, daß die Schulfragen alle anderen im Interesse der öffentlichen Meinung überwuchern und das Volksbildungswesen als der Ausdruck dieser ganzen Strömung im Laufe der letzten Jahre seit der Revolution in Deutschland einen Aufschwung genommen hat, wie man ihn niemals geahnt hätte.

Die Ursache ist ja ganz klar. Und da muß ich denn doch auf die materialistische Geschichtsauffassung zu sprechen kommen, die Kollege Dr. Waber in seiner letzten Rede so vortrefflich charakterisiert hat. Obwohl ich nicht weiß, ob das, was ich anführe, der Ektasitklassenkampf oder der Apfelbaumklassenkampf des Herrn Kollegen Waber ist, so muß ich doch sagen, daß die Schule immer von Klassenverhältnissen abhängig war, und daß immer von den alten Priestern in Ägypten über die Priester im Mittelalter bis in unsere Zeit der Bourgeoisie die herrschende Klasse die Schule in der Hand gehabt hat, und es ist daher notwendig und natürlich, daß man in dem Momente, wo die richtige, die wahre Demokratie sich etablieren will, die Schule nicht mehr einer Klasse überläßt; die Schule soll dem ganzen Volke gehören, sie soll eine wirkliche Volkschule sein im weitesten Maßstabe, die noch nicht existiert, die es noch nicht gegeben hat. Das ist der tiefere Sinn der Reform, das ist der tiefere Sinn der Einheitsschule, die aufgerichtet werden soll. Kein Unterschied, nicht mehr eine Klasse, die ins Gymnasium geht, die andere, die in die Volkschule geht, nicht mehr Trennung der verschiedenen Bevölkerungsklassen, nach verschiedenen Schulklassen, nicht mehr zwei Nationen innerhalb eines Volkes, wie der weise Engländer gesagt hat, die verschiedene Sprachen sprechen und einander nicht verstehen.

Man kann sich ja diese Organisation der Einheitsschule verschieden vorstellen und darüber wird noch manches zu reden sein. Aber es muß doch auch darauf hingewiesen werden, daß sogar

solche Leute, die ihre Stimme von anderer Seite hier erheben, zugeben müssen, daß der größte Teil der Fragen so zu beantworten ist, wie es in dem Entwurf Glöckel geschehen ist. Ich meine da vor allem einen der letzten der österreichischen Unterrichtsminister, Herrn v. Hufnagel, der es für notwendig gefunden hat, in der letzten Zeit sich wieder mit Schulfragen zu beschäftigen, nachdem er sich während seiner Ministerzeit etwas zu wenig um Schulfragen gekümmert hat, und der es jetzt für notwendig findet, sich um die Schulreform zu kümmern und über sie zu schreiben, nachdem er während seiner Ministerschaft nicht viel dazu beigetragen hat, um die Schule zu reformieren, ja man das Gegen teil behaupten könnte. Aber diese Stimme aus dem Grabe des alten Österreich, dieses Gespenst, welches wieder auftaucht, ist immerhin interessant genug, weil es auf dem Wege der Polemik gegen die vorgeschlagene Schulreform in dieser Schrift „Leitsätze und kritische Betrachtung zur Schulreform in Österreich“ doch eine ganze Menge, und zwar die Haupt sache zugibt, so daß nur etwa 25 Prozent übrig bleiben, die strittig sind, Organisationsfragen, über die man sich eventuell auseinandersezten kann.

Eines allerdings, und zwar eine sehr wesentliche Sache ist von dem Herrn v. Hufnagel ganz anders gedacht als von seinem Nachfolger, anders, um seine Worte zu gebrauchen, von dem früheren Papst des Unterrichtes und anders von dem jetzigen Kalifen des Unterrichtsamtes, wie sich Herr v. Hufnagel ausdrückt. Nämlich der Geist, den er in der Schule haben will, und da muß ich sagen, daß es sehr heiter ist, wenn man beobachtet, wie wieder die materialistische Geschichtsauffassung ins Feld geführt wird, um uns zu zeigen, was für schlechte Kerle wir sind. Es wird mit einem solchen Unverständnis von diesen Dingen gesprochen, daß ich nur sagen kann, daß die Anschaunung, wie sie hier als die unsere wiedergegeben wird, so ist, wie sich eben der kleine Moritz die materialistische Geschichtsauffassung usw. vorstellt.

Wenn er uns vorwirft, daß wir für das Sittliche kein Verständnis haben, sind wir das gewöhnt; das ist ebenso bezeichnend, wie daß wir den Geist leugnen, wie es so schön heißt. Merkwürdig ist es doch, daß er offen sagt, in welchem Geiste man die modernen Schulbücher behandeln sollte, daß er an Stelle der Sätze im neuen Lesebuch sagt, die Wahrheit wäre folgende: „Die Länder Österreichs gehörten geschichtlich, rechtlich und geographisch zusammen. Es gibt aber Leute, die das nicht sehen oder sehen wollten; die arbeiteten an der Zerrüttung des Vaterlandes schon lange und verdarben während des Krieges den Geist der Armee und des Hinterlandes“ usw. Daß man diesen Geist in die modernen Schulbücher nicht einführen wird, ist wohl der neuen Republik

Österreich, die auf den Trümmern des alten Österreichs entstanden ist, und die die Vottrennung von den anderen Ländern als eine Befreiung empfindet, nicht übel zu nehmen. Wir wollen aber diesen Geist hinter uns lassen, diesen Geist der Verkümmern und der spanischen Stiefel, wie er repräsentiert ist so ziemlich durch alle Unterrichtsminister seit dem seligen Konrad, der die Volkschule ruinierte, bis hinab zu denen, die die Hochschule ruiniert haben, bis hinab zu Gautsch, der durch sein bureaukratisch frisiertes Gehirn das Gymnasium in spanische Stiefel eingeschnürt hat, bis hinab zu Hufnagl und Stürgkh, die man gar nicht mehr zu charakterisieren braucht, und die Minister, die, wie man ja häufig gesagt hat, gegen den Unterricht und nur für Kultus waren.

Zur großen Reform gehören einige Bestandteile, die in den bisherigen Reden zum Unterrichtsbudget vielleicht nicht so deutlich hervorgehoben worden sind und die ich dem Herrn Unterstaatssekretär noch ganz besonders ans Herz legen muß. Über das eine hat schon Herr Kollege Leuthner gesprochen. Es sind die Institute an der Wiener Universität. Er hat mit Recht gesagt, daß ein vollständiger Bankrott der Wissenschaft droht, wenn hier nicht etwas geschieht. Es ist heute so, daß nicht nur die naturwissenschaftlichen, sondern auch die geisteswissenschaftlichen Institute absolut nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen. Es ist eine Scheinarbeit, die wissenschaftliche Arbeit muß aufhören, und zwar aus keinem anderen Grunde, als dem Mangel an Mitteln.

Ich erwähne, daß das historische Seminar an der großen Wiener Universität eine Dotation von 700 K hat; es sind ungefähr 100 Studenten, welche dort in der Regel arbeiten, jetzt wahrscheinlich mehr. Nun denken Sie, daß diese 700 K schon in Friedenszeit ein Pappenspiel waren, mit denen nichts zu machen war und heute kostet ein Einband von drei bis vier Büchern soviel. Die Anschaffung von Zeitschriften ist unmöglich, von Literatur kann nicht die Rede sein. Stellen Sie sich daneben die beiden geographischen Institute vor. Diese haben eine Dotation von 1200 K, wenn ich nicht irre, für gemeinsame Exkursionen. Es ist absolut notwendig, daß die jungen Geographen hinausgeführt werden, damit ihnen an dem Objekt ihre Wissenschaft demonstriert wird. Ohne das ist ein Studium nicht möglich. Nun stellen Sie sich vor, was für Exkursionen für 600 K gemacht werden können. Man kann mit 20 Studenten damit nicht einmal bis Reckendorf oder Burkersdorf kommen. Kuriosums halber möchte ich noch erwähnen, daß das ganze pädagogische Institut unserer Universität eine Dotation von 300 K bekommt. Es entwickelt sich dadurch eine vollständige Stagnation des wissenschaftlichen Betriebes. Noch mehr wie das, es gibt

Institute, welche aus dieser Dotation Zeitschriften subventioniert haben, und sie haben für diese Zeitschriften aus dem Auslande oder aus Deutschland andere Zeitschriften im Tausche bekommen. Alle diese Zeitschriften haben aufgehört zu erscheinen, weil die Papier- und Druckpreise derart anwachsen, so daß auch die anderen Zeitschriften jetzt nicht hereinkommen. Dieses Abgeschnittensein von fremdsprachigen Literaturen ist überhaupt für unsere Wissenschaft ein ungeheueres Unglück. Es ist jetzt eine Privataktion von Engländern und Amerikanern im Zuge, um uns Bücher zu verschaffen, aber daß wir bisher durch unsere Valuta nicht nur von den materiellen Genüssen, sondern auch von den geistigen Genüssen abgeschnitten sind, ist ein schwerer Schlag.

Ich habe noch einige Ziffern zur Ergänzung der vom Kollegen Leuthner angeführten vorzu bringen. Ein Alter Weingeist, den man im naturwissenschaftlichen Institut unbedingt braucht, kostete seinerzeit etwa 50 h, jetzt ungefähr 14 K. Die Dotation eines Instituts ist in der Regel nicht so groß, daß es mehr als das Telefon aufbringen kann. In dem Stile gehen die Dinge weiter. Es liegt also ein vollständiger Bankrott in den Instituten vor und der Herr Unterstaatssekretär wird genötigt sein, den Instituten zu Hülfe zu kommen, nicht mit einzelnen Subventionen, die reichen lange nicht aus, es muß dafür ein großer Kulturfredit in Anspruch genommen werden, der verwendet wird, um davon einmal in dieser Übergangszeit alles das, was während des Krieges zerstört worden ist, was eingegangen ist, wieder in Ordnung zu bringen und um wieder die geistige Maschine zum gehen zu bringen. Ohne das wird es nicht abgehen. Man muß sich doch klar machen, und das sollte man sich in der ganzen Bevölkerung klar machen, daß diese Aufgaben nicht unproduktive sind, sondern die produktivsten, die man sich denken kann. Man soll zum Beispiel nicht vergessen, daß aus einem chemischen Universitätsinstitute die Erfindung von Auer hervorgegangen ist, die dem österreichischen Staat jährlich mehr eintragen dürfte als das ganze Universitäts- und Hochschulwesen mit seinen zehn Millionen den österreichischen Staat überhaupt kostet. Man denke immer an Deutschland, wo ohne den intensiven Hochschulbetrieb die chemische Industrie, doch eine der größten Reichtümer Deutschlands, überhaupt nicht möglich wäre. Und so geht es weiter. Aber abgesehen von diesen materiellen Vorteilen darf man doch nicht vergessen, daß die Leute, die aus den Hochschulen herauskommen, schließlich wesentlich den Staat, seine Formen, das Funktionieren seiner Verwaltung in allen Zweigen bestimmen und man, was man für die Wissenschaft zahlt, in letzter Linie für den Staat zahlt.

Das zweite, wo der Herr Unterstaatssekretär notwendigerweise noch mehr Geld wird flüssig

machen müssen, ist das Volksbildungswesen. Das Volksbildungswesen hat bei uns schon vor dem Kriege einen besonderen Aufschwung genommen. Wir können sagen, daß wir in Mitteleuropa so ziemlich an der Spitze gestanden sind. Seinerzeit hat man das Volksbildungswesen mit ziemlichem Misstrauen betrachtet und der Staat hat sich lieber nicht hineingemischt. Bis vor wenigen Jahren ist für das ganze österreichische Volksbildungswesen, wenn ich nicht irre, eine Subvention von 6000 oder 8000 K im Budget erschienen. Das sollte für das ganze Netz der Volksbildung dienen, das über Österreich gespannt wird. Man hat gedacht, es sei eine Liebhaberei von einer Anzahl Leuten, die zuhören, und einer Anzahl Leuten, die vortragen, einer Anzahl Leuten, die geschaftehuben, indem sie ein paar Bibliotheken anlegen, und anderer, die in diese Bibliotheken gehen. Es hat sich aber herausgestellt, daß es mehr ist, als das. Es hat sich herausgestellt, daß es doch ein großes Vorurteil von uns Erwachsenen ist, wenn wir glauben, nur die Kinder und Halberwachsenen sollen etwas lernen. Es hat sich herausgestellt, daß viele Erwachsene auch etwas lernen wollen und daß für sie neue Methoden und immer wieder neue Methoden zu finden sind, daß die nicht in die Schule geschickt werden können, sondern daß man ihnen freiere Institutionen bieten muß, in denen sie ihren Geist entwickeln können, in denen sie das nachholen können, was sie in ihrer Jugend versäumt haben aus eigener Schuld oder aus Schuld der Institutionen, welche nicht genügend waren. Ich sagte schon, in Deutschland werden jetzt bereits große Mittel für das Volksbildungswesen in Anspruch genommen. In der deutschen Verfassung ist der Schutz des Volksbildungswesens, der Volkshochschulen, ausdrücklich verankert. Es ist kein Zweifel, daß das Volksbildungswesen schon heute in unserem demokratischen Staate ein integrierender Bestandteil des gesamten Unterrichtswesens sein und das ergänzen muß, was die Bevölkerung zu ihrer eigenen inneren Fortentwicklung braucht, die niemals aufhören soll, auch in späteren Jahren nicht.

Ein dritter Punkt, der ebenfalls nicht immer so deutlich hervortritt, wie er hervortreten sollte. Er betrifft eine der wesentlichsten Fragen der Universitätsorganisation, nämlich die Stellung der Privatdozenten. Die Privatdozenten haben bisher eine Stellung im Staate gehabt, die ganz singulär war. Ich glaube, es kommt bei gar keiner anderen Stellung vor, die in eine Staatsstellung ausmündet, als bei den Privatdozenten, daß ein junger Mensch durchschnittlich von seinem 26. bis 36. Jahre seine Kräfte unentgeltlich dem Staate zu widmen hat, nur für die Aussicht, später einmal eventuell eine Stellung zu bekommen. Man konnte reden und man kann reden von einem Proletariat der Privatdozenten an

den Hochschulen. Einer, der nicht mit Glücksgütern gesegnet ist, kann sich nur unter den größten Entbehrungen an der Universität habilitieren. Es ist deshalb das Privatdozententum großen Teils ein Reservat für die mehr oder weniger wohlhabenden Leute geworden, oder wo es das nicht war, mußten diejenigen, die sich als Privatdozenten habilitiert haben, dann den größten Teil ihrer Zeit, nicht, wie sie es eigentlich tun sollten, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, sondern dem Broterwerbe widmen, Stundengeben oder was immer es war. Es mag etwa die Hälfte der Privatdozenten in dieser Lage gewesen sein und ich muß sagen, daß ich die höchste Bewunderung für alle diejenigen meiner Kollegen habe, die es zu wissenschaftlichem Ansehen gebracht haben, nachdem sie zehn bis zwanzig Leidensjahre als Privatdozenten durchgemacht haben, indem sie zu gleicher Zeit entweder vielbeschäftigte Gymnasiallehrer oder in irgendeiner anderen Stellung waren.

In dieser Art der Auslese liegt natürlich etwas vollständig Annormales, denn daraus ergibt sich notwendig, daß der wissenschaftliche Nachwuchs, aus dem später die Großen der Wissenschaft hervorgehen sollen, den mehr oder weniger reichen Kreisen entstammt und daß diese Kreise hier gegenüber den anderen ein unglaubliches Vorrecht haben. Das wirkt natürlich auch auf die Wissenschaft und die gesamte Ideologie des Hochschullehrers zweifellos ein.

Dem läßt sich nur abhelfen, wenn man es ermöglicht, daß die Privatdozenten in der Zeit, in der sie eben Privatdozenten sind, wenigstens für einige Zeit eine halbwegs gesicherte Existenz haben, und wenn man sich entschließt, nicht durch gelegentlich gegebene Stipendien, sondern durch regelmäßige und festgelegte Unterstützungen, auf die die Privatdozenten ein Recht haben müssen, sie zu fördern. Ich glaube, es ist das nicht eine Kleinigkeit der Organisation, sondern es ist die Frage des ganzen Nachwuchses und damit die Frage der ganzen Zukunft der Wissenschaft, auf die wir angewiesen sind. Denn das ist ja, wie ich nochmals betone, das Schöne an den ganzen Reformplänen, welche jetzt auf der Tagesordnung stehen, daß sie im engen Zusammenhange mit dem demokratischen Geist stehen, der in unsere demokratische Republik einzieht und einziehen soll und daß der Versuch gemacht wird, losgelöst von der einzelnen Klasse, losgelöst von Reichtum oder Armut, diejenigen der Wissenschaft, diejenigen geistigen Berufen zuzuführen, welche imstande sind, sie zu erfüllen. Ich wünsche, daß dieser Versuch gelingen möge, daß er rasch und energisch durchgeführt werde, zum Wohle unseres deutschen Österreich.

Allerdings glaube ich, daß uns erst dann geholfen werden wird, wenn dies im engen Zu-

sammenhalte mit dem Deutschen Kaiser geschehen wird und wenn wir imstande sein werden, das, was wir selbst kulturell produzieren, mit dem im Deutschen Kaiser kulturell produzierten zu vereinigen. So sehr wir arbeiten sollen und müssen, um unser eigenes Kulturniveau zu heben, um es dem Kulturniveau im Deutschen Kaiser gleichzustellen, so sehr müssen wir uns davon überzeugt halten, daß uns auf die Dauer nur geholfen werden kann, wenn wir aufgehen in dem Deutschen Kaiser, was wir hoffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer: Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Der Herr Abgeordnete Kunisch hat das Ausschusmandat als Ersatzmann des Ausschusses für soziale Verwaltung zurückgelegt.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (Nach Abgabe der Stimmzettel:) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Nach § 7 des Wehrgesetzes vom 18. März 1920, St. G. Bl. Nr. 122, wird im Staatsamt für Heereswesen ein Zivilkommissariat errichtet, das sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt, die von der Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden.

Mit Zustimmung der Parteien des Hauses schlage ich gemäß § 33 G. O. vor, diese Wahl auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und ersuche die Mitglieder des hohen Hauses, die diesem Vorschlag zustimmen, sich von den Sitz zu erheben. (Geschieht.) Das hohe Haus hat meinem Vorschlag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Wir werden die Wahl daher vornehmen. Ich ersuche um Abgabe der Stimmzettel. (Nach

Abgabe der Stimmzettel:) Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Zur Vornahme des Skriniums unterbreche ich die Sitzung auf zwei Minuten. (Nach Wiederaufnahme der Sitzung:) Die beiden Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 60 Stimmzettel. Mit sämtlichen abgegebenen Stimmen erscheinen gewählt:

in den Ausschuß für soziale Verwaltung als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Eisenhut; in das Zivilkommissariat im Staatsamt für Heereswesen die Herren Edlinger Wolfgang, Leuthner Karl und Smitka Johann, Mitglieder der Nationalversammlung, ferner die Herren Keil Ernst, Realschulprofessor in Wien, und Kirchlechner Theodor, Schriftsteller in Wien.

Wie mir mitgeteilt wird, haben alle diese Herren bereits ihre Zustimmung zur Annahme der auf Sie gefallenen Wahl gegeben.

Entsprechend unserer Geschäftseinteilung bleibt die nächste Woche für Ausschußberatungen vorbehalten.

Die nächste Sitzung schlage ich daher für Dienstag, den 11. Mai d. J., 3 Uhr nachmittags, vor mit folgender Tagesordnung:

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1919/20 (667 der Beilagen).

Sodann werden wieder zwei Wochen hindurch kontinuierlich Sitzungen stattfinden, so daß sich die geehrten Mitglieder werden darauf einrichten müssen, in dieser Zeit in Wien zu bleiben.

Wird gegen den Vorschlag, betreffend Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung, eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei diesem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schlus der Sitzung: 6 Uhr 25 Minuten.

